Nr. 182 Donnerstag, 9. September 1920 27. Jahrgang

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4596. — **Postscheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelzeile 7.50 Mk — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721 Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Der englische Gewerkschaftskongreß zum Bergarbeiterstreik.

Parteitag

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Das Zentralkomitee hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, den Parteitag am **Sonntag, dem 27. Oktober 1920** nach **Halle** einzuberufen.

Als Tagesordnung ist festgesetzt:

1. **Bericht der Zentralleitung**
   Berichterstatterin: **Luise Ziet**
2. **Bericht der Kontrollkommission**
   Berichterstatter: **Wilhelm Bock**
3. **Die kommunistische Internationale und die Aufnahmebedingungen.**
   Referenten: **Crispien, Däumig, Dittmann und Stöcker**

Berlin, den 8. September 1920.

Das Zentralkomitee.

Der Kongreß für die Forderungen der Bergarbeiter.

London, 8. September. Der Gewerkschaftskongreß in Portsmouth hat einstimmig eine Entschließung angenommen, in der erklärt wird, die Forderungen der Bergarbeiter seien angemessen und gerecht; ihnen müsse sofort stattgegeben werden.

Neue Verhandlungen zur Verhinderung des englischen Bergarbeiterstreiks.

London, 8. September. Der Präsident des Handelsamts, Horne, hat dem Vorsitzenden des Bergarbeiterverbandes telegraphisch die Einladung zugehen lassen, zusammen mit dem **Vollzugsausschuß der Bergarbeiter** an einer am Donnerstag stattfindenden **Konferenz mit der Regierung** teilzunehmen, um Mißverständnissen vorzubeugen und die augenblickliche Lage mit Bezug auf den drohenden Streik in den Kohlenbergwerken zu erörtern.

Amsterdam, 8. September. Allgemeen Handelsblad meldet aus London zu dem drohenden Bergarbeiterstreik, daß die englische Regierung Vorbereitungsmaßnahmen für die Organisation der Lebensmittelverteilung im Falle des Streikes treffe. Dabei werde die teilweise Stillegung des Eisenbahnverkehrs in Rechnung gezogen. Unter den Frauen aller Stände sei eine Bewegung im Gange, um gegen den Bergarbeiterstreik Einspruch zu erheben. In Lancashire drohen Gegenausstände.

London, 8. September. Der **Aktionsausschuß der Grubenarbeiter** hat die **nationale Delegiertenkonferenz** auf Donnerstag Abend zur Entgegennahme des Berichts über die mit der Regierung gepflogenen Verhandlungen einberufen. Die Konferenz wird in Portsmouth tagen.

Werbungen für die russischen und polnischen weißen Garden in Berlin.

Berlin, 9. September. (Eigne Drahtmeldung der L. V.) **Wie unser Berliner Korrespondent erfährt, haben in Berlin in letzter Zeit mehrfach Werbungen für die Wrangel-Armee und für Armeen, die mit den Polen gegen Sowjetrußland kämpfen sollen, stattgefunden. Man sucht vor allen Dingen nach ehemaligen deutschen Offizieren und Unteroffizieren, die als Gruppenführer in den konterrevolutionären Armeen Verwendung finden sollen.**

*

Die deutsche Regierung muß, wenn sie ihr Neutralitätsversprechen halten will, diesen Werbungen schleunigst ein Ende machen. Das deutsche Volk hat das energisch zu fordern; der Reichstag hat sich freilich selbst ausgeschaltet, aber die Arbeiterschaft hat noch Mittel, ihren Willen deutlich zu bekunden und ihm Nachdruck zu verleihen.

Verschärfung der Transportkontrolle.

Berlin, 9. September. (Eigne Drahtmeldung der L. V.) **Die Kontrollkommission Berlin-Brandenburg erläßt einen neuen Aufruf zur Verschärfung der Transportkontrolle, in dem es heißt: Die Neutralität kann nicht besser gewahrt werden als durch Einrichtung eigener Kontrollstellen. Den Kontrollstellen der Regierung sowie den hohen Beamten steht die Arbeiterschaft mit Mißtrauen gegenüber, da nach den bisherigen Erfahrungen keine Gewähr gegeben ist, daß Transporte von Kriegsmaterial nicht nach Polen befördert werden.**

Munitionstransporte für Polen.

Berlin, 9. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Rote Fahne meldet aus Brunsbüttel die Durchführung mehrerer **Munitionstransporte unter Begleitung polnischer Offiziere durch den Nordostseekanal.** So sei der schwedische Dampfer **Cavalla aus Goetheburg, angeblich mit Munition von Saloniki kommend, festgehalten worden. Später aber habe auf Anordnung des Betriebsdirektors Admiral Petruschky trotz genauer Kenntnis der Tatsachen den Dampfer passieren lassen. Noch ein zweiter britischer Dampfer habe mit Munition, Flugzeugen sowie polnischen Offizieren an Bord den Kanal passiert. Der aus Frankreich kommende dänische Dampfer Dorcit, der mit 5000 Tonnen Munition und Waffen für Polen beladen war, wurde, als er den Kanal passieren wollte, vom Wasserschutz bei Holtenau-Kiel angehalten.**

Der Kampf in Italien.

Berlin, 9. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Ueber die Streikbewegung in Italien meldet das Berliner Tageblatt aus Basel: Der Konflikt in der italienischen Metallindustrie dauert an. Die Arbeiter halten die Besetzung der Betriebe aufrecht und treffen Maßnahmen zur selbständigen Fortsetzung der Produktion. Ein Zentralausschuß überwacht die Produktion und bestimmt die Leistungsfähigkeit einer jeden Fabrik. Die Eisenbahner und die Hafenarbeiter von Livorno haben sich mit den streikenden Metallarbeitern solidarisch erklärt und die vorhandenen Rohstoffe ausgeliefert. Die Hochöfen mußten ihren Betrieb wegen Mangel an Arbeitskräften einstellen.

Zur Zeit tagt in Rom die Geschäftsleitung der italienischen Sozialisten-Partei zusammen mit den Mitgliedern der parlamentarischen Gruppe der Partei, um über die gegenwärtige Lage zu beraten. Dieser Besprechung kommt eine außerordentliche Bedeutung für die Zukunft Italiens zu, da die Partei an einem Scheidewege ihrer Entwicklung steht. Die Partei hat sich darüber zu entscheiden, ob sie die politische Verantwortung für die Fortsetzung des gegenwärtigen ernsten Konflikts übernehmen will, der bei einem weiteren Andauern der Bewegung keinen rein wirtschaftlichen Charakter mehr bewahren kann. Alle Sozialisten der sogenannten alten Garde vom Jahre 1898, wie Turati, Modigliani und Lazzari, sind der Meinung, daß die Stunde des Proletariats noch nicht geschlagen habe, und daß den Bestrebungen der Extremisten im Interesse des späteren Erfolgs der Arbeiterforderungen Widerstand geleistet werden müsse.

Rom, 8. September. Corriere della Sera schreibt, die sozialistischen Abgeordneten hätten erklärt, sie seien überzeugt, daß der **Konflikt in der Metallindustrie leicht beigelegt werden könnte.** Auch der Sekretär des Allgemeinen Italienischen Arbeiterbundes habe sich optimistisch ausgesprochen. Nach Blättermeldungen solle die **erste Zusammenkunft der Arbeiterdelegierten mit den Fabrikbesitzern in Mailand stattfinden. Der Widerstand des technischen Personals** unter den Fabrikangestellten gegen die Metallarbeiter wachse. Die Ausführung der Arbeit ohne die nötige technische Leitung verursache den Arbeitern **große Schwierigkeiten.** Auf das Spezialistenpersonal werde ein bedeutender Druck ausgeübt, um es zu bewegen, mit den Arbeitern gemeinsame Sache zu machen. Der Verband der Ingenieure nehme jedoch den Arbeitern gegenüber eine ablehnende Haltung ein.

Paris, 9. September. (TU.) Petit Parisien erfährt aus Rom, daß der gegenwärtige Geist der italienischen Metallarbeiter **zu erschlaffen beginnt**, vor allem in Mailand. In den besetzten Fabriken, wo alles nach militärischem Schnitt zugeht, wird die Zahl derjenigen, die sich **täglich krank melden**, immer größer. In einer Fabrik haben **500 Mann**, die zur Besatzung gehörten, den **Aufruf zur Arbeit nicht befolgt.** Der Korrespondent des Matin in Rom hatte eine Unterredung mit dem italienischen Arbeitsminister Labrioli, in der dieser mitteilte, daß die Aeußerungen der Arbeiter schlimmer erscheinen, als sie in Wirklichkeit seien. Es liege **kein Grund vor, sich ernstlich zu beunruhigen.** Bisher habe sich die **Regierung vollkommen neutral** gehalten. Sie habe **alles getan, um eine Versöhnung herbeizuführen**, aber die **Unfolgsamkeit der Unternehmer habe diese unmöglich gemacht** und die Regierung werde jetzt eingreifen. **Die Industrie werde gezwungen sein, ihren Arbeitern Zugeständnisse zu bewilligen.** Vielleicht werde die Regierung die wirtschaftlichen Unternehmer durch Zölle unterstützen. Der Minister **dementierte die Behauptung**, daß die große Arbeiterbewegung eine **kommunistische Tendenz** trage. Das **Beispiel Rußlands und Ungarns wirke für die italienischen Arbeiter abschreckend.**

Blutige Zusammenstöße in Mailand.

Der Züricher Tagesanz. meldet aus **Mailand: Ueber die Lombardei wurde der Belagerungszustand verhängt. In Mailand fanden Zusammenstöße mit Militär statt, wobei es 23 Tote** und etwa hundert Verletzte gegeben hat.

Basel, 8. September. Nach einem Bericht des Corriere della Sera **sind sämtliche Mailänder Fabriken der Metallindustrie von der radikalen Arbeiterschaft besetzt, die sich immer mehr mit Waffen und Munition eindeckt.**

Englische Hilfe?

Rom, 8. September. Wie Giornale d'Italia vernimmt, haben die gewerkschaftlichen Organisationen Englands den italienischen Allgemeinen Arbeiterbund um Auskunft gebeten über die Bedeutung der italienischen Metallarbeiterbewegung. Wie sie erklärten, hätten sie die Absicht, die italienischen Arbeiter zu unterstützen, damit diese den Sieg erringen könnten.

Einiges zum Moskauer Diktat.

Von Gerhart Seger-Kiel.

Es sei mir gestattet, unbeschadet der bevorstehenden Stellungnahme der Organisationen zu den Moskauer Bedingungen im allgemeinen zu der Diskussion der Bedingungen im einzelnen etwas beizusteuern. Genosse Crispien hat schon darauf hingewiesen, welche Wirkung dieser Moskauer „demokratische Zentralismus" auf die Presse, auf die Diskussionen innerhalb der Partei haben wird. Es seien daher zunächst einige klassische Zeugen dafür angeführt, wie notwendig der Spielraum der Meinungsfreiheit ist, der bis jetzt bestanden hat und der noch immer zum Vorteil der Arbeiterbewegung gewesen ist. Ich zitiere dabei nicht so „anrüchige" Personen wie Kautsky und Hilferding, sondern die Begründer des deutschen Spartakusbundes, Rosa Luxemburg und Franz Mehring, die doch wohl selbst bei den Moskauer Diktatoren als „stubenrein" gelten werden.

In ihrer Juniusbroschüre, einer während des Krieges entstandenen Gefängnisarbeit, sagt Rosa Luxemburg folgendes:

> Gigantisch wie seine Aufgaben (des Proletariats. D. Verf.), sind auch seine Irrtümer. **Kein vorgezeichnetes, ein für allemal gültiges Schema, kein unfehlbarer Führer zeigt ihm die Pfade,** die es zu wandeln hat. Die geschichtliche Erfahrung ist seine einzige Lehrmeisterin, sein Dornenweg der Selbstbefreiung ist nicht bloß mit unermeßlichen Leiden, sondern auch mit unzähligen Irrtümern gepflastert. Das Ziel seiner Reise, seine Befreiung, hängt davon ab, ob das Proletariat versteht, aus den eigenen Irrtümern zu lernen. Selbstkritik, rücksichtslose, grausame, bis auf den Grund der Dinge gehende Selbstkritik ist Lebensluft und Lebenslicht der proletarischen Bewegung.

So Rosa Luxemburg. Wo bleibt aber die Möglichkeit, Selbstkritik an den Maßnahmen der Partei zu üben, wenn die Redakteure zu bürgerlichen Tintenkulis herabgewürdigt werden, die zu schreiben haben, was das hohe Exekutivkomitee befiehlt oder..? Wo bleibt die Möglichkeit der Kritik, abgesehen davon, daß das Moskauer System die Massen zum blinden Gehorsam und damit zur Kritiklosigkeit erziehen will, wenn der „demokratische" Zentralismus die Möglichkeit bietet, jede Opposition aus der Partei auszuschließen?

Aber weiter. Franz Mehring sagt in den Rück- und Vorblicken am Ende seiner „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie":

> Nicht mehr darum handelt es sich für das moderne Proletariat, ob es den Klassenkampf führen soll, um sich aus den Fesseln der Lohnsklaverei zu befreien, sondern nur noch darum, wie es diesen Kampf am schnellsten zum sicheren Siege führen kann. Seit dem Erlöschen des Utopismus sind darüber alle wesentlichen Zweifel zerstreut, die Taktik der deutschen Sozialdemokratie ist heute dieselbe, die einst das kommunistische Manifest und dann in besonderer Anwendung auf die deutschen Verhältnisse Lassales offenes Antwortschreiben empfahl. In dem rastlosen Umwälzungsprozeß der kapitalistischen Gesellschaft stellt jedes neue Jahr neue Aufgaben, über deren Lösung die Meinungen in der Partei oft auseinandergehen werden. Immer wird es eine Richtung geben, die mehr auf das revolutionäre Endziel, immer eine andre Richtung, die mehr auf die praktischen Wege zu diesem Ziele sieht: Das liegt in der Natur der Dinge, wie in der Natur der Menschen. Aber wie Weg und Ziel untrennbar zusammenhängen, **so ergibt sich aus diesem Widerstreite nur die Diagonale der Kräfte, die den schnellen Vormarsch der Partei bewirkt.**

Franz Mehring bezeichnet also hier mit vollem Recht das dialektische Prinzip, von Thesis und Antithesis zur Synthesis zu kommen, als Lebenselement der Arbeiterbewegung. Dieses Lebenselement will die Moskauer Internationale ausschalten, sie will die unbedingte Unterordnung unter die praktisch nicht absetzbare Zentralleitung (eine oppositionelle Mehrheit kann sich ja gar nicht bilden, da sie schon im Entstehen ausgeschlossen würde) und damit erstickt man jedes geistige Leben in der Partei. Wieviel Persönlichkeitswert, wieviel geistige Förderung der wissenschaftlich-sozialistischen Erkenntnis ginge einer Partei, die sich nach den Moskauer Forderungen innerlich abtöten würde, verloren! Es würde in noch schärferem Maße das eintreten, was in der deutschen KPD. zu beobachten ist: eine entsetzliche geistige Armut. Jeder, der im Wahlkampf oder sonst in Versammlungen mit Kommunisten zu tun hat, wird beobachtet haben, daß alle Redner das widerkäuten, was in den Leitartikeln der Roten Fahne stand. Und auch darin kein selbständiger Gedanke! Keine eigene, von tieferer Erkenntnis der wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge zeugende Betrachtung der Vorgänge, sondern immer wieder das stumpfsinnige und sklavische Herumreiten auf der abgedroschenen Parole: „Wählt politische Arbeiterräte". Die Kommunistische Partei weist, ganz gegen den Geist ihrer Gründer, eine geistige Unbeweglichkeit auf, die eben durch ihre moskauähnliche Organisation verschuldet ist. Man erinnere sich doch nur daran, daß die KPD. ein Jahr brauchte, um in der Frage der Wahlbeteiligung zu derselben Stellung zu kommen, wie die

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200909/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

USP. sie von Anfang an einnahm. Und zu dem geistig dieser Partei soll sich die USP., die große Massenpartei m., den vielen Mitgliedern, die an der positiven wissenschaftlichen Vertiefung des Sozialismus so fruchtbar mitgearbeitet haben, die ganz im Sinne Luxemburgs und Mehrings das geistig belebende Element der Bewegung bilden, herabdrücken lassen!

Man will in Moskau in den Massen lediglich die revolutionäre Energie, den Willen zum Kampf, das revolutionäre Gefühl wachhalten. Ganz abgesehen davon, daß ein normaler Mensch nur dann die meiste Energie für eine Sache entwickeln kann, wenn er selbst darüber genau unterrichtet ist und mitbestimmt, darf doch nie vergessen werden, daß Politik mit dem Verstand und nicht mit dem Gefühl betrieben sein will. Die Empörung und der Wille zum Kampf wird in der Arbeiterschaft ohnedies durch ihre Klassenlage beständig wachgehalten. Deshalb sollten die Moskauer Genossen weniger in bürgerlicher Denkmalspflege die geistigen Führer der Arbeiterschaft ehren, als vielmehr ihre Schriften lesen und vor allem das folgende Wort Rosa Luxemburgs beherzigen, das in dem ersten und einzigen Heft der „Internationale" steht:

> Wie in Marx selbst der scharfe historische Analytiker und der kühne Revolutionär, der Mann des Gedankens und der Mann der Tat unzertrennlich miteinander verbunden waren, einander unterstützten und ergänzten, so hatte der Marxismus als sozialistische Lehre zum ersten Male in der Geschichte der modernen Arbeiterbewegung die theoretische Erkenntnis mit der revolutionären Tatkraft des Proletariats gepaart, die eine durch die andre durchleuchtet und befruchtet. Beide gehören gleichmäßig zum innersten Wesen des Marxismus, jede, getrennt von der andern, verwandelt den Marxismus in ein trauriges Zerrbild seiner selbst.

Zu einem solchen traurigen Zerrbild des Marxismus muß jede sozialistische Bewegung werden, die nach Moskauer Muster organisiert würde. Die beiden Elemente, theoretische Erkenntnis und revolutionäre Tatkraft, müssen jedem einzelnen Glied der Bewegung eigen sein, wenn die Bewegung eine in allen ihren Teilen zielbewußte Massenbewegung sein will. Dieses wesentliche Erfordernis wird aber durch die russische Militarisierung der Parteien, durch die merkwürdige Arbeitsteilung, die nur die revolutionäre Tatkraft den Massen lassen will und ihnen statt Erkenntnis und deren Anwendung Kritiklosigkeit aufzwingt, nicht erfüllt. Wiederum ist es gerade Rosa Luxemburg, die eine solche Methode auf das entschiedenste verurteilt. In ihrem Aufsatz „Wiederaufbau der Internationale" heißt es:

> Gerade die mächtige Organisation, gerade die vielgepriesene Disziplin in der Deutschen Sozialdemokratie bewährten sich darin, daß der vier Millionen starke Körper sich auf Kommando einer Handvoll Parlamentarier in vierundzwanzig Stunden wenden und vor einen Wagen spannen ließ, gegen den Sturm zu laufen sein Lebensziel war.

Da wird gerade das verurteilt, was die Moskauer Genossen anstreben: den Riesenkörper des deutschen, ja internationalen Proletariats von einer Handvoll Leute lenken zu lassen, die noch nicht einmal von den Gelenken kontrolliert werden können, da jeder Teil des Körpers, der nicht mit der Richtung einverstanden ist, in der die Handvoll Leute den Körper bewegen, wie eine Eiterbeule aus dem Körper herausgeschnitten würde.

So zeigt eine kurze Betrachtung dessen, was die Altmeister des Sozialismus, denen man in Rußland Denkmäler über Denkmäler setzt, über den Sinn und die Aufgaben der Massenbewegung gesagt haben, daß die Moskauer Bedingungen als nicht im Sinne des Sozialismus liegend zurückgewiesen werden müssen.

Ich finde es außerordentlich notwendig, in den Parteidiskussionen alle Genossinnen und Genossen auf die Meinung der alten Führer hinzuweisen, da von den Ultrarevolutionären gerade Marx, Luxemburg und Mehring beständig im Munde geführt werden, um die Arbeiterschaft zu täuschen. Gerade aus den vorstehenden Zitaten dürfte ganz klar hervorgehen, wie die so oft zitierten Theoretiker und Praktiker dachten und es ist ohne weiteres festzustellen, daß sie wesentlich anders dachten als die, die in ihrem Namen zu handeln vorgeben.

Die Pflicht zur Wahrheit.

Von Wilhelm Dittmann.

> Wer die Wahrheit kennet und saget sie nicht,
> Der ist fürwahr ein erbärmlicher Wicht.

Von meinen in der Freiheit veröffentlichten, in der Parteipresse stark nachgedruckten Artikeln über Rußland, wird mir vielfach berichtet, sie hätten gewirkt wie Bomben. Durch sie seien Illusionen zerstört worden, die sich über die Verhältnisse in Rußland bei breiten Arbeiterschichten festgesetzt hatten. Es werde freudig begrüßt, endlich zuverlässige Mitteilungen über die wirklichen Zustände in Rußland zu erhalten, während man bisher nur schwarz-in-schwarz gemalte antibolschewistische oder rosarot gefärbte proletarische Berichte gehabt habe. Nun beginne man doch allmählich klarer zu sehen und bekomme festere Vorstellungen über die Dinge.

Um so unverständlicher ist es, daß Parteigenossen, die für den Anschluß unsrer Partei an die dritte Internationale zu den vorliegenden Bedingungen Propaganda machen, sich in Wort und Schrift über die Artikel ereifern. Gegenüber Däumig und Stöcker habe ich schon auf der eben beendeten Reichskonferenz der Partei gesagt, daß eigentlich über diese Fragen keinerlei Streit zu herrschen brauche, denn beide Richtungen hätten doch das gemeinsame Interesse, die Masse unsrer Genossen so objektiv und vollständig wie möglich über die Zustände in Rußland zu unterrichten. Je besser das gelingt, desto zutreffender können dann auch die Urteile sein, zu denen man auf Grund des Tatsachenmaterials kommt. Es ist nun überaus bezeichnend, daß keiner der Kritiker die Richtigkeit der von mir mitgeteilten Tatsachen anzuzweifeln oder zu bestreiten wagt. Die Kritik gipfelt vielmehr lediglich in der rein opportunistischen Frage: Ist es zweckmäßig, so offen und frei vor den Massen und den politischen Gegnern über Sowjetrußland zu reden?

Dieser Opportunismus der Kritiker, die ja ausziehen, um jeden Opportunismus mit Stumpf und Stil auszurotten, wirkt um so grotesker, als die Nächstbetroffenen, die Bolschewiki selber, darüber ganz andrer Meinung sind. Am selben Tage, an dessen Morgen mein Artikel Deutsche Arbeiter in Rußland in der Freiheit erschienen war, sagte mir der Vertreter der Sowjetregierung in Berlin, Genosse Viktor Kopp, er habe immerfort vor der Auswanderung nach Rußland gewarnt, aber leider tauben Ohren gepredigt. Es herrsche unter den deutschen Arbeitern geradezu eine Psychose. Es warte schon wieder ein Transport von 600 Auswanderern darauf, von Stettin aus per Schiff nach Rußland zu fahren. Das schlimmste für Sowjetrußland sei, daß es für jeden Rückwanderer, den es wieder nach Deutschland heimschaffe, soundsoviel Milligramm Gold ausgeben und dadurch nutzlos seinen Goldbestand verringern müsse, das wertvollste Austauschmittel das Rußland noch habe, um vom Auslande etwas beziehen zu können. Statt Rußland zu nützen, schädigen also diese Auswanderer die Interessen der Sowjetrepublik sehr empfindlich und die offene Klarlegung dieser Schädigung kann den russischen Genossen nur erwünscht sein. Der Vorsitzende des Exekutivkomitees der 3. Internationale, Genosse Sinowjew, sagte mir in Moskau, als ich ihm meine Absicht mitteilte, öffentlich vor der Auswanderung zu warnen, sehr lebhaft: „Tun Sie das! Wir haben immer wieder vergebens abgeraten und gewarnt. Es ist geradezu, als könnten oder wollten die deutschen Arbeiter nicht hören. Wenn es nicht helfen sollte, wenn Sie jetzt warnen, würde ich das begrüßen." Jetzt habe ich gewarnt und es hat anscheinend geholfen und nun kommen deutsche Parteigenossen und gebärden sich päpstlicher als der Papst, allerdings aus purer Angst, in Moskau sonst nicht als anschlußreif zu gelten.

Die Frage, um die es sich hier im Grunde handelt, hat für die Partei eine große grundsätzliche Bedeutung. Der Standpunkt der opportunistischen falschen Freunde Moskaus läuft auf die bekannte „Parteimoral" des einstigen Genossen Georg Bernhard des heutigen Chefredakteurs der Vossischen Zeitung hinaus, die vor und auf dem Dresdner Parteitag 1903 so leidenschaftlich von Bebel bekämpft wurde. Nach dieser Moral sollen die Führer den Massen nicht alles sagen, was sie wissen, denn, so sagte Bernhardt damals in seinem Artikel:

„Auch unreifen Kindern verschweigen Eltern und Lehrer manches, wie sie es in der Wirklichkeit sehen — und niemand schilt sie deshalb Lügner. Der politische Pädagoge muß damit rechnen, daß die Wahrheit seiner Parteiherde noch in den vom Massenempfinden geschaffenen Vorstellungen lebt, in einem Kindheitsstadium, und daß diese Wahrheit für den Kampf nicht zu entbehren ist."

Gegen diese jetzt von den blinden Moskau-Anbetern wieder empfohlene „Parteimoral" wetterte August Bebel auf dem Dresdener Parteitag unter der stürmischen Zustimmung der überwältigenden Mehrheit der Delegierten los:

„Parteigenossen! Können denn furchtbarere Grundsätze aufgestellt werden, als die verlesenen? (Sehr wahr!) Kann alles, was für die Partei, das Parteileben, den Parteizusammenhalt Bedeutung hat, schlimmer verhöhnt werden? (Sehr richtig!) Damit ist doch deutlich gesagt: Die Masse ist die misera contribuens plebs der römischen Patrizier, das ist die Masse, über die die Auguren, wenn sie sich begegnen, lachen. Ja, die sind gut zur Arbeit für die Agitation, zum Steuern, zum Stimmen, und im übrigen ist es die Parteiherde, sind es die Kinder, denen man nicht alles sagen darf, was man denkt. (Stürmischer Beifall.) Und die Parteiführer sind die Nitzscheschen Uebermenschen, Kraftmenschen, die in ihrem Kopf mit vollen Gedanken alles wissen, alles überblicken und überdenken, sie sind die ironische Vorsehung der Parteigenossen, denen man die Führung überläßt, denn die Masse ist nicht imstande, sich selbst zu leiten. (Sehr gut.) Ich habe einen ähnlichen Ausspruch schon früher gehört und bin dann mit dem Betreffenden furchtbar zusammengeraten .... Die „Kulturseele der Führer", die da vor der Masse verschweigen, die der Masse immer soviel Weisheit einträufeln, wie sie für gut befinden, ja Donner und Teufel, und da habe ich mir gesagt: das ist unerhört, was man der Partei da ins Gesicht schleudert. Wer solche Sätze aufstellt, der kann von Rechts wegen nicht länger zur Partei gehören. (Sehr richtig! und stürmischer Beifall.)"

So dachte Bebel 1903 und mit ihm die ganze Partei. Und wer das Wort verwirklichen will, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur ihr eignes Werk sein kann, der muß sich gegen alle Versuche wenden, der Masse wichtige Dinge zu verschweigen und zu verheimlichen, die sie wissen muß, um sich über die Bedingungen ihres Emanzipationskampfes ein zutreffendes Urteil bilden zu können. Aber die Versuche, die Masse in Unklarheit und Unwissenheit zu erhalten, liegen durchaus in der Richtung derjenigen, die jetzt das freie Selbstbestimmungsrecht der Parteimitglieder aufhalten wollen, um mit diktatorischer Gewalt die Partei zu beherrschen. Gegen solche Bestrebungen wandte sich Bebel in jener Debatte in Dresden gleichfalls mit der Schärfe, indem er sagte:

„Man redet viel vom Terrorismus der Führer, aber in keiner Partei gibt es weniger Terrorismus durch die Führer, als in der Sozialdemokratie, und das soll so bleiben, das muß so bleiben. Wer bei uns Führer sein will, muß so handeln, wie die Partei will und nicht wie er will. (Beifall.) Er hat auszuführen, was die Masse erstrebt, was sie fühlt und denkt. Sie sind die Werkzeuge der Partei, nicht die Generale und Kommandeure, die sagen: Ich gehe voran und ihr habt uns zu gehorchen. Das würden die ja auch gar nicht dulden."

So sprach Bebel, ein Führer, der wie keiner das Zeug zum Diktator gehabt hätte, der aber wußte, daß der Sozialismus nur von einer selbständig denkenden und handelnden, bewußt den Sozialismus erstrebenden Arbeiterklasse erkämpft werden kann und nicht von einem Sklavenheer, das blindlings einem Diktator gehorcht. In revolutionären Zeiten ist es noch weit notwendiger, als in friedlichen Zeiten, daß jedes einzelne Parteimitglied aus innerster Ueberzeugung selbständig zu handeln fähig und bereit ist. Deshalb müssen aber auch die Massen unsrer Parteigenossen wissen, wie die Dinge stehen. Die Führer dürfen sich nicht das reaktionäre Wort zu eigen machen: „Ein Wahn, der sie beglückt, wiegt eine Wahrheit auf, die sie zu Boden drückt." Nein, unter Parteigenossen darf es nur heißen:

„Zwischen uns sei Wahrheit!"

Eine deutsche Note über die Gefährdung des Kohlenabkommens von Spa.

Berlin, 8. September. Die deutsche Friedensdelegation in Paris hat der Friedenskonferenz folgende Note überreicht:

Unter rücksichtslosen Eingriffen in die Versorgung der deutschen Kohlenverbraucher setzte die deutsche Regierung alles daran, um die in Spa übernommenen Kohlenlieferungsverpflichtungen zu erfüllen. Ihre Bemühungen waren bisher von Erfolg gekrönt. Die täglichen Lieferungszahlen des Monats August lassen erhoffen, daß das Lieferungssoll in diesem Monat erreicht wird.

Die deutsche Regierung hält sich jedoch für verpflichtet, die Aufmerksamkeit der verbündeten Regierungen mit allem Nachdruck darauf zu lenken, daß ihr die Erfüllung der von ihr eingegangenen Verpflichtungen unmöglich gemacht wird, wenn die Kohlenproduktion, die ihr zur Zeit der Verhandlungen von Spa zur Verfügung stand, eine Einschränkung erfährt. Diese Voraussetzung ist durch die immer ernster werdende Lage in Oberschlesien eingetreten.

Während die mit den Vertretern der Bergarbeiter-Organisationen vor kurzem in Oberschlesien geführten Verhandlungen volles Verständnis der Bergarbeiter für die überaus schwierige Lage Deutschlands und ihre Bereitwilligkeit erkennen ließen, durch Mehrarbeit die oberschlesische Kohlenförderung zu steigern, so bewirken die augenblicklichen Vorgänge in Oberschlesien, daß im Gegenteil die Kohlenproduktion erschreckend gesunken ist und daß von dem Deutschland belassenen Anteil an der oberschlesischen Kohlenförderung nur noch verschwindende Mengen nach Deutschland gelangen. Ein Ersatz dieser Fehlmengen durch weitere Kürzung der Inlandversorgung ist nicht möglich. Der deutschen Regierung ist durch die Bestimmungen des Friedensvertrages jede Möglichkeit genommen, ihrerseits für die Beseitigung der Gründe des Rückganges der oberschlesischen Steinkohlenförderung Sorge zu tragen. Sie beehrt sich daher, an die verbündeten Regierungen nochmals die dringende Bitte zu richten, unverzüglich die in den deutschen Noten vom 21. und 25. August geforderten Maßnahmen zu ergreifen.

Nach gestern eingegangenen telegraphischen Meldungen soll die interessierte Kommission die Kohlensendungen aus Oberschlesien überhaupt gesperrt haben.

Wie die deutsche Delegation in Spa dargelegt und die dortige Konferenz durch den Mund des Ministerpräsidenten Lloyd George und des Präsidenten der Konferenz Delacroix ausdrücklich anerkannt hat, ist die Ausführung des Kohlenabkommens vom 16. Mai 1920 abhängig von der ausreichenden Belieferung Deutschlands mit oberschlesischer Kohle.

Ein neuer Raubzug der Agrarier.

Im Volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstags haben die bürgerlichen Parteien folgenden Antrag eingebracht:

Der Ausschuß wolle beschließen, folgende Entschließung anzunehmen:

1. daß für Hafer, Gerste und Roggen der gleiche Preis gezahlt und
2. daß die Frühdruschprämie in ihrer vollen Höhe von 200 Mk. für die Tonne Getreide bis zum 1. Januar 1921 weiter bewilligt wird.

Die festgesetzten Preise für Hafer und Gerste sind jetzt um 50 und 100 Mark niedriger als der Preis für Roggen. Der Antrag bezweckt also eine weitere Verteuerung der beiden Getreidearten. Dem gleichen Zwecke soll die Weiterzahlung der Frühdruschprämie, die am 15. Oktober in Wegfall kommen mußte, dienen. Die Agrarier haben bis jetzt mit den Getreideablieferungen zurückgehalten. Sie haben dadurch die Brotversorgung der Bevölkerung aufs schwerste gefährdet und wollen nun unter Ausnützung dieser Notlage die Fortzahlung der Prämie und damit die Sicherung des Sonderprofits für ein weiteres Vierteljahr erzwingen. Eine weitere Steigerung der Preise des Brotes und anderer Nahrungsmittel müßte die Folge der Annahme des Antrages sein. Und diese unverschämten Forderungen wagen die Agrarier jetzt in der Zeit der verschärften Wirtschaftskrise und der ungeheuren Lebensmittelteuerung, da Arbeitslosigkeit und Not von Tag zu Tag steigen zu erheben. Eine derartige Politik könnte die verhängnisvollsten Folgen haben. Wollen Regierung und Volkswirtschaftlicher Ausschuß die Verantwortung dafür übernehmen? Jedenfalls müssen sie damit rechnen, daß die Arbeiterschaft diesem neuen agrarischen Raubzug den stärksten Widerstand entgegensetzen wird.

Der Hort der Deutschnationalen.

G. Bernhard wendet sich in der Vossischen Zeitung scharf gegen die schwankende Politik des Außenministers Dr. Simons und schreibt dann:

„Minister Simons steht augenblicklich vor der Gefahr, in die Umklammerung seines eigenen Amtes zu geraten. Im Auswärtigen Amt erheben bereits die alten Diplomaten und Geheimräte wieder sehr selbstbewußt ihre Köpfe. Dieses Amt war Deutschlands Gefahr im Kriege, es ist deutsche Gefahr auch im Augenblick. Selbst in einem Lande wie Italien war Deutschland drauf und dran, die aufkeimenden Sympathien zu verlieren wegen der saumseligen Erledigung der Besetzung des Botschafterpostens. Alles alte Prestigepolitik, exekutiert vom dressierten Amtsschimmel in der Wilhelmstraße, der mit den Lebenssäften des deutschen Volkes gemästet wird. Die Mitglieder dieses Amtes leben nach wie vor in den veralteten Vorstellungen, aus diesem Amt heraus erwächst bereits wieder dem Gedanken des Zusammenschlusses aller deutschen Stämme scharfe Opposition. Kein Mensch spricht jetzt mehr hier von Reformen, die einst so überlaut angekündigt wurden. Dieses Amt erbt sich wie eine ewige Krankheit durch alle Leidensstationen des deutschen Volkes fort als ein Infektionsherd, der nun auch für Minister Simons gefährlich zu werden scheint."

Die Klagen über die Rückwärtserei und Vertrottelung des Auswärtigen Amtes sind so alt wie dieses selbst. Seit der Revolution hat es hauptsächlich Rechtssozialisten zu Ministern gehabt, die zwar große Reformen angekündigt haben, aber es stets bei dieser Ankündigung beließen. Auch Herr Simons hat in den Frühlingstagen seiner Ministerschaft erklärt, Widerstände in seinem Amte brechen zu wollen. Wie ihm das gelungen ist, darüber schweigt des Sängers Höflichkeit.

Zweierlei Steuerrecht.

Während mit allen Gewalt- und Machtmitteln des kapitalistischen Klassenstaates die Proletarier aller Arten auch steuerlich in der schärfsten Weise bedrückt werden, indem ihren ihr Lohneinkommen von vornherein um 10 Prozent Einkommensteuer geschädigt wird, besteht diese zwangsweise Steuerzahlung jedoch nicht für die besitzenden Klassen, sondern sie dürfen sich außerdem noch ungestraft die größte Saumseligkeit im Steuerzahlen gestatten. So wird jetzt aus Stuttgart mitgeteilt, daß die dortigen Daimler-Motoren-Werke — jenes Unternehmen also, das im Kriege rund 85 Millionen Mark ausgesprochene Wuchergewinne machte! — bereits seit dreiviertel Jahren mit der Zahlung von eindreiviertel Millionen Mark Kommunalsteuern an die Stadt Stuttgart im Rückstand sind. Von irgendwelchen Exekutionsversuchen gegen diese steuerstreikende Firma hat man noch nichts gehört. Dafür aber sind ihre Betriebe, als die Arbeiter durch einen Generalstreik gegen den skandalösen Lohnabzug demonstrierten und seine Zahlung verweigerten, sofort militärisch besetzt worden. Versteht sich: nicht etwa um die Steuerschulden der Daimler-Motoren-Werke einzutreiben, sondern um ihre Anlagen gegen eingebildete Gewaltmaßnahmen der streikenden Arbeiter zu schützen.

Wer aber von einer steuerlich ausnahmegesetzlichen Behandlung der Arbeiter- und Angestelltenschaft zu sprechen wagt, ist nach der übereinstimmend bekundeten Ansicht der bürgerlich-rechtssozialistischen Koalition ein niederträchtiger Hetzer.

Die Finanznot der deutschen Staaten.

Durch die Steuerreform der Republik, die bekanntlich die Bundesstaaten ihrer früheren Finanzhoheit entkleidet und sie durch das Landessteuergesetz auf steuerliche Rationen aus Reichssteuern gesetzt hat, sind die Länder nicht nur allein ihres Charakters als autonomer Staat entkleidet, sondern zugleich auch in schlimmste Finanznöte gebracht worden. Wie der preußische Finanzminister im Hauptausschuß des Landtags mitteilen mußte, hat Preußen aus seinem Anteil an den Reichssteuern bisher noch keinen Pfennig erhalten. Bei der trostlosen Lage der Reichsfinanzen würde die Befriedigung seiner steuerlichen Ansprüche auch wohl kaum anders als auf dem Wege beschleunigten Notendruckes durchzuführen sein.

Das Reich wäre an sich, da z. B. der Steuerabzug vom Lohn schon mehrere Monate praktiziert worden ist, natürlich in der Lage, den Ländern den ihnen zustehenden Anteil am Aufkommen aus der Einkommensteuer zuweisen zu können, wenn die Summen, die eingingen, von ihm nicht sofort für tausend andere Zwecke verwendet werden müßten. Es würden aber auch so schlimme Zustände nicht eingetreten sein, wenn die Regierung rechtzeitig mit der Durchführung der Besitz- und Vermögenssteuern begonnen hätte.

70 Milliarden Papiergeld.

Am Ende der dritten Augustwoche berichtet die Reichsbank über einen Banknoten-Umlauf von 56 653,2 Millionen und einen gleichzeitigen Darlehnskassenschein-Umlauf von 13 081,7 Millionen Mark. Die vier Privatnotenbanken verzeichnen unter ihren Passiven zusammen 216,7 Millionen Mark „Banknoten im Umlauf". Insgesamt ist Deutschland zur Zeit mit Papiergeld im Betrage von 69 976 Millionen Mark beglückt. Das ist rund 20mal soviel als vor dem Kriege.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200909/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Die Organisationen zu den Moskauer Bedingungen.

Solingen.

Die Ortsorganisation Solingen hat sich mit 631 gegen 30 Stimmen für die Bedingungen Moskaus erklärt. Genosse H. Merkel hat darauf die Chefredaktion der Bergischen Arbeiterstimme niedergelegt und sein Reichstagsmandat dem Bezirks-Parteitag zur Verfügung gestellt.

Für die kommunistische „Klarheit" der Solinger Genossen spricht der Umstand, daß die Resolution, die die Billigung der Moskauer Bedingungen ausspricht, den folgenden Schlußsatz hat: „Die Versammlung fordert von der Parteileitung die sofortige Propagierung von politischen Arbeiterräten und deren Wahl. Wer die Wahl von politischen Räten sabotiert, gibt offen zu, daß er den Kampf (um zur Ergreifung der politischen Macht zu gelangen) fürchtet."

Schleswig-Holstein.

Der Bezirksvorstand der USP. für die Provinz Schleswig-Holstein und ein großer Teil Parteifunktionäre nahm bei zwei Stimmenthaltungen eine Entschließung an, in der sie dem russischen Proletariat ihre rückhaltlose Sympathie erklären, aber, obwohl sie tatkräftig den Zusammenschluß mit der 3. Internationale erstreben, aussprechen, daß die Aufnahmebedingungen keine Grundlage für den Anschluß einer Massenpartei sein können. Sie fordern von der Zentralleitung der Partei, daß sie gemäß dem Beschlusse des Leipziger Parteitags mit den sozialrevolutionären Parteien der übrigen Länder den internationalen Zusammenschluß herbeizuführen versucht.

Die französische sozialistische Partei.

Paris, 8. September. Wie die Blätter mitteilen, hat der ständige Verwaltungsausschuß der Sozialistischen Partei sich in einer bis Mitternacht währenden Geheimsitzung mit dem Bericht Frossards über die Annahme der neuen Bedingungen beschäftigt, die der internationale Kongreß zu Moskau für den Eintritt in die Dritte Internationale aufgestellt hat. Es wurde beschlossen, die ganze französische Sozialistische Partei über die Frage des Beitritts zur Dritten Internationale entscheiden zu lassen.

Das heißt offenbar, daß ein Parteitag über den Anschluß entscheiden soll. Die Bedingungen waren in den französischen Parteiblättern bis Mittwoch noch nicht bekanntgegeben.

Die Konferenz in Stresa.

Stresa, 7. September. (Stefani.) Die Sachverständigen beschäftigten sich heute zunächst mit der gegenseitigen Mitteilung der Methoden und der Märkte für den Ankauf von Waren des allgemeinen Bedarfs. Es wurde im allgemeinen festgestellt, daß kein ernster Konflikt der Interessen in diesem Punkte vorliege. Ferner befaßte man sich mit einer genauen Feststellung des deutschen Bedarfs und mit der Frage, was Italien für Rechnung der von ihm zu leistenden Vorschüsse gegebenenfalls liefern könne, indem es gleichzeitig die Durchführung der Vereinbarungen von Spaa sichere und den berechtigten Interessen Italiens Rechnung trage. Unter Vorsitz des Ministers Scelri und in Anwesenheit der Delegierten Englands und Frankreichs wurde eine Vollsitzung abgehalten, in der festgestellt wurde, daß Italien bereit sei, die in Spaa übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Hierauf wurde die Konferenz geschlossen.

Berlin, 8. September. Von den Verhandlungen in Stresa meldet die Deutsche Allg. Ztg.: In den beiden letzten Sitzungen der Konferenz legte die italienische Abordnung der deutschen die Liste der Nahrungsmittel zur Auswahl vor, die Italien liefern kann. Deutschland ist mit dem Angebot der Lebensmittel zufrieden.

Wirtschaftskrisen u. Arbeitslosenunterstützung

Im volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstags teilte Reichsarbeitsminister Dr. Brauns mit, daß das Reich für eine einmalige Beschaffungsbeihilfe an Arbeitslose 50 Millionen Mark ausgeworfen hat. Da hierzu noch die auf die Länder und Gemeinden entfallenden Beiträge kommen, so wird jeder Erwerbslose, dessen Arbeitslosigkeit länger als acht Wochen dauert, etwa 400—450 Mk. als einmalige Beihilfe erhalten können.

Die Württemberger U. S. P. gegen sofortige Wahl politischer Arbeiterräte.

Stuttgart, 7. Septbr. Die Landeskonferenz der unabhängigen Sozialdemokratie Württembergs hat sich nach einem Referat von Koenen (Berlin) gegen die sofortige Wahl politischer Arbeiterräte ausgesprochen. Die Erklärung betont, daß die politischen Arbeiterräte neben den Vollversammlungen der Betriebsräte kein Betätigungsfeld hätten. Politische Arbeiterräte ohne Revolution seien unmöglich, denn sie seien die historische Form der Diktatur des Proletariats.

Die Alliierten und der russisch-polnische Krieg.

Wie ein Funkspruch aus Moskau meldet, hat sich Kamenew an den englischen Premierminister Lloyd George mit der Frage gewandt, wie die englische Regierung sich nach der Anerkennung Wrangels durch die französische Regierung zu ersterem verhalte, ob England vielleicht für die Angriffe Wrangels verantwortlich sei und ob es sich verpflichtet fühle, in Anbetracht seiner früheren Schritte zugunsten Wrangels neue Maßnahmen zu seiner Unterstützung zu ergreifen. Lloyd George erwiderte bestimmt, daß die englische Regierung die Absicht habe, die Kampfhandlungen in Osteuropa zu beenden, und nur die persönliche Sicherheit der in der Krim befindlichen Truppen und Flüchtlinge garantieren wolle. England habe nie die Absicht gehabt, die Krim von Sowjetrußland zu trennen oder sich oder Wrangel die Herrschaft über die Krim vorzubehalten. Wenn die englische Regierung auf diesem Standpunkt stehen bleibt, darf man wohl mit einem günstigen Verlauf der wieder beginnenden russisch-polnischen Verhandlungen rechnen, denn England ist in der Lage, einen bedeutenden Einfluß auszuüben. Unterdessen setzt Frankreich seine bisher schon betriebene Politik, den Widerstand Polens nach Möglichkeit zu stärken, fort. Der polnische Finanzminister Grabsky, der sich jetzt in Paris befindet, ist damit beschäftigt, einen vollständigen Austauschhandel zwischen Polen und Frankreich zu vereinbaren. Polen will Petroleum und Zucker senden und verlangt Waffen und anderes Kriegsmaterial. Weiter werde das polnische Eisenbahnnetz ausgedehnt werden müssen. Hierzu solle die französische Industrie herangezogen werden. Es sei weiter geplant, eine polnische Anleihe in Frankreich aufzunehmen. Im Sinne dieser französischen Politik würde es liegen, wenn die englische Regierung die durch Kamenew und Krassin angeknüpften Beziehungen lösen und die beiden Sowjetvertreter, wie der Pariser Temps meldet, ausweisen würde. Es ist aber nach dem bisherigen Verhalten Englands nicht anzunehmen, daß die englische Regierung diesen in Paris gewünschten Weg einschlagen wird.

Die Meldungen über Unruhen in Sowjetrußland nehmen bestimmtere Formen an. Nach den Berichten ostpreußischer Blätter teilen aus Rußland zurückgekehrte litauische Flüchtlinge mit, daß auf dem Lande vielfach Aufstände ausgebrochen seien. Meldungen aus Helsingfors bestätigen die wachsende Unzufriedenheit, die sie auf eine rege Agitation der sozialrevolutionären Organisationen zurückführen. Bauernaufstände sollen in den Gouvernements Pleskau, Nowgorod, Petersburg, Ufa, Samara, Tula und Kursk gemeldet worden sein. Stellenweise sollen sich aus Deserteuren sogenannte „grüne Armeen" gebildet haben, die plündernd umherziehen. In den nördlichen Gouvernements soll die durch große Einschränkung der Aussaat und Mißernte hervorgerufene Hungersnot einen bedrohlichen Charakter annehmen.

Eine aus Moskau stammende Nachricht, daß zwischen Lettland und Rußland Feindseligkeiten ausgebrochen seien, wird von lettischer Seite als unzutreffend bezeichnet. Es handle sich nur um einen Uebergriff lettischer Soldaten, die eigenmächtig die Demarkationslinie überschritten hätten. Der Zwischenfall soll bereits auf diplomatischem Wege beigelegt worden sein. Mit dem polnisch-litauischen Konflikt beschäftigt sich der Völkerbund. Wenn der Streit nicht gütlich beigelegt werden kann, soll der Mitte September zusammentretende Völkerbundrat eine Entscheidung fällen.

*

Auf den Kriegsschauplätzen scheint es zu Kämpfen von Bedeutung nicht mehr gekommen zu sein. Ein Bericht aus Königsberg über die Lage meldet: Im Suwalki-Gebiet, nördlich von Sokolka und bei Kamenez-Litowsk örtliche Kampfhandlungen. In der Gegend Grubeschow hält die polnische Verfolgung der Armee Budjenny an. Oestlich von Lemberg dehnten die Polen ihre Angriffsfront weiter nördlich aus und überschritten zwischen Kamionka und Busk den Bug. Gegenangriffe der Bolschewisten bei Busk und Krasne wurden abgewiesen. Dagegen mußte die polnische Front zwischen Chodorow und Rohatyn zurückgenommen werden.

Räumung Wrangels im Kubangebiet.

London, 8. September. Times melden aus Konstantinopel, daß General Wrangel die Halbinsel Taman geräumt habe.

Ein russisch-armenischer Zwischenfall.

Amsterdam, 8 September. Einer Havas-Reuter-Meldung aus Tiflis zufolge haben die Bolschewisten trotz der mit den Armeniern abgeschlossenen Waffenstillstandspräliminarien ihren Vormarsch fortgesetzt und mehrere Bezirke besetzt. Die armenische Delegation erhob lebhaften Einspruch. Hierauf haben die Bolschewisten den Befehl gegeben, den Vormarsch einzustellen. Sie führten zu ihrer Verteidigung das Fehlen jeder Verbindung zwischen den bolschewistischen Truppen und der Räteregierung an. Der Präsident der armenischen Delegation verlangte trotzdem Bestrafung der Schuldigen und Schadenersatz.

Für eine tschechische sozialistische Republik.

Aus Prag wird berichtet: Hier demonstrierten am Sonntag tschechische Legionäre durch eine Massenversammlung für die Errichtung einer sozialistischen Republik. In einer Resolution forderte die von 15000 Legionären besuchte Versammlung die Enteignung von Grund und Boden ohne Entschädigung, die Beschlagnahme der Kriegsgewinne, Verhängung des Standgerichts wegen Wuchers, Sabotage und Nichtablieferung des Getreides, die Trennung von Kirche und Staat und Aufnahme der Beziehungen zu Rußland. Ministerpräsident Tusar erklärte einer Abordnung, daß er den Legionären, die die erkämpfte Freiheit verteidigen wollten und für politische und soziale Gleichheit eintreten, zustimme. Die tschechische Regierung habe die Sozialisierung in ihr Programm aufgenommen, der praktischen Durchführung ständen aber große Schwierigkeiten entgegen. Eine Reihe von Sozialisierungsvorschlägen sollten der Nationalversammlung vorgelegt werden, die darüber zu entscheiden habe.

Belagerungszustand über die Tschecho-Slowakei.

Wien, 8. Sept. (TU.) Die Mittagspost meldet aus Budapest, daß die tschecho-slowakische Regierung den allgemeinen Belagerungszustand erklärte. Als Vorwand für diese strenge Maßnahme wird der starke Schmuggel nach Polen und Ungarn angegeben.

Deutschland.

Weitere Steigerung der Zahl der Arbeitslosen.

Wie uns aus dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt wird, ist die Gesamtzahl der unterstützten Erwerbslosen im Reiche auch in der Zeit vom 1. bis 15. August weiter gewachsen. Allerdings ist die Zunahme der Erwerbslosenzahl geringer als in den beiden letzten Juliwochen. Bemerkenswert ist, daß trotz der Erhöhung der Gesamtzahl der Erwerbslosen die Zahl der weiblichen Erwerbslosen um über Tausend abgenommen hat. Nach den amtlichen Feststellungen betrug die Zahl der männlichen Erwerbslosen am 15. August 304 048, die der weiblichen Erwerbslosen 107 525, also insgesamt 411 573, gegenüber 404 236 am 1. August und 359 618 am 15. Juli 1920. Hinzu kommen 371 599 Familienangehörige, die als Zuschlagsempfänger unterstützt werden. Die Gesamtzahl der unterstützten Erwerbslosen entspricht etwa dem Stande in der ersten Februarhälfte dieses Jahres.

* * *

Ein Staatsrat für das Memelgebiet. Für das Memelgebiet wird nunmehr im Einverständnis mit der französischen Besatzungsbehörde ein Staatsrat gebildet werden, der sich aus Vertretern der großen Wirtschaftsverbände zusammensetzen und zu dessen Beratungen über Wirtschaftsfragen Vertreter der Besatzungsbehörden hinzugezogen werden sollen.

Herabsetzung des Kartoffelpreises in Koburg. Der Koburger Bauernverein, dem die meisten Landwirte des ehemaligen Freistaates Koburg angehören, hat einen Kartoffelhöchstpreis von 25 Mk. für den Zentner festgesetzt und lehnt den höheren Reichs-Kartoffelpreis ab.

Englische Soldatenfrauen in Deutschland. Nach einer Meldung aus Köln dürfen vom 1. Oktober an die den englischen Garnisonen am Rhein zugeteilten Mannschaften ihre Frauen und Kinder aus England nachkommen lassen; Unverheirateten wird das Eingehen der Ehe gestattet. Allerdings dürfen die Truppen nicht mehr als sieben Prozent verheiratete Mannschaften besitzen.

Kleine Auslandsnachrichten.

Ende des Generalstreiks in Triest.

Mailand, 8. September. Nach einem Telegramm des Corriere della Sera ist der Generalstreik in Triest beigelegt worden. Die Zeitungen sind wieder erschienen.

* * *

Neue Kämpfe am Euphrat. Nach einer Meldung des englischen Kriegsamts wurde am unteren Euphrat die Garnison des Bahnhofs von Samawa nach dem Lager in der Stadt zurückgezogen. Ein Panzerzug, der den Rückzug deckte, verunglückte und wurde von einer Streitmacht von 4000 Aufständischen überfallen. Die Besatzung in Stärke von 40 Mann wurde schließlich überwältigt und ist als vermißt gemeldet. Ein Dreizehnpfünder, eine Lewis-Kanone und drei Maschinengewehre sowie 40 Kisten mit Munition gingen mitsamt dem Zuge verloren. Am mittleren Euphrat hat die 85. Brigade Mulcaster erreicht. Am oberen Euphrat ist alles ruhig.

Lloyd George über den Hungerstreik. Nach einer Meldung des Schweizer Korrespondenten des Daily News erklärte Lloyd George, in den ihm telegraphisch übermittelten Gesuchen um Freilassung des Bürgermeisters von Cork habe er nicht eine einzige Andeutung des Versprechens gefunden, daß die Mordanfälle auf Polizisten eingestellt werden würden. Sollte eine solche Sicherheit geboten werden, so würde er jedenfalls bereit sein, nicht nur den Bürgermeister, sondern auch die elf anderen Hungerstreiker freizulassen. Telegramme irischer Regierungsstellen hätten ihn davon überzeugt, daß eine Freilassung ohne diese Garantie die Regierung in Irland unmöglich machen würde.

Die Wirren in Südchina. Die Lage in Südchina ist trotz der Niederlage der japanfreundlichen Anfupartei sehr unruhig. Die Kantonpartei, die mit der Anfupartei verbündet ist, ist im Begriff, eine unabhängige Republik des Südens in Tschuking zu errichten.

Gewerkschaftsbewegung.

Verband der Steinsetzer, Filiale Leipzig.

Seit Anfang April befinden sich die Unternehmer mit ihren Arbeitern in Lohndifferenzen. Anfangs April fällte der Schlichtungsausschuß Leipzig einen Schiedsspruch, wonach bis zum Inkrafttreten des Reichstarifs im Steinsetzergewerbe der im Bauberuf gezahlte Lohn mit sämtlichen Zulagen auch im Steinsetzerberufe gezahlt werden muß. Diesem Schiedsspruch wurde von den Unternehmern zugestimmt. Nun erhielten ab 1. 4. die Bauarbeiter eine Teuerungszulage von 30 Pfg. Die Herren Steinsetzmeister gaben diese Zulage nicht. Auf wiederholte Aufforderung zur Zahlung der Teuerungszulage lehnten sie die Bezahlung ab. Zu der von uns beantragten Sitzung der paritätischen Schlichtungskommission erschienen die Unternehmer einfach nicht. Auch zu der auf Grund unsrer Beschwerde beim Schlichtungsausschuß Leipzig angesetzten Sitzung erschienen sie ebenfalls nicht, worauf von uns beim Gewerbegericht Klage eingereicht wurde. Daselbst fand die Angelegenheit keine Klärung und sie wurde zurück an den Schlichtungsausschuß verwiesen. Aber auch da klappte die Sache nicht. Uns wurde abermals aufgegeben, die Sache nochmals vor dem Gewerbegericht anhängig zu machen. Jetzt schlugen die Unternehmer eine andre Taktik ein. Sie versuchten, eine Verständigung mit den Arbeitern herbeizuführen. Die Arbeiter, vertreten durch ihre Tarifkommission, gingen auf eine Verständigung ein. Sie glaubten nicht, trotz der vielen Enttäuschungen, die sie in dieser Beziehung schon erlebt hatten, daß die Unternehmer ihr gegebenes Wort brechen würden. Es wurde in der Sitzung am 17. 8. auf Vorschlag der Unternehmer folgender Einigungsvorschlag ohne Widerspruch angenommen: Vom 1. 4. bis 23. 6. findet eine Nachzahlung von 20 Pfg. für die Stunde statt, vom 24. 6. an werden die geforderten 30 Pfg. nachgezahlt. Gleichzeitig wurde ein neuer Lohntarif abgeschlossen, der einen Stundenlohn von 6.20 Mk. für Steinsetzer und 5.70 Mk. für Hilfsarbeiter, rückwirkend ab 1. 8., vorsieht. Von den Arbeitern wurde der Verständigungsvorschlag unter dem Vorbehalt angenommen, daß ihm die am 19. 8. stattfindende Versammlung zustimmt. Dies ist geschehen, und davon sind auch die Unternehmer verständigt. Für diese wurde in der betreffenden Sitzung die Zustimmung abgegeben. Die Unternehmer erklärten sich bereit, im Falle der Zustimmung die Nachzahlung am 27. 8. zur Auszahlung zu bringen. Diese Abmachungen sind protokollarisch festgelegt. Inzwischen ist ein sehr großer Teil der Arbeiter entlassen worden. Im Glauben an ihr gutes Recht gingen sie am 27. 8. zu den Unternehmern, um ihre Nachzahlung in Empfang zu nehmen. Es gab aber kein Geld. Nur nach dem rückwirkend ab 1. 8. abgeschlossenen Tarif wurde die Auszahlung vorgenommen, obwohl auf Antrag der Unternehmer ausdrücklich beschlossen worden ist, daß der neue Tarif nur in Verbindung mit der Nachzahlung angenommen werden kann. Nun könnte man ja annehmen, dieser oder jener Unternehmer hätte die Auszahlung nicht ausgeführt wegen Mangel an dem nötigen Kleingeld, aber es ist bei sämtlichen Unternehmern, auch bei denen, die an dem Beschluß mitgewirkt haben, beim Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes Leipzig, selbst beim Vorsitzenden des Reichsverbandes Schwabach, die Auszahlung nicht erfolgt. Mit solchen Leuten hat unser Verband einen Reichstarif abgeschlossen. Nach den tariflichen Abmachungen sind diese Herren verpflichtet, widerstrebende Unternehmer zur Einhaltung ihrer tariflichen Pflichten zu zwingen, und dabei treten sie ihre Abmachungen in so schnöder Weise mit Füßen. Solche Leute fordern von uns, wir sollen mit ihnen gemeinschaftlich die Regiearbeit bekämpfen, wie es in einer der letzten Sitzungen geschah. Wir müssen aber für die Einführung und Verbreitung der Regiearbeit eintreten, denn das Verhalten der Unternehmer zwingt uns dazu. Auch werden wir uns überlegen müssen, ob wir noch weiter gemeinschaftlich arbeiten wollen zur Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten. Wir können unter den bestehenden Verhältnissen nur bestrebt sein, für uns Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, sei es in der Form der Regiearbeit, in der Gründung einer Genossenschaft oder sonst wie. Wie Herr Schwabach sein Verhalten mit seiner zukünftigen Eigenschaft als Gewerbegerichtsbeisitzer vereinbaren will, bleibt höchstwahrscheinlich sein Geheimnis.

Der Reichstarifvertrag für das Bankgewerbe.

Vom Reichsarbeitsministerium wird mitgeteilt: Bekanntlich hat das Reichsarbeitsministerium einen Schiedsspruch über einen Reichstarifvertrag für das Bankgewerbe gefällt. Da die Zentralverbände des Bankgewerbes diesen Schiedsspruch in seinem vollen Umfange bisher nicht angenommen haben, fanden kürzlich auf Einladung des Reichsarbeitsministeriums neue Verhandlungen über die seitens der Parteien gestellten Bedingungen statt. Mangels einer Einigung empfahlen die drei unparteiischen Schiedsrichter, Ministerialrat Dr. Sitzler, Münzdirektor Dr. Bickert und Reichsgerichtsrat Zeiler, eine Vereinbarung, die die Annahme des Schiedsspruches mit einigen Aenderungen unter Zurückstellung der weitergehenden Forderungen vorsieht. Diese Aenderungen betreffen hauptsächlich die Haushaltungszulage, die Teuerungszulage für weibliche Angestellte und die Vergütung für Ueberstunden, die nunmehr nach festen Sätzen bemessen werden soll. Die Parteien sollen sich bis zum 20. September über die Annahme dieses Vorschlages erklären.

Zum Konflikt in der Londoner Elektrizitäts-Industrie.

Das Personal der Londoner Straßenbahnen und Untergrundbahnen hat sich mit den von der Aussperrung bedrohten Elektrizitätsarbeitern solidarisch erklärt. Sie wollen gegebenenfalls zu ihrer Unterstützung in den Ausstand treten.

Aussperrung.

Wie die Blätter in Brüssel melden, haben die Emaillierfabriken von Gosselies ihre Arbeiter ausgesperrt, weil diese mit der vorgeschlagenen Lohnerhöhung nicht zufrieden waren. Die Aussperrung umfaßt mehr als 1500 Arbeiter.

Von Nah und Fern.

Die Ernte durch Hochwasser vernichtet.

Landsberg a. Warthe, 9 September. Im Oder- und Warthebruch ist infolge des Hochwassers die Ernte völlig verloren. Der Schaden ist sehr groß.

Erdbeben in Italien.

TU. Rom, 8. September. Am gestrigen Morgen wurden verschiedene Städte Oberitaliens von einem ziemlich heftigen Erdbeben heimgesucht. Von den Orten Riversano, Forni, Montignoso und Pontesivo stehen nur noch die Ruinen. Es gab Tote und Verletzte.

Paris, 8. September. Wie Matin meldet, ist bei dem Erdbeben in Oberitalien der Ort Fivizzano, der etwa 17 000 Einwohner zählt, vollkommen zerstört worden. Da die telegraphischen und telephonischen Verbindungen ebenfalls vollkommen zerstört sind, sind bisher nähere Nachrichten über das Schicksal der Einwohner nicht zu erhalten gewesen.

Rom, 8. September. (Stefani.) Die Epoca schätzt die Zahl der Opfer des Erdbebens auf ungefähr 300.

Explosion in einem Munitionsdepot.

Magdeburg, 8. September. Im Munitionsdepot Gerwisch bei Magdeburg ereignete sich gestern im Schuppen 8 eine schwere Munitionsexplosion, durch die drei Arbeiter getötet wurden. Die Ursache der Explosion ist noch nicht ermittelt.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Georg Nast in Leipzig.
Verantwortlich für den Inseratenteil:
Friedrich Pilz in Borsdorf-Leipzig.
Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200909/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Natürliche Lebensanschauung und Lebensgestaltung ohne Gott und ohne Religion.

Ueber dieses Thema spricht Genosse **Th. Mayer morgen Freitag, abend ½8 Uhr, im Auguste-Schmidt-Haus.**

Alle Menschen, denen an innerer und äußerer Wahrheit gelegen ist, alle Eltern und Jugenderzieher, alle überzeugten Genossen, denen die Revolution nicht nur ein Schlagwort ist, alle Halben, Lauen und Unentschiedenen, alle **Freunde** und aber auch alle **Feinde** der Kirchenaustrittsbewegung sind freundlichst eingeladen.

Eintritt 1 Mk. Arbeitslose freien Eintritt gegen Vorzeigung der Karte.

Zentralverband proletarischer Freidenker Bezirksleitung Groß-Leipzig.

K. P. D.

Kommunistische Eisenbahner Leipzigs.

Sonntag, den 12. September, nachmittags 2 Uhr

Versammlung

im **Restaurant Gutenberg**, Johannisgasse.

Thema:

Die K. P. D.-Fraktion im Deutschen Eisenbahner-Verband und die linksradikale Opposition.

Bezirk Westen. Sonntag, den 12. September 1920, vormittags 9 Uhr, in Stadt Lützen

Mitglieder-Versammlung.

1. Vortrag: **Die Aufgaben der Kommunisten.**
2. Parteiangelegenheit.

Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund).

Kommunistische Arbeiter-Partei.

Freitag, den 10. September, abends 7 Uhr in Kassiers Festsäle, Volkmarsdorf, und **Sonntag, den 12. September, vorm. 10 Uhr im großen Saale des Zentraltheaters**

Oeffentliche Volks-Versammlungen.

Otto Rühle

spricht über:

Moskau, U. S. P. und wir.

Hieran **freie** Aussprache.

Hand- u. Kopfarbeiter, erscheint in Massen. Genosse Rühle berichtet über seine Verhandlungen mit der Sowjet-Regierung. Bezirksversammlungen fallen an diesen Tagen aus.

Der geschäftsführende Ausschuss der K. A. P. D.

Kartell der Arbeitervereine für Sport- u. Körperpflege

Turn-Vereine

Bezirk. **Achtung, Altersriegenturner!** Sonntag, 12. September, **Treffen zur Altersriegen-Turnfahrt** (siehe Rundschreiben) früh 7 Uhr am Waldcafé Connewitz. Abmarsch Punkt ½8 Uhr. Wir bitten um zahlreiche Beteiligung.

Bezirks-Herbst-Waldlauf. Sonntag, den 3. Oktober, findet unser Herbst-Waldlauf statt. Mitglieder 4000 Meter, Jugendturner bis 17 Jahre 3000 Meter, Turnerinnen 1000 Meter. Offen für alle Turn- und Sportvereine des 1. Bezirks. Start und Zeit wird später bekanntgegeben. Spiel-, Sport- und Turngenossen, sorgt für rege Beteiligung und trainiert tüchtig.

Der Turnausschuß. J. A.: Otto Friedrich.

Eisdorf u. Umg. **Freie Turnerschaft.** Sonnabend, den 11. September. **Großer Kommers** mit turnerischen Aufführungen und **Ball** im Gasthof Eisdorf. Um 8 Uhr **Fackelzug.** Stellen in Sittel.

Sonntag, den 12. September, **Vereins-Turn- und Sportfest.** Nachmittags 2 Uhr Stellen zum Festzug im Gasthof Eisdorf. Um 3 Uhr **Großes Schauturnen.** Nachdem **Ball.** — Freunde und Gönner unserer Turnsache ladet freundlichst ein **D. T.**

Knautkleeberg. **Turn- und Sportverein. E. V.** Freitag, den 10. September, abends 8 Uhr, **Vereinsversammlung** im Gasthof zum weißen Roß. Tagesordnung: 1. Vereinsangelegenheiten. 2. Verschiedenes. Erscheinen aller Mitglieder ist **Pflicht.** **D. V.**

Vorauszige! Sonnabend, 25. September, **Vereinsvergnügen** im Gasthof zum weißen Roß. **D. V.**

Lindenthal. **Turnverein Vorwärts.** Sonntag, den 12. Septbr., **Kinder-Schauturnen** im Alten Gasthof. Alle Bruderabteilungen sowie alle Eltern ladet freundlichst ein **Der Turnrat.**

L.-Ostvorstadt. **Turnverein.** Sonntag, 12. Septbr., von mittags ½2 Uhr an, **Kinder-Schauturnen** sämtlicher Abteilungen des Vereins in der 25. Volksschule. L.-Anger, Martinstraße. Nachdem gemeinsamer Marsch nach der „Güldnen Aue", Sellerh., daselbst **Geselliges Beisammensein.** Es ladet freundlichst ein

Der Turnrat. Die Vorturnerschaft.

L.-Stötteritz. **Turnerbund.** Morgen Freitag, den 10. September, abends 7 Uhr, **Mitglieder-Versammlung** im Brauereigarten-Restaurant. Zahlreichen Besuch erwartet **D. T.**

Wahren. **Turnverein.** Freitag, den 10. September, nach dem Turnen, **Mitglieder-Versammlung** bei Trabitzsch. **Der Turnrat.**

L.-Lößnig. **Arminia.** Sonnabend, 11. September, abends 8 Uhr. **Außerordentliche Versammlung** in Connewitz. Restaurant Stadt Borna, Bornaische Straße 26.

Radfahrer-Bund Solidarität

Abt. Nord. Sonnabend, 11. September, **24. Stiftungsfest** verbunden mit Reigenfahren und großem Festball im Schloß Drachenfels. — Hierzu ladet alle Sportgenossinnen und Genossen sowie Freunde und Gönner unseres Sports herzlichst ein **D. V.**

Arbeiter-Athleten-Bund

Bezirk Leipzig. Sonnabend, den 11. September **großes Sportfest** im großen Saale des Volkshauses, Zeitzer Str. 32. Artistische Darbietungen und Tanz. Einlaß 5 Uhr, Anfang 6 Uhr. Eintrittspreis 1.50 Mk. Karten sind im Volkshaus zu haben. Freunde und Sportgenossen sind freundlichst eingeladen. **Die Bezirksleitung.**

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Leipzig

Bureau: Gerberstraße 1, II. (Hotel Viktoria), Zimmer 21. Telephon 3426.
Geöffnet von 9—12 und 4—7 Uhr, Sonnabends 9—2 Uhr.
Arbeitsnachweis: Münzgasse 26, S. II., Tel. 917, geöffnet 8-4, Sonnabends 8-3 Uhr.

Morgen Freitag, den 10. September, abends 7 Uhr

Allgem. Mitgliederversammlung

im Sanssouci, Elsterstraße.

Tagesordnung:

1. **Der Reichskongreß der Betriebsräte.**
   Referent: Kollege **W. Streicher.**
2. **Stellungnahme zum Streik der Straßenbahner.**
3. Freie Aussprache zu beiden Punkten.

Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert zahlreiches Erscheinen.

Mitgliedsbuch ist vorzuzeigen. **Die Ortsverwaltung.**

Kartoffeln

Zur Lieferung von guten Herbstkartoffeln an größere Korporationen empfiehlt sich **Otto Rohrbach** Neuwiederitzsch, Stenglerstr. 115, Telephon 17 405. [*

Kaufgesuche

Ich suche antiquarisch zu kaufen: Alle Werke sozialist. Inh., Schrift. sämtl. Arbeiterführer, ganze Jahrg. soz. Zeitschr., Kampf-, Flug- u. Streitschr. aus den Anfängen d. Arbeiterbeweg. bis zur Jetztz. Alle Bücher für Arbeiterbildung und Arbeiterbibliotheken. **Ganze Bibliotheken** Ferner: Kosmos, Göschen, Natur- u. Geisteswelt u. alle Wissensch., Bücher üb. Kunst, Klassiker u. Lexika, g. Romane **F. W. Mendel** Antiquariat Nürnberger Straße 33. **Auch einzelne Bücher anbieten.**

Kaufe jd. Art guth. Herren-Jüngl.- u. Knb.-Gard., Mil.-Hose, Bluse, Mäntel, Betten, u. Schuhw. Karte z. Abh. gen. Windmühlst. 32, Sg. A. IV. r.*

Herren-Garderobe, Militär-Sachen, Schuhwerk, Wäsche, Leihhausscheine kft. Klint, Ranstädtische Gasse 6, part. [*

Mil.-Entlassungssachen **Federbetten — Wäsche Anzüge — Hosen — Uhren Leihhausscheine** kauft [* Wolf, Sternwartenstr. 30, Lb.

Mil.-Hose, Schaftstiefel, neu 28/29, Mtl.-Schnürsch. 27 u. 28 gesucht. Elsenstr. 41, pt. r.

Sämtl. getragene und neue Herrengard., Wäsche, Fahrrd. Gehrockanzüge, Mil.-Sachen kft. Hahn, Lange Str. 10, I.[*

Wäsche aller Art [* neu u. gebraucht. Partiewaren, Gardinen kf. ständig Glaser, Ranstädt. Steinweg 46, Telephon 1312*

Bettwäsche neu und gebr., Wäsche g. Art Federbtt., Leihhausch. k. reell Kummer, Mittelstr. 13, I. [*

Gebr. Schreibtisch, a. defekt, s. k. a. Li., Talvistraße 22a, I. r.

Küchen u. andere Möbel kft. Mölkauer Str. 33, Dietrich.

Eis. Kd.-Bettstelle, gebr., s. k. g. Vrsang. Blumenstr. 33, II. l.

Nähmaschine, gebr., guterh., v. Privat s. k. gel. Preisoff. an Gröbe, Co., Teichstr. 2, I.

Nähm. gel. Nürnbg. St. 6, H. II*

Bell. Nähmaschine u. Teppich z. kauf. gel. Emilienstr. 40, I.*

Fahrräder o. Gu., a. def., kft. Nd., Weidmannstr. 2, Hof pt.*

Damen- u. Herrenrad kauft Nürnberg. Str. 7, I. r. T. 10932*

Kaufe stets und hole ab: **Alte Fahrräder** auch def. sowie alle Fahrradteile! * Gr. Fleischergasse 22, Laden

Schafwolle kauft u. tauscht g. la Strickwolle Krausch, G., Wurzn. St. 71, I. r.

HAMSTER kauft fortlaufend **Wilhelm Näbe :: Leipzig** Richard-Wagner-Straße 4

Sämtliche Sorten Felle kauft v. Händlern u. Privaten **Friedrich Schade, Leipzig** **Felle en gros** Gerberstraße 9, Hof neben Hotel Sonne [*

Sämtliche Sorten Häute u. Felle kauft die Rauchwarenfirma **Rabinowicz & Co.** Nikolaistr. 28/32, II. Tel. 3169 Nicht in den Laden gehen.[*

Felle ::: Schafwolle kauft v. Händlern u. Privaten **Rosner** **Reichsstraße 24** im Hofe. Telephon 15 307.*

Felle kauft Rosenzweig, Kleine Fleischergasse 16. *

Kaufe alle Sorten FELLE Isler & Co., Plauensche Str. 11*

Direkt vom Fangplatz

war es mir möglich

einen Doppel-Waggon

zirka 12000 Pfund

Allerfeinste Jütländer

Angel-Schellfische

zu erhalten und verkaufe

1—3pfündige, prachtvolle, fette Fische zum

Einheitspreis

das Pfund für

Prima Fisch-Gewürz **2.95** Mk. Prima Tafel-Senf

In Originalfärben billigst.

Prima Vollheringe

Sorte II Pfund **2.25** || Sorte I Pfund **2.75**

Neue Schotten-Heringe Pfd. **5** Mk.

Prima Herings-Rogen Pfund 75 Pfg. || **Prima Herings-Milch** Pfund 1.50 Mk.

Fischmarinaden und Räucherwaren sowie Oelsardinen zu billigsten Tagespreisen.

Ein neues Angebot

besonders preiswerter, guter

Schuhwaren

Damen-Halbschuhe

schwarz, mit Lackkappe	**85.–**
schwarz, ohne Lackkappe gute Ausführung	**98.–**
Boxcalf, Rahmenarbeit	**135.–**
Chevreaux, mit Lackkappe Rahmenarbeit, bestes Fabrikat	**145.–**
Farbige Halbschuhe Schnür und Spangen, von	**85.–** an

Damen-Stiefel

Hochschaft, schwarz mit Lackkappe	**98.–**
Mittelschaft, schwarz, ohne Lackkappe, in guter Ausführung	**118.–**
Fester Frauenstiefel gute, feste Sohle, flache Absätze	**98.–**
Damen-Stiefel, Boxcalf u. Chevreaux, bis zu den feinsten Ausführungen	von **148.–** an

Herren-Stiefel

fester Strapazierstiefel schwarz	**125.–**
Rindbox-Stiefel, schwarz, mit fester, extra guter Sohle	**168.–**
Boxcalf-Stiefel bestes Fabrikat	**195.–**
Braune Herren-Stiefel Boxcalf, Chevreaux bis zu den feinsten Qualitäten	von **188.–** an

Kinder-Stiefel

Größe	20—21	22—24	25—26	27—30	31—35
Mark	24.–	32.–	36.–	55.–	65.–

Liebermann & Co.

Reichsstr. 4-6 **Specks Hof**

Metallarbeiter Verband

Geschäftsstelle: **Volkshaus,** Zeitzer Str. 30, I. r. Bureauzeit: vormittags 8—10, mittags 12—1, abds. 4—6, Sonnabends nur 8—1 Uhr. Tel. 3384

Die Bibliothek steht allen Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung und können Bücher während der Bureauzeit entliehen werden.

Krankmeldungen müssen gegen Einreichung des Verbandsbuchs innerhalb drei Tagen erfolgen.

Achtung! Gelbmetallarbeiter!

Zugunsten der Parteiversammlung findet die **Vertrauensmänner-Versammlung** nicht Freitag, den 10. September, sondern **Freitag, den 17. September,** abends 7 Uhr, im **Volkshaus** statt.

Asphalteure u. Pappdecker

Sonnabend, den 11. September, abends 6 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im **Volkshaus,** Gartensaal.

Tagesordnung: 1. Die Maßnahmen des Hauptvorstandes gegen die Zahlstelle Leipzig. Hierzu ist ein Vertreter des Hauptvorstandes geladen. 2. Gewerkschaftliches. 3. Verschiedenes.

Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung muß jedes Mitglied anwesend sein. **Der Vorstand.**

Preiswerte Herren-Stoffe.

Große Auswahl in modernen Farben und Dessins. Vorteilhafte Bezugsquelle für Händler u. Wiederverkäufer.

Reichsstraße 19, I. [*

Billige Lebensmittel

Weiße Rangoonbohnen	Pfund	1.35
Weiße Perlbohnen	Pfund	2.15
Gelbe Erbsen	Pfund	2.25
Grüne Erbsen	Pfund	1.90
Kiecher-Erbsen	Pfund	2.25
Bruchreis	Pfund	4.50 und 4.20
Tafel-Vollreis	Pfund	5.80 und 4.80
Hafermehl	Pfund	3.25
Speisesalz	10 Pfund	2.50
Margarine Ia	Pfund	10.80
Beste Holst. Tafel-Margarine	Pfund	11.50
Schweineschmalz	Pfund	17.50
Kondens. gezuckerte Milch	Dose	9.75
Holländer Käse	Pfund	10.00
Gervais-Käse in Stanniol	Stück	2.90
Zuckerhonig	Pfund	6.80
Speise-Oel	Pfund	14.00
Neues Sauerkraut	Pfund	0.48
Maggis Gersten-Graupen-Suppen	Stange	0.65
Hohenlohe-Erbswurst	Stück	2.30
Apfelwein ohne Steuer	½ Flasche	4.50 u. 6.00
Heidelbeerwein ohne Steuer	½ Flasche	5.40
Johannisbeerwein ohne Steuer	½ Fl.	7.50
Wermutwein ohne Steuer	½ Flasche	8.75
Apfel-Schaumwein m. Steuer	½ Fl.	17.50

Flascheneinsatz 1.50 Mk.

Gebrüder Goske

Windmühlenstr. 4—12 und Johannisplatz.

Zahn-Praxis Leopold Bielawski

Dentist

Sprechst. 9—12, 3—6 Uhr. Windmühlenstr. 30, II.

Familien-Nachrichten

Allen Verwandten und Bekannten zur traurigen Nachricht, daß meine liebe unvergeßliche Tochter, unsre gute Schwester, Nichte und Enkelin

Johanna

im Alter von 9 Jahren nach kurzem schwerem Leiden entschlafen ist.

L.-Stötteritz, Ferdinand-Jost-Straße 5, pt.

In tiefstem Schmerze

Olga verw. Mühlhahn nebst Kindern.

Die Beerdigung findet Freitag, den 10. September, vormittags 11 Uhr, auf dem Johannisfriedhof statt.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200909/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 9. September.

Die Landesversammlung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Sachsens

findet am Sonntag, dem 12., und Montag, dem 13. September, vormittags 10 Uhr, im

Gesellschaftssaal des Volkshauses Leipzig

mit folgender Tagesordnung statt:

1. Bericht des Landesvorstandes über die Organisation und Reichstagswahl. Berichterstatter: R. Lipinski.
2. Bericht der Volkskammerfraktion. Berichterstatter: Abgeordneter H. Müller.
3. Die bevorstehende Landtagswahl und Aufstellung der Kandidaten.
4. Die politische Situation im Reiche und die Organisation der USP. im Reiche. Referent: Genosse Hilferding.
5. Anträge.
6. Wahl und Sitz des Landesvorstandes.

Delegierte, die Wohnung beanspruchen, haben dieses umgehend dem Landessekretariat anzuzeigen.

Der Landesvorstand USP. Sachsen.
Rich. Lipinski, Vorsitzender.

Parteiangelegenheiten.

Als Delegierte von Groß-Leipzig zur Landesversammlung wurden gewählt und erhielten Stimmen: Göbe 547, Dornburg 546, Engelhardt 537, Rauch 527, Hofmann 520, Ruckdäschel 518, Frau Schöning 503, Viehweg 501, Espenhain 498, Bruchardt 498, Böhler 497, Freitag 488, Rud. Kühn 480, Buhkamp 478, Frau Weiß 474, Meyer 473, Jackel 471, Frau Plottke 454, Süß 444, Strötzel 431, Kroneberg 430, Krüger 420, Joachim 416, Riehl 411, Zipfel 399. Abgegeben waren 636 Stimmzettel. Davon waren 31 ungültig, außerdem erhielten Burke 394, Kuhrt 296, Händel 262, Meinherz 238, Frau Hennig 226, Hahn 225, Frau Kühn 223, Amborn 191, Frau Thiel 11 Stimmen.

•

Achtung, Connewitz! Das ausgegebene Agitationsmaterial wird Sonntag, den 3. Oktober, vormittags ½11 Uhr, im Gambrinus zurückgenommen. Etwaige Zeitungsbestellungen müssen sofort abgegeben werden.

Frauenkursus (Genossin Gerber) L.-Ost (Silberpappel) findet morgen Freitag **nicht** statt.

Achtung, Gruppenräte VI und XI! Die für Freitag, den 10. September, anberaumten Gruppenratssitzungen müssen ausfallen. Die Sitzung des Gruppenrates XI findet Dienstag, den 14. September, im Volkshaus statt.

Gewerkschaftskartell Leipzig, Abteilung Betriebsräte.

Die Stadtverordnetenmehrheit gegen die streikenden Straßenbahner.

Die erste Sitzung der Stadtverordneten nach den Ferien — den Vorsitz führte Vizevorsteher Dr. Junck. Er teilt mit, daß der Vorsteher Seger auf seinem Erholungsurlaub in seiner Heimat erkrankt ist, hoffentlich habe er bald Gelegenheit, seine Arbeit wieder aufzunehmen. Dann folgen zwei Nachrufe für die verstorbenen Ehrenbürger Esche und Prof. Wundt.

Die Stadtverordneten haben die Arbeit nach den Ferien mit einem schlechten Auftakt für die Arbeiterschaft begonnen. Unter anderm stand auf der Tagesordnung eine Aussprache über den

Streik der Straßenbahner.

Im Auftrage der Unabhängigen Sozialdemokratischen Fraktion trat Genosse Teichgräber in ausführlichen Darlegungen für die streikenden Straßenbahner ein. Er begründete einen Antrag, in dem verlangt wurde, daß der Punkt 1 der Straßenbahnerforderung, die Vollbeschäftigung der Arbeiter, vorläufig bewilligt werde, und daß weitere Verhandlungen stattfinden sollten, die bis zum 30. September abgeschlossen sein müßten. Begründend sagte der Redner, der Verkehr müsse so schnell als möglich wieder aufgenommen werden. Deshalb hätten die Stadtverordneten die Pflicht, für den Antrag zu stimmen. Der Direktion hielt Genosse Teichgräber ein langes Register ihrer Unterlassungssünden vor. In der nun folgenden Aussprache enthüllten sich zunächst

die Bürgerlichen als Gegner der Streikenden.

Sie hatten eine Menge Einwendungen gegen den Streik, wobei ihr erster Redner, Prof. Herz, die schlechte Entlohnung der Straßenbahner anerkennen mußte. Nach dem Demokraten Herz kam der Mittelständler Heinze, vorher hatte Bollerhoff seinen Vers gesungen. Fabrikbesitzer Dr. Kunath beschloß den Reigen. Alle waren sich einig in der Ablehnung des Antrags. Die geschlossene bürgerliche Koalition erhielt noch Verstärkung durch die Rechtssozialisten.

Pollender als Führer der Streikgegner.

Was sich Pollender in dieser Sitzung gegen die Streikenden leistete, dürfte wohl kaum von irgendeiner seiner sonstigen arbeiterfeindlichen Handlungen übertroffen worden sein. In seiner Kritik griff Pollender in den Wortschatz der Staatsanwälte aus der Vorkriegszeit. Er sagte, das Vorgehen der Straßenbahner sähe einer Erpressung verteufelt ähnlich. Dafür erhielt er die Quittung durch einige kräftige Pfui-Rufe von der Zuhörertribüne. Das hinderte aber Pollender nicht, am Schlusse seiner Rede zu sagen, er würde sich gar nicht wundern, wenn der Rat jede Verhandlung mit den Arbeitern ablehnte, solange sie nicht die Arbeit aufgenommen hätten.

Erst die Arbeit aufnehmen, dann verhandeln,

das war das Stichwort, das Herr Pollender den arbeiterfeindlichen Stadtverordneten gab, die auch sofort danach handelten. Genosse Liebmann charakterisierte das Auftreten Pollenders in der notwendigen Weise. Er sagte Pollender: So wie er heute aufgetreten sei, dürfe jetzt nicht einmal ein Syndikus der Großindustriellen reden. Den brutalen Standpunkt des „Herrn im Hause" haben die Scharfmacher vor dem Kriege eingenommen. Heute sind sie viel vorsichtiger, weil die Arbeiterschaft sich diese Behandlung nicht gefallen läßt. Da kommt ausgerechnet ein Rechtssozialist und verlangt die bedingungslose Aufnahme der Arbeit. Der Bürgermeister Roth war viel einsichtiger als Pollender, er erklärte, der Rat sei jederzeit zu Verhandlungen bereit. Der Hirsch-Dunckersche Arbeitersekretär Sauer wollte gern eine Lösung finden, dafür ist er ja Vertreter einer Harmonie-Gewerkschaft, aber der Antrag Teichgräber ging ihm zu weit. Sauers Freund, der Brauer Krethlein, hat noch nie ein Wort im Kollegium gesprochen; gestern trat er auf und sprach von dem frivolen Streik der Straßenbahner. Die beiden Vertreter der Harmonie-Gewerkschaften verlangten strikte Unterwerfung der Streikenden, bevor mit ihnen verhandelt werden könne.

Um den Herrschaften ihre lahmen Einwendungen aus der Hand zu nehmen und sie restlos als arbeiterfeindlich zu entlarven, ändert Genosse Liebmann den Antrag der USP. dahin um, daß die sofortige Vollbeschäftigung der Arbeiter vorläufig nur dann vorgenommen werden solle, wenn die Arbeit sofort wieder aufgenommen wird. Da geschah das Unerhörte. Pollender, der angebliche Sozialist, fühlte sich berufen, auch diesen Vermittlungsvorschlag zu hintertreiben. Er sagte den bürgerlichen Herrschaften der Antrag Liebmanns ist ja nichts weiter als der Antrag Teichgräber, deshalb muß er abgelehnt werden. Pollenders Führung besiegelte das Schicksal des Vermittlungsvorschlags. Der Antrag Liebmann wurde in namentlicher Abstimmung abgelehnt. Pollender gab die Parole aus für den Block der Kapitalisten, Hausbesitzer, Rechtssozialisten, Hirsch-Dunckerschen, Privatangestellten, Demokraten und Deutsch-Nationalen. Die bedingungslose Unterwerfung der Straßenbahner verlangten die folgenden Stadtverordneten, die gegen den Antrag Liebmann stimmten: Pollender Kreßin, Ren, Dr. Junck, Börner, Jeremias, Röllig, Kirmse, Frau Ackermann, von Wolfersdorf, Weigert, Heinze, Bollerhoff, Brecht Prof. Herz, Schmidt II, Breslauer, Sauer, Ritter, Thiele (Postschaffner), Enke, Kretzschmar, Dr. Kunath, Meyer, Krethlein Wünschmann, Frl. Göß, Frl. Sander, Frau Mendelssohn-Bartholdy, Sommer, Gretel, Hobusch.

Wenn der Rat nach den Wünschen dieser arbeiterfeindlichen Stadtverordneten-Mehrheit verfährt, dann kann der Streik noch lange dauern, dann wird auch Leipzigs Bevölkerung noch lange ohne Straßenbahnverkehr sein. Noch hat es der Rat in der Hand einsichtiger als die Stadtverordneten-Mehrheit zu sein und dafür zu sorgen, daß der Verkehr schleunigst wieder aufgenommen wird, die Bevölkerung kann das verlangen!

U. S. P. D. Groß-Leipzig.

Freitag, den 10. September, abends 6 Uhr

Mitglieder-Versammlung im Volkshaus.

Berichterstattung der Genossen Crispien und Däumig von Moskau.

Zutritt nur gegen Mitgliedsbuch.

Wir machen alle Mitglieder auf diese Versammlung aufmerksam. Vermutlich werden die Versammlungsräume schon sehr zeitig stark besetzt sein, so daß sich jeder danach einrichten muß.

Die nur mit dem Munde auf dem Boden des Leipziger Aktionsprogramms stehen!

Ohne Namensunterschrift wird jetzt in den Fabriken ein Flugblatt verbreitet, das die Arbeiter gegen die Leipziger Volkszeitung aufhetzen und für die Annahme des Moskauer Diktats geneigt machen soll. Auf den Inhalt, den irreführenden Artikel des Genossen Hennig-Halle, werden wir noch eingehender antworten. Heute wollen wir nur kurz die Unehrlichkeit der mutigen Herausgeber kennzeichnen, die ihren Namen verbergen und sich dafür mit der Bezeichnung schmücken:

Mehrere Mitglieder der USP., die nicht nur mit dem Munde auf dem Boden des Leipziger Aktionsprogramms stehen.

Wie steht es mit dieser kühnen Behauptung?

Sehr faul! Die Verfasser sagen entweder bewußt die Unwahrheit, oder sie haben das Leipziger Aktionsprogramm nicht gelesen, zum mindesten wissen sie nicht, was darin steht!

Dieses Aktionsprogramm enthält z. B. unter den zur Ueberwindung des Kapitalismus und zur Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung zu treffenden Maßnahmen den folgenden Punkt 3:

Großgrundbesitz und große Forste sind sofort in gesellschaftliches Eigentum zu überführen. Die gesamten landwirtschaftlichen Betriebe sind durch Bereitstellung aller technischen und wirtschaftlichen Hilfsmittel, durch Förderung der Genossenschaft zur höchsten Leistungsfähigkeit zu bringen. . . .

Die Unterzeichner des Flugblatts treten für Annahme des Moskauer Diktats ein. Es enthält die Verpflichtung, **den Bauern das Land der Großgrundbesitzer zu geben, die Leistungsfähigkeit** der landwirtschaftlichen Großbetriebe durch **Zerstücklung herabzudrücken** und das **Privateigentum durch Vermehrung zu stärken!**

Das Leipziger Aktionsprogramm sagt im Punkt 11:

Einführung eines öffentlich-rechtlichen Monopols für das Anzeigen- und Werbewesen und Uebertragung an die Kommunalverbände.

Das ist alles, was das Programm über die **Regelung der Presse** sagt, woraus sich logisch ergibt, daß es die **Preßfreiheit anerkennt, die systematische Unterdrückung der bürgerlichen Presse** — vorübergehende Verbote in kurzen akuten Kampfperioden sind deswegen natürlich nicht ausgeschlossen — **ablehnt.**

Die Unterzeichner des Flugblatts treten für die Annahme des Moskauer Diktats ein, das fordert die Anerkennung des systematischen Terrors, die **systematische Aufhebung der Preßfreiheit wie in Rußland!**

Die Unterzeichner kämen der Wahrheit näher, wenn sie von sich sagen wollten, daß sie **nur mit dem Munde auf dem Boden des Aktionsprogramms stehen!**

Weiter:

Der Leipziger Parteitag hat das Zentralkomitee beauftragt, **auf Grund des Aktionsprogramms** mit allen sozialrevolutionären Parteien der andern Länder über den Zusammenschluß zu einer aktionsfähigen Internationale zu verhandeln.

Auch das wissen die Unterzeichner des Flugblatts nicht.

Sie haben Grund, ihre Namen zu verschweigen, diese **Helden mit dem Munde**, mit dem sie **„auf dem Boden des Aktionsprogramms stehen"!**

Dittmanns Verrat an der Revolution.

Das war das Thema, über das Herr Gumprich am Dienstag im Zentraltheater in einer öffentlichen Versammlung sprach. Selbstverständlich zog das Thema, die Versammlung war stark besucht. Ob Herr Gumprich über Dittmanns Verrat reden kann? Selbstverständlich! Denn er war ja der Reklamechef für die Auswanderung, ihn trifft der größte Teil der Schuld an der Not der Auswanderer, daher seine Bemühungen, sich zu rechtfertigen. Um sich reinzuwaschen, schreibt er jetzt in der Rätezeitung wild drauflos, er habe stets gewarnt usw. Herr Gumprich ist sehr wortreich — gestern zweieinhalb Stunden — aber er hat noch kein Wort darüber gefunden, daß ihm in aller Oeffentlichkeit Vorwürfe gemacht wurden über die Verwendung von Geldern, die ihm Auswanderungslustige gegeben haben, Vorwürfe, die ein gewöhnlicher Sterblicher gewöhnlich nicht auf sich sitzen läßt. Dieser Herr Gumprich, der kein G., sondern einen andern Buchstaben am Anfang seines Namens haben müßte, sprach also über Dittmanns Verrat. Dabei versuchte er, seine, sagen wir nicht ganz einwandfreien Handlungen politisch (natürlich kommunistisch) zu färben, während sie doch in Wirklichkeit jedes politische Interesse entbehren, aber um so stärker die Kriminalisten beschäftigen sollten.

Gumprich konnte keine sachlichen Einwendungen gegen die Ausführungen Dittmanns machen und operierte nur immer damit, daß sie tendenziös seien, ohne daß er jedoch Beweise für seine Behauptungen erbrachte. Dittmann verfolgt mit seinen Aus-

Der Konfirmandenschatz.

(Schluß.)

Ruth errötete ob der etwas laut erfolgten Antwort und sagte: „Wir wollen etwas leiser konversieren."

Konversieren? Was das wäre?

Sich unterhalten!

„Ja, wenn ich 's Maul voll habe, kann ich nicht leise sprechen."

Und Ruth lenkte geschwind zu einem andern Thema über.

„Schade, daß der Kuchen nicht gut ist."

Es war nämlich richtiger Massenkuchen, quadratrutenweise gebacken.

Aber Heinrich protestierte heftig und mit unziemlichen Worten. Er verteidigte den Kuchen mit Leidenschaft und hob seine Vorzüge gegenüber dem Gebäck hervor, das seine Mutter an den hohen Festen zustande brachte. Zu Hause täten sie immer Rübenfett an den Kuchen.

Sofort unterbrach ihn Ruth und verbreitete sich über die Vorzüge des Rüböls hinsichtlich des Geschmacks sowohl wie der Bekömmlichkeit. Heinrich war inzwischen halb gesättigt und wurde gesprächig; er beklagte die Ueberfülle von Zucker auf dem Tische. Es sei schade darum. Dies hatte zur Folge, daß Ruth von Borries, als man aufstand, aus allen Dosen Zucker zusammenstahl, den sie in ein sauberes Taschentuch knotete. Heinrich sollte es mitnehmen und jeden Morgen ein Stück im Kaffee trinken. Er bestand jedoch darauf, den ganzen Vorrat schon am selben Abend zu vertilgen, und wies auch die Zumutung, er solle das Schnupftuch als Andenken mitnehmen, brutal zurück.

„Das kannst du behalten. Ich brauche keins. Ich schneuze mich in die Hand."

Auf der Wiese wurden jetzt Spiele veranstaltet, und selbstverständlich spielte jede der drei Tischgruppen für sich. Der Sohn des Knechtes wurde dabei boykottiert, und eine Töchterschülerin sagte geradezu, er besitze kein Anstandsgefühl. Diese Bemerkung rief Ilse Bartels auf den Plan, die der Vorlauten ins Gesicht schlug. Der Konfirmandenschatz der also Gezüchtigten, ein Tertianer in reiferem Alter, trat Ilse in die Seite, worauf sie, in der Taktik des Straßenkampfes wohlbewandert, mit einem prächtigen Tritt in den Bauch quittierte, so daß der Tertianer hinfiel. Hierbei ist rühmend der Hufeisenbeschlag zu erwähnen, den Ilse nicht nur an ihren Schuhen trug sondern auch in der ganzen Klasse zu Ehren gebracht hatte, indem sie alle, die keine Hufeisen trugen, verspottete und in jeder Weise drangsalierte. Ihr Terrorismus ging so weit, daß ein paar Professorenkinder, denen ihre Eltern absolut keine Hufeisen zugestehen wollten, der allgemeinen Verachtung der zweiten Klasse anheimfielen, bis der Direktor, im Interesse der Kameradschaftlichkeit und des Friedens, selber bei jenen Eltern vorstellig wurde, die sich dann auch zähneknirschend der Lokomotivführerstochter beugten.

Die Niederlage des Tertianers jagte Pfarrer Schöpfel auf der, mit beiden Händen den Talar hochhaltend, herbeigerannt kam.

„Aber, liebe Kinder! Wie könnt ihr so etwas tun! Ihr müßt euch in Einigkeit und Liebe vertragen. Ihr stört ja die schöne Feier!"

Ilses Tritt hatte denn doch die Bewunderung des phlegmatischen Knechtssohnes erregt; ja, er gestand, besser könne er es auch nicht. Es entwickelte sich zwischen ihm und den beiden Freundinnen eine Erörterung über die Beinmuskeln, und sie befühlten sich gegenseitig die Beine, wobei die Mädchen die langen Konfirmandenkleider emporhoben. Alle drei waren sich einig, daß Ilse die stärksten Muskeln habe. Aber nun kam Pfarrer Schöpfel wieder angesetzt. Sie sollten die Röcke unten lassen.

„Wir haben bloß gefühlt, wer die festesten Beine hat." Der Pfarrer lachte und erklärte man dürfe das nicht tun.

Inzwischen hatte sich ein merkwürdiger Umschwung in der Stimmung der Töchterschülerinnen vollzogen. Daß Ruth und Ilse so konsequent für den Knechtssohn eintraten, erweckte nachgerade Interesse für ihn. Die Mädchen betrachteten ihn wie ein seltenes Tier, sie suchten seine Gesellschaft, und viele legten es darauf an, bei dem Durchschlüpfreigen, der jetzt gespielt wurde, mit Heinrich Brandau in körperliche Berührung zu kommen. Um so schroffer freilich lehnten die Gymnasiasten den Eindringling ab. Der von Ilse zu Boden Getretene hatte Bauchweh bekommen und sich nach Hause begeben. Die andern sahen mißgünstig zu, wie die Töchterschülerinnen mit dem jungen Bären spielten und lachten.

Als es dämmerte, ging man an die Tische zurück, über denen in den Zweigen der Bäume freundliche Lampions schaukelten. Es wurden belegte Brote gereicht, und jeder Konfirmand bekam zwei Glas Bier. Doch bestand die Möglichkeit, sich noch mehr Getränk zu verschaffen, wie denn Ruth für Heinrich, der übrigens mit stärkstem Appetit zusprach, immer wieder ein neues Glas herbeibrachte. Während dieser Mahlzeit wurden an allen vier Tischen Reden gehalten, und zwar, da die Zeit drängte, fast ununterbrochen und manchmal gleichzeitig von mehreren. Auch Heinrich Brandau wollte nicht zurückstehen. Nach dem sechsten oder siebenten Glas erhob er sich.

„Alle geehrte Anwesenden sage ich meinen Dank. In meinem Leben habe ich noch nicht so gut zu futtern gekriegt wie heut. Am meisten war ich doch verehrt von allen . . . ."

Weiter kam Heinrich nicht. Der Sekundaner Max von Klenner sprang auf.

„Fühle mich verpflichtet, einige Worte gegen diesen Herrn zu reden. Ich sage hiermit, daß es sich nicht gehört, wenn adelige Damen Neigungen zu geringen Herren haben. Ihre Sittlichkeit hält der unserigen nicht stand. Wir wollen hoffen, daß Fräulein von Borries, unsre verehrte Freundin und Mitkonfirmandin, diese ihrer nicht würdige Neigung vergessen wird, wenn der heutige Abend zu Ende ist."

Die Erwachsenen waren aufmerksam geworden. Aber Ruths Vater, der Major rettete zum zweiten Male die Situation. Er hielt eine Rede an den zweiten Tisch, sprach gegen die Standesunterschiede, gegen die Standesunterschiede an diesem Tage, und schloß mit einem dröhnenden: „Es war allseitig schön!"

Nun wollte auch Ilse einen Toast ausbringen. Sie sagte kurz und bündig:

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200909/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

führungen nur den Zweck, den Anschluß der USP. an die 3. Internationale zu verhindern. Er ereiferte sich dabei heftig gegen die Führer der USP., die sich dem Moskauer Diktat nicht unterwerfen wollten, als ob von diesen jemals die besonders schwierigen Verhältnisse, unter denen das russische Proletariat kämpft, verkannt worden wären. Die Frage ist aber doch einmal die: Können wir die russische Taktik einfach auf Deutschland übertragen, und zum andern: Dürfen wir den deutschen Arbeitern, die nach Rußland auswandern wollen, verschweigen, wie die Verhältnisse in Rußland liegen. Wenn der Mensch das Produkt seiner Verhältnisse ist, wie der Referent zugab, so ist eben der deutsche Arbeiter das Produkt der Verhältnisse, die in Deutschland herrschen, und wenn man in Konsequenz dieser Erkenntnis zugibt, daß die Psyche des deutschen Arbeiters eine andre ist als die des russischen, so ist auch aller Appell an den Idealismus zwecklos. Es werden immer nur einige wenige sein, die alle Entbehrungen auf sich zu nehmen und sich den gänzlich veränderten Verhältnissen anzupassen vermögen. Zum mindestens ist es aber ein Verbrechen, denjenigen, die auswandern wollen, die Wahrheit über die Verhältnisse, die sie in Rußland vorfinden werden, zu verheimlichen.

In der Diskussion berichteten zwei junge Arbeiter, die aus Rußland zurückgekehrt waren, über ihre Erlebnisse. Beide sagten, daß die Ausführungen des Genossen Dittmann Wort für Wort wahr seien. Der erste Redner, Junk, führte aus, sie seien von den russischen Arbeitern als Eindringlinge betrachtet und als Gegenrevolutionäre beschimpft worden. Die Russen befürchteten, daß sie durch die deutschen Arbeiter in der Fabrik entbehrlich gemacht und an die Front geschickt werden sollten. Die Fabrik sei ganz und gar verwahrlost. Die mitgebrachten Werkzeuge wurden ihnen von den Russen gestohlen. Gearbeitet würde von den Russen kaum eine Stunde am Tage, obgleich sie Ueberstunden bis zu einer 14stündigen Arbeitszeit machten. Die meiste Zeit stünden sie herum, unterhielten sich, schliefen oder drehten Zigaretten. Das Brot sei infolge der schlechten Beschaffenheit ungenießbar. Deutsche Arbeiter seien buchstäblich vor Hunger umgefallen. Von einem Vertrage sei den russischen Regierungsvertretern überhaupt nichts bekannt gewesen.

Ausführlicher noch berichtete der zweite Redner, Beuchert, über seine Erlebnisse in Rußland. Der freundliche Empfang, der ihnen nach den Ausführungen des Referenten Gumprich bereitet worden wäre, hätte nicht ihnen, sondern den Kommunisten und den Kriegsgefangenen, die mit ihnen angekommen wären, gegolten. Die Verpflegung und Unterbringung sei derart mangelhaft gewesen, daß verschiedene deutsche Arbeiter schon nach einigen Tagen schwer erkrankten. Tagelang hätten sie, in einem kleinen Raum eingepfercht, ohne jede Strohunterlage auf dem Fußboden schlafen müssen und hätten sich vor Ungeziefer nicht retten können.

Sie hätten zwar täglich 1¼ Pfund Brot bekommen, dasselbe sei jedoch so schlecht beschaffen gewesen, daß sie es nicht hätten genießen können. Nachdem das Brot ausgetrocknet war, hätte es nur noch ½ Pfund gewogen. Die russischen Arbeiter machten Ueberstunden, obgleich sie fast gar nicht arbeiteten, sondern nur umherstünden. Sie wollten sich aber durch die Ueberstunden Geld verdienen und erhielten pro Woche 900 Rubel, für die sie sich allerdings nur 1 Pfund Brot und eine Flasche Milch kaufen könnten. Die deutschen Arbeiter seien von den russischen als Gegenrevolutionäre beschimpft worden. Man habe ihnen gesagt, sie sollten in Deutschland bleiben und dort Revolution machen. Die Fabrik sei in einem verdreckten und verwahrlosten Zustand. Sie hätten aber geglaubt geordnete Verhältnisse in der Fabrik schaffen zu können, die feindliche Haltung der russischen Arbeiter hätte ihnen dies aber unmöglich gemacht. Auf eine Frage aus der Versammlung, welche Mittel ihnen von der russischen Regierung zur Rückreise ausgehändigt worden wären, erwiderte Beuchert, daß sie bis Stettin schwarz gefahren seien.

Die Ausführungen der beiden Diskussionsredner wurden häufig durch Lärmen der Versammlung unterbrochen. Nur mit Mühe gelang es Beuchert, seine Darstellungen zu Ende zu führen.

Die übrigen Diskussionsredner ergingen sich in heftigen Angriffen auf die USP. und die Führer, die die Moskauer Bedingungen ablehnen, wie denn das Schwergewicht in der Diskussion hauptsächlich auf die Frage des Anschlusses an die dritte Internationale gelegt wurde. Bemerkt sei, daß sich der Kommunist Grünlaer besonders viel in den wüstesten Schimpfereien und Schmähreden auf die USP. und ihre „rechten Führer" zugute tat.

Daß der Professor Ballod die Verhältnisse in Rußland auf Grund wissenschaftlicher Studien viel trauriger schildert als Genosse Dittmann, das braucht der Herr Gumprich natürlich nicht zu erwähnen, wenn er es auch weiß, wie ja Herr Gumprich auch nichts davon erwähnt, daß der Vertreter von Sowjetrußland in Berlin sich ausdrücklich mit Dittmanns Artikeln einverstanden erklärt hat.

Wer sich übrigens über die tatsächlichen Verhältnisse in Sowjetrußland unterrichten will, dem seien die beiden Artikel Dittmanns empfohlen, die jetzt in unserem Parteiverlag zum Preise von 30 Pfennig in einer besonderen Broschüre zu haben sind.

Ratsbeschlüsse.

Herabsetzung der Strom- und Wasserpreise. Man nahm zustimmend Kenntnis davon, daß der Verwaltungsrat der technischen Werke, nachdem die Syndikatspreise für mitteldeutsche Braunkohlen und Braunkohlenbriketts herabgesetzt worden sind, die Preise für Strom und Wasser ebenfalls ermäßigt sind. Die herabgesetzten Preise treten erstmalig bei Rechnung IV in Erscheinung, der die am 1. Oktober 1920 beginnenden Zählerablesungen zugrunde liegen. Den Stadtverordneten ist Mitteilung zu machen.

Vom bisherigen Verlaufe des Streiks der Straßenbahner und vom gegenwärtigen Stande wurde Kenntnis genommen. Die Maßnahmen der Direktion fanden Billigung. Den Stadtverordneten soll über die Sachlage sofort eingehender Bericht erstattet werden.

Die vom Betriebsamte neu aufgestellten Abgabebedingungen für Gas, Wasser und Strom und die neu festgesetzten Gebührensätze für Prüfungen usw wurden genehmigt. Zustimmung der Stadtverordneten ist erforderlich.

Michaelische Chöre. Sonnabend, den 11. September, nachmittags 4 Uhr, Probe im Volkshaus, Gesellschaftssaal. Erscheinen aller Sänger unbedingt notwendig. Die Mitwirkungskarten werden ausgegeben. Leipziger Männergesangverein Blüthner, Freitag keine Probe.

Die Nadelhölzer des Südfriedhofes hat zum Gegenstand eine Führung des Naturkundlichen Heimatmuseums, die Oberlehrer Käßner nächsten Sonntagvormittag abhält. Die Teilnehmerliste liegt Freitag 3 bis 9 und Sonnabend 8 bis 1 Uhr im Museum aus. Am Freitag, abends ½9 Uhr, erfolgt im Museum eine Führung: Volkstümliche Pilzkenntnis: Ritterlinge und verwandte Blätterpilze. Die Teilnahme an den Führungen ist frei.

Warnung vor einem Schwindler. Das Kreisamt für Kriegerfürsorge Leipzig und der Einheitsverband der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen Deutschlands, E. V., Sitz Leipzig, weisen darauf hin, daß in Leipzig seit kurzer Zeit wiederum ein Hausierer auftritt, der Kalender zum Kauf anbietet mit dem Bemerken, ein Teil des Reinertrages fließe den Kriegsbeschädigten, unter anderem dem Einheitsverband der Kriegsbeschädigten, zu. Diese Tatsachen entsprechen nicht den Tatsachen.

Sarrasani. Wenn auch der Straßenbahnerstreik den Zirkusbesuch erschwert, die Mazeppa-Pantomime übt doch eine gewaltige Anziehungskraft aus. Sarrasani schließt seine Leipziger Saison spätestens mit der kommenden Woche, um eine siebenmonatliche Zirkussaison in Berlin durchzuführen.

Lebensmittelkalender für Freitag, den 10. September.

Für Haushaltungen.

Anmeldung. Butter: abzugeben Marke G (60 Gramm), Marke 18 für Kriegsgefangene (50 Gramm).

Ausgabe. Kokos- und Kunstspeisefett für Erwerbslose: Ausgabe im Schauamt (Schlachthof) Nr. 1201—1800, vormittags von 9 bis 1 Uhr.

Veranstaltungen der Arbeiterturn- und Sportvereine.

Turner, Bezirk. Turnerinnen für das Neulenschwingen zum Hallenschauturnen treffen sich Freitag 7 Uhr in der 6. Volksschule, L.-Connewitz, Eingang Biedermannstraße, Ecke Herderstraße, Straßenbahnlinie 10 bis Emildenstraße und 12 bis Südfortstraße (Reulen sind mitzubringen). — Knautkleeberg. Freitag 8 Uhr Vereinsversammlung im Gasthof Weißes Roß.

Fußballspieler, L.-Connewitz. Sonnabend, ½8 Uhr: Monatsversammlung in der Marienburg, Emildenstraße. — **Möckern.** Donnerstag, ½8 Uhr: Versammlung im Lokal.

Athleten. Sonntag, den 12. September, nachmittags 3 Uhr, Gerlenkämpfer Eichenkranz—Nilia, Drei Linden, Liederkwolfwitz; Obmann: M. Sander, Kampfrichter: Bernhardt, Stamm. Adler Mahren—Baumsdorf, Alter Gasthof, Mahren. Obmann: Schmidt; Kampfrichter: Heilmann, Bärmlich. Eiche Nord—Normannia Rote Schule, Gohlis; Obmann: Jlenfee; Kampfrichter: Stutzbach, M. Uhlig. Sonntag, den 10. September, nachmittags 3 Uhr. Othello—Normannia, Lindenau, Restaurant Concordia, Hähnelstraße; Obmann: Stamm; Kampfrichter: Böhm, Leuche. Nilia—Kleinzschocher, Leichwiese, Kleinzschocher; Obmann: Stephan; Kampfrichter: Damek, H. Blume. Eiche Nord—Holzweißig in Holzweißig; Obmann: Band; Kampfrichter: M. Schmidt, Neumann. K.-V. Adler-Mahren hält jetzt seine Übungsstunden jeden Mittwoch und Freitag von 6 bis 8 Uhr abends im kleinen Saale des Alten Gasthofs in Mahren ab. Sportinteressenten sind jederzeit willkommen.

Arbeiterschwimmverein. Wir haben im Nordbad, Eutritzscher Straße, einen neuen Übungsabend eröffnet. Anmeldungen werden dort entgegengenommen. Übungsabende wie folgt. Dienstags: Nordbad; Mittwochs: Dianabad; Donnerstags: Dianabad, nur für Schwimmschüler; Freitags: Karolabad. Die Übungen beginnen abends pünktlich ½8 Uhr. Sonnabend, den 25. September, abends 6 Uhr, veranstalten wir anläßlich unseres 10jährigen Bestehens einen Kunstabend im Volkshaus. Gäste willkommen.

Radfahrer. Ausfahrten finden statt: Sonntag, den 12. September, früh 5 Uhr ab Johannisplatz nach Großburg-Kohren; früh 7 Uhr ab Drei Mohren humoristische Ausfahrt mit Waldpicknick; früh 8 Uhr ab Veteranenhalle (Connewitz) nach Rochlitz; früh 6 Uhr ab Schmuckplatz Weißestraße in Stötteritz: Fuchsjagd in der Richtung Kieritzsch, Beucha; früh 5 Uhr ab Landhaus Stöing nach Hasselbacher Teichen; nachmittags ½3 Uhr ab Markt Lindenau nach Schleußig; nachmittags 2 Uhr ab Gesellschaftshaus Schönefeld nach Oberholz-Störmthal; nachmittags 2 Uhr ab Schmuckplatz Mockau mit Musik nach Schleußig. Donnerstag, den 16. September, abends ½8 Uhr, Bezirksausfahrt nach Schönefeld mit anschließendem Tanz im Gesellschaftshaus. Gäste sind bei allen Ausfahrten willkommen. Pünktliches Erscheinen ist notwendig. Versammlungen: Abteilung Süd Sonnabend, den 11. September, abends 8 Uhr, Veteranenhalle in Connewitz. Abteilung West Mittwoch, den 15. September, abends 8 Uhr, Goldner Adler in Lindenau. Abteilung Ost Freitag, den 17. September, abends ½8 Uhr, Drei Mohren.

Die Naturfreunde. Donnerstag, den 9. September, Versammlung der Genossen des Ostbezirks im Restaurant Kohlgarten, Weidmannstraße, zwecks Gründung der Bezirksgruppe. Freitag, den 10. September, Mitgliederversammlung im Unterrichtssaal, Braustraße. Sonntag, den 12. September, Münchner Teich, Abfahrt 6.11 Uhr Hauptbahnhof. Führer Lehmann.

Arbeiter-Schachverein. Donnerstag: Abteilung Zentrum (Marienhof, Hohe Straße 38) Italienische Partie; Abteilung Norden (Schützenschlößchen, Gohlis, Menkestraße) Allgemeiner Spielabend; Abteilung Südosten (Klause, Stötteritz, Rudolf-Herrmann-Straße) Allgemeiner Spielabend. Sonntag: Freier Schachverkehr im Lindenfels, Karl-Heine-Straße, ab 4 Uhr nachmittags. Dienstag: Abteilung Westen (Lindenfels, Karl-Heine-Straße) Vortrag über spanische Partie, anschließend Verzinsungsblitzkampf. Mittwoch: Abteilung Osten (Harmonie, Reudnitz, Rathausstraße) Vortrag über spanische Partie. Sitzung der Turnierleitung, Donnerstag, den 9. September, abends 7 Uhr, im Schützenschlößchen in Gohlis. Die Schachfreunde werden um Vorbereitung für die Meisterturniere ersucht.

Fußball. Ersatzspiele im Fußball am Sonntag, den 12. Sept. 1. Klasse. Gruppe A. 4 Uhr Burgkauzen I—Eutritzsch I, 4 Uhr Mahren I—Löhnig I. Gruppe B. 4 Uhr Jahn-Leipzig I—Connewitz I, 4 Uhr Großzschocher I—Baumsdorf I, 4 Uhr Spielvereinigung Taucha I—Gautzscher Sachsen I, 8.30 Uhr Sparta I—Sportlust I. Gruppe C. 4 Uhr Schönefeld I—Lindenau I, 8 Uhr Urania I—Viktoria Leipzig I, 9.30 Uhr Pegau I—Connewitz I, 4 Uhr Sachsen Anger I—Zwenkau I. Gruppe D. 11 Uhr Kleinzschocher I—Großzschocher I, 2.15 Uhr Viktoria Anger I—West 03 I, 4 Uhr Stötteritz I—Delitzsch I. — 2a-Klasse. Ostgruppe. 2.15 Uhr Stötteritz II—Eilenburg I, neuer Platz, 4 Uhr Möckern I—Fortuna Taucha I, 2 Uhr Baumsdorf II—Sachsen Anger II. Südgruppe. 1.30 Uhr, Nötha I—Kulkwitz I, 11 Uhr Zwenkau II—Connewitz II, 11 Uhr Delitzsch II—Löhnig II. Westgruppe. 9 Uhr Plagwitz I—Schönau I, 4 Uhr Knautkleeberg II—West 03 II, 2 Uhr Jahn-Leipzig II—Viktoria Leipzig II, 9 Uhr Großzschocher II—Pegau II. 4 Uhr Lindenau II—Kleinzschocher II. Nordgruppe. 4 Uhr Lindenthal I—Markranstädt I, 2.30 Uhr Möckern II—Wiederitzsch I. — 3a-Klasse. Ostgruppe. 3 Uhr Hertha II—Viktoria Anger II, 9 Uhr Liederkwolfwitz I—Schönefeld II. — 3a-Klasse. Ostgruppe. 9 Uhr Mölkwitz I—Eilenburg II, 9 Uhr Möckern II—Baumsdorf III, 11 Uhr Spielvereinigung Taucha II—Urania II. Südgruppe. 1.30 Uhr Connewitz III—Sparta II, 10.30 Uhr Sportlust II—Großzschocher II, 3 Uhr Nötha II—Gautzsch III. Westgruppe. 4 Uhr Schönau II—Knautkleeberg III, 2.15 Uhr West 03 II—Kleinzschocher III. Nordgruppe. 2.15 Uhr Mahren II—Eutritzsch III. 4b-Klasse. Ostgruppe. 8 Uhr Havarie I—Connewitz II (Kleines Feld), 11 Uhr Eilenburg III—Fortuna-Taucha II, 10.15 Uhr Sachsen-Anger III—Liederkwolfwitz II, 8.30 Uhr Stötteritz IV—Baumsdorf IV. Westgruppe. 8.30 Uhr Pegau II—Lindenau III, 10.30 Uhr Jahn-Leipzig III—Viktoria-Leipzig IV, 10 Uhr Nilia—Plagwitz II. Nordgruppe. 8.30 Uhr Wiederitzsch II—Mockau II. — 4m-Klasse. Ostgruppe. 8 Uhr Möckern III—Fortuna-Taucha III, 9 Uhr Spielvereinigung Taucha II—Großzschocher II, 1.30 Uhr Sachsen-Anger III. Südgruppe. 9 Uhr Sagkeler Wunsch IV—Leipzig III, 11 Uhr Nötha III—Kulkwitz III. Nordgruppe. 10.30 Uhr Mahren IV—Eutritzsch IV, 9.30 Uhr Thekenberg III—Wiederitzsch III. Westgruppe. 11 Uhr Kleinzschocher IV—Nilia II (Karolawiese), 9 Uhr Schönau II—Großzschocher IV, 10.45 Uhr Linden II IV—Nilia-Ehrenberg II (in Schönau), 10.30 Uhr Viktoria-Leipzig V—Plagwitz III. — 4b-Klasse. Ostgruppe. 10.30 Uhr Baumsdorf V—Viktoria-Anger III, 1 Uhr Schönefeld III—Stötteritz V (Kleines Feld) 1 Uhr Spielvereinigung Taucha IV—Sachsen-Anger V. — 1. Jugendklasse. Ostgruppe. 11 Uhr Hertha I—Stötteritz I, 11 Uhr Liederkwolfwitz I—Spielvereinigung Taucha I. Westgruppe. 1 Uhr Jahn-Leipzig I—Pegau I, 9 Uhr Kleinzschocher I—Viktoria-Leipzig I (Karolawiese), 9 Uhr Knautkleeberg I—Lindenau I. Südgruppe. 12.30 Uhr Connewitz I—Großzschocher I, 8.30 Uhr Leipzig I—Sachsen-Gautzsch I. Nordgruppe. 11 Uhr Möckern I—Thekenberg I (in Mahren), 1 Uhr Möckern I—Gohlis I. — 2. Jugendklasse. Ostgruppe. 8 Uhr Fortuna-Taucha I—Viktoria Anger I, 9 Uhr Baumsdorf II—Stötteritz II, 10 Uhr Baumsdorf III—Hertha II. Südgruppe. 11 Uhr Sachsen-Gautzsch II—Sparta I, 1.30 Uhr Löhnig I—Connewitz II. Westgruppe. 2.30 Uhr Lindenau II—Nilia-Ehrenberg I (in Knautkleeberg), 9 Uhr Viktoria-Leipzig II—Großzschocher II, 10.30 Uhr Knautkleeberg II—Plagwitz I. Nordgruppe. 8 Uhr Wiederitzsch I—Mockau I. — Alle Herren Klasse. 11 Uhr Pegau—Großzschocher, 8 Uhr Kleinzschocher—West 03, 9.30 Uhr Zwenkau—Knautkleeberg.

Sämtliche Spiele gegen Markranstädt II, III, 1. und 2. Jugend fallen aus, da dort Gewerkschaftsfest stattfindet. Burgen fährt mit sämtlichen Mannschaften nach Wolfshagel und trägt dort Propagandaspiele aus. Die angesetzten Gerlenspiele fallen deshalb aus.

Dem Bunde beigetreten ist: R. f. R. Groß-Rössen bei Lützschena mit 8 Mannschaften und 1 Jugendmannschaft. Zuschriften an Kurt Jacob, Groß-Rössen bei Lützschena Nr. 46b.

Die Hefte können von heute ab beim Sportgenossen Junghans, Kleinzschocher, Siemensstraße 38, II., abgeholt werden.

Der Bezirksfußballspiel-Ausschuß.

Allgemeines Arbeiterbildungsinstitut.

Neues Theater. Montag, 20. September, abends 7 Uhr: Don Juan. Oper in 2 Akten von W. A. Mozart.

Doppelplätze 10.— Mk., Einfache Plätze 8.— Mk., III. Rang (Mitte) 3.50 Mk., III. Rang (Seite) 2.— Mk.

Altes Theater. Montag, 13. September, abends ½7 Uhr: Hamlet. Trauerspiel in 5 Akten von W. Shakespeare.

Doppelplätze 8.— Mk., Einfache Plätze 4.— Mk., III. Rang 60 Pfg.

Sonntag, 19. September, nachmittags 3 Uhr: Der Liebestrank. Schwank in 3 Akten von Frank Wedekind.

Doppelplätze 5.— Mk., Einfache Plätze 2.50 Mk., III. Rang 50 Pfg.

Dienstag, 5. Oktober, abends ½7 Uhr: Kabale und Liebe. Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich Schiller.

Doppelplätze 8.— Mk., Einfache Plätze 4.— Mk., III. Rang 60 Pfg.

Sonntag, 10. Oktober, nachm. ½3 Uhr: Der Misanthrop. Komödie in 5 Akten von Molière. Hierauf: Die Heirat wider Willen. Posse in 1 Akt von Molière.

Doppelplätze 5.— Mk., Einfache Plätze 2.50 Mk., III. Rang, Seite 50 Pfg., Stehplätze 1.— Mk.

Karten sind zu haben bei den Gewerkschaften und Ortsvereinen sowie in den bekannten Stellen. Die Theaterkommission.

Aus dem Stadtverordnetensaal.

Sitzung vom 8. September.

Zu frischer Arbeit nach den Ferien wurden die Stadtverordneten von dem Stadtverordnetenvizevorsteher Dr. Junk begrüßt. Kurz hintereinander sind in den letzten Wochen zwei Leipziger Bürger gestorben, deren Ableben der Stadtverordnetenvorsteher besonders gedachte. Stadtrat Esche und Universitätsprofessor Wundt. Besonders des letzteren gedachte der Vorsteher mit warmen Worten. Das Andenken der Verstorbenen wurde in üblicher Weise geehrt.

Von den Registranten, die glatt ihre Erledigung fanden, sei nur erwähnt, daß eine Ermäßigung der Lustbarkeitssteuer bei turnerischen und sportlichen Veranstaltungen vom Rat nicht zugestanden werden kann, wenn denselben Tanzvergnügen folgen. Da der Rat den Wünschen der Erwerbslosen und Kriegsbeschädigten durch Sonderzuweisungen von Lebensmitteln entsprochen hat, hat der Erwerbslosenrat am 20. August seine diesbezügliche Eingabe zurückgezogen.

Lebhafter wurden die Verhandlungen bei der Frage der Straßenreinigung. Wir wissen, daß die Straßenreinigung in Leipzig sehr im argen liegt. Eine Besserung ist aber auch nicht zu erwarten, wenn man immer nur den Betrieb einschränkt und Arbeiter entläßt. Man glaubt nun eine weitere Verschlechterung zu vermeiden, indem man eine Erhöhung der von den Grundstückseigentümern zu zahlenden Abgaben um den vierfachen Betrag fordert. Diese Forderung rief die Redner der Hausbesitzer auf den Plan. Von den bürgerlichen Vertretern wurde die Auffassung vertreten, daß es unmöglich sei, die erhöhten Kosten der Straßenreinigung von den „notleidenden Hausbesitzern" allein zu fordern, sondern daß es notwendig sei, die Allgemeinheit zu den erhöhten Kosten heranzuziehen. Die Straßenreinigung sei eine Sache der Allgemeinheit, daher habe auch die Allgemeinheit die Kosten zu tragen. Man habe früher, als die Straßenreinigung von den Hausbesitzern ausgeführt wurden, bessere Verhältnisse gehabt. Stadtverordneter Börner glaubt, daß die Hausmeister oder -verwalter die Straßenreinigung gern wieder übernehmen würden, und zwar ohne besonderes Entgelt. Nach Ansicht des Stadtverordneten Kirmse sind die Hausbesitzer seit Jahrzehnten die Steueraustreiber der Stadt. Auch der Hausbesitzer sei nun am Ende seiner Kraft und könne keine weitere Belastung tragen.

Stadtverordneter Scheib (USP.) weist darauf hin, daß, wenn schon die Straßenreinigung eine Sache der Allgemeinheit ist, so sind doch in erster Linie die zahlungsfähigen Kreise zur Tragung der Kosten heranzuziehen. Auch der Bürgermeister Rothe sieht ein, daß die Straßenreinigung nicht so ist, wie sie

---

„Ich muß wohl sagen, daß schöne Herren unser Fest verschönen. Ich meine die großen. Alle haben dicke Bäuche. Bloß Herr von Borries nicht. Herren mit dicken Bäuchen sind mein Ideal. Sie leben hoch!"

Alle riefen hoch, und es entstand ungeheure Heiterkeit, was Ilse mit großer Genugtuung erfüllte, weil sie darin eine Beifallskundgebung erblickte. Es war ja auch selbstverständlich, daß man Herren mit dicken Bäuchen verehren mußte, weil es ihnen offenbar sehr gut ging.

Nur Tante Pauline bezeugte Mißfallen, das sie in die Worte kleidete: „Ilse, mäßige dich!"

Man erhob sich, und die Paare ordneten sich zum Heimweg. In langem Zuge, Arm in Arm, zogen sie durch die helle Frühlingsnacht zurück. Ein Pfarrer ging an der Spitze, der andere am Schluß, während die Verwandten die Flanken deckten. Vor dem Hotel, wo man sich trennte, wartete schon der Krümperwagen auf die Familie von Borries, und Ruth nahm von Heinrich, der keinerlei Rührung zeigte, schmerzlich-seligen Abschied. Sie drückte ihm heftig die Hand, bedankte sich mehreremal und stammelte: „Es war der schönste Tag meines Lebens." Da sie bedauerte, daß er nicht mitfahren könnte, erbot er sich, den Wagen zu lenken; er verstehe sich sehr gut darauf. Aber das wurde nicht angenommen.

Der Sekundaner Max von Klenner begleitete merkwürdigerweise Ilse nebst Mutter und Tante nach Hause. Tante Pauline war entzückt von dieser Ehre und ließ dem Zorne über ihre Nichte erst am andern Morgen freien Lauf.

Herr und Frau von Borries setzten ihrer Tochter schon während der Fahrt den Kopf zurecht. Im Herbst kam sie in Pension.

*

Drei Jahre später. Ilse Bartels kommt eines Vormittags aus der lateinischen Privatstunde. Sie geht die Universitätsstraße hinunter und wird von einem Wagen überholt, von einer Mietsequipage. Die Pferde kennt sie, sie gehören dem Fuhrunternehmer Beckmann, und auch der Kutscher in der schlechtsitzenden herrschaftlichen Livree kommt ihr bekannt vor. Der Wagen hält ein paar Schritte vor ihr. Eine ganz junge Dame in großer Besuchstoilette steigt aus, sieht die Daherkommende zwei Sekunden lang an und ruft dem ohnehin geduldig wartenden Kutscher zu:

„Kutscher, warten!"

Dann rauscht sie durch den Vordergarten in das Haus, wo Geheimrat Andersen wohnt.

Ilse hat hinter Ruth von Borries hergesehen. Als sie nun am Wagen vorbeischreitet, sieht sie zum Bock hinauf und erkennt Heinrich Brandau.

Kleine Chronik.

Der deutsche Monistenbund beschloß in seiner Hauptversammlung neue Richtlinien. Er will in der Wissenschaft und Ethik die Metaphysik bekämpfen, fordert die weltliche Einheitsschule sowie Trennung von Kirche und Staat, wendet sich gegen die dogmatischen Religionen, tritt für Pazifismus und Völkerbund gegen Krieg und „übertriebenes Nationalitätenprinzip" ein, will den Kampf für volle Gleichberechtigung aller Klassen aufnehmen und erteilt endlich dem Antisemitismus eine scharfe Absage.

Wagner, der „Bolschewist". Der Vorwärts schreibt: Zur Eröffnung der Dritten Internationale in Moskau führte ein Orchester von 400 Musikern Wagners Götterdämmerung auf. Das offizielle Bolschewistenblatt Prawda schreibt dazu: Wagners Musik paßt zur Eröffnung der Dritten Internationale besser als andre Musik: „Die irdischen und die himmlischen Götter, die über die Welt regieren. Der sagenhafte Palast Walhalla war von den Beherrschern des Himmels und der Erde bevölkert. Da ertönte das revolutionäre Gewitter, und Walhalla mitsamt seinen Bewohnern kam in den Flammen um." — Dazu bemerkt der Vorwärts: „Was sagt Rudolf Franz, der Hüter der Revolution, zu dieser Ketzerei? Hat er doch schon vor Jahr und Tag bewiesen, daß Wagner ein Kleinbürger auch in der Musik war." — Die Antwort ist einfach: Offenbar hat die Prawda in einer schwachen Stunde einen Mitarbeiter des kleinbürgerlichen Vorwärts aufgegabelt. Es geht jetzt eben alles drunter und drüber. Hat doch auch Kautsky, den der Vorwärts wohl noch gelten lassen wird, lange vor mir Wagners Kleinbürgerlichkeit gekennzeichnet.

R. F.

Volkshochschulkurse veranstaltet die Universität. Auch die Volksakademie verfolgt bekanntlich ähnliche Ziele. Da die Arbeit unsres Bildungsinstitutes jetzt auf eine neue Grundlage gestellt wird, verweisen wir alle nach Bildung und Wissen strebenden Proletarier auf diese ihre eigene Institution, um so mehr, als die Erfahrung gezeigt hat, daß in den bürgerlichen Bildungsunternehmungen größtenteils Dinge gedoten werden, die der Weltanschauung und den Zielen des Proletariats entgegenstehen. Der Glaube, objektive Wissenschaft zu geben, mag noch so ehrlich sein — schließlich kann doch keiner aus seiner Haut heraus, und dem unbefangenen Hörer, der nicht kritisch zu unterscheiden weiß, droht immer die Gefahr, sich verwirren zu lassen.

Zum Nachfolger von Max Seliger ist vom sächsischen Ministerium Professor Walter Tiemann ernannt worden, der schon seit 1903 als Lehrer an der graphisch-buchgewerblichen Hochschule tätig war.

Eingelaufene Schriften.

Der Arbeiterrat. Heft Nr. 34 der Wochenschrift Der Arbeiterrat (Schriftleitung Ernst Däumig) ist soeben erschienen. Er enthält folgende Beiträge: Zum Reichskongreß der Betriebsräte. — Englands russische Politik und die britische Arbeiterschaft. — Einiges zur Agrarfrage von Bruno Asch. — Rundschau. — Unternehmerlogik und Tücke. — Aus dem Betriebsrätegesetz. — Die Rechte in der Hamburger Genossenschaft. — Akkordarbeit. — Der neue Lehrplan der Groß-Berliner Räteschule. — Der Arbeiterrat ist zu beziehen durch die Post, die Parteiorganisationen und Buchhandlungen.

Gesundbrunnen 1921. Kalender des Dürerbundes. Verlag von Georg D. W. Callwey, München. Preis 5.60 Mk., geb. 8.50 Mk.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200909/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

sein sollte. Aber die finanzielle Lage der Stadt forderte auch hier eine Einschränkung. Wenn die Stadtverordneten den ihnen vorliegenden Haushaltplan einsehen, würden ihnen die Augen übergehen. Schließlich wird die geforderte Erhöhung gegen 12 Stimmen angenommen.

Der Hauptpunkt der Verhandlungen war

der Streik der Straßenbahnangestellten.

Der Rat hatte zu dieser Frage eine Drucksache vorgelegt, worin er seine Stellung in dieser Angelegenheit zu rechtfertigen sucht. Genosse Teichgräber geht ausführlich auf die Punkte der Drucksache ein und widerlegt die Auffassung des Rates, wonach die Straßenbahner einen Tarifbruch begangen hätten. Von einem Tarifbruch der Straßenbahner kann solange nicht die Rede sein, solange kein Tarif für die Straßenbahner abgeschlossen ist. Wenn der Rat behauptet, daß der Streik voreilig herbeigeführt worden sei, so kann davon keine Rede sein, nachdem die Straßenbahner alles versucht haben, einen Streik zu vermeiden. Aber es muß hervorgehoben werden, daß die Straßenbahner bereit waren, die Streckung der Arbeit zu tragen und wochenlang sich mit einem niedrigen Einkommen begnügten. Wenn auf die weiteren Forderungen hingewiesen wird, so muß betont werden, daß von der Straßenbahnverwaltung nicht alles getan worden ist, die Rentabilität des Betriebes zu heben, so verweise er nur auf den Verkehr am Gewerkschaftsfest und andere größere Veranstaltungen. Die Stadt habe sich die Frage der Rentabilität der Straßenbahn leicht gemacht, indem sie einzelne Linien, und darunter für die Arbeiterbevölkerung wichtige Linien, einstellte und den Fahrpreis hochschraubte. Aber die Steigerung der Fahrpreise hat auch eine Grenze, wird diese überschritten, gewöhnt sich das Publikum ans Laufen und der gesamte Straßenbahnverkehr liegt danieder. Alle diese Maßnahmen sind getroffen worden, ohne daß die Vertretung der Straßenbahnangestellten mit hinzugezogen wurde. Er stelle folgenden Antrag:

Das Kollegium wolle beschließen: den Rat zu ersuchen, der Forderung des Straßenbahnpersonals, sofortige Vollbeschäftigung aller Arbeiter, vorläufig stattzugeben und zur Erledigung der aufgestellten Forderungen umgehend Verhandlungen zwischen dem Verwaltungs- und Betriebsrat einzuleiten, die bis spätestens 30. September 1920 abgeschlossen sein müssen.

Weiter verweise er darauf, daß die Arbeiter der Gruppe 13, Verkehrswesen, sich mit den Straßenbahnern solidarisch erklären wird, wenn der Rat in dieser Frage kein Entgegenkommen zeigen sollte.

Stadtv. Vollerhof (W. A.-B.): Dies sei der Segen der Verstadtlichung, die er schon seit Jahren bekämpft habe. Er geht auf die Fahrpreise der einzelnen Städte ein und sucht damit zu beweisen, daß auch für Leipzig die Einführung des 50-Pfennig-Tarifs möglich sei.

Stadtv. Dr. Herz (Dem.) kann dem Antrag Teichgräbers nicht zustimmen. Die Wirkung jedes Streikes der Straßenbahner geht dahin, daß sich das Publikum immer mehr ans Laufen gewöhne. Durch die Art des Vorgehens der Straßenbahner sei dem Rat die Pistole auf die Brust gesetzt worden. Die Stadt wäre niemals zu dem Mittel der Arbeitsstreckung gekommen, wenn nicht der Betriebsrat mit diesem Vorschlag gekommen sei. Er habe die Auffassung, daß Stadtv. Teichgräber die Straßenbahner in der Frage des Tarifbruchs habe rechtfertigen wollen, aber den Tarifbruch nicht habe widerlegen können.

Stadtv. Heinze (Mittelst.) würde dem Antrag Teichgräber gern zustimmen, wenn der Antragsteller angegeben hätte, wo die Mittel hergenommen werden sollen. Er hält die Forderung der Straßenbahner für unerfüllbar, aus diesem Grunde würden sie auch den Antrag ablehnen.

Stadtv. Dr. Kunath (Mittelst.): Auch er kann dem Antrag nicht beitreten. Wenn eine eingehende Prüfung gefordert wird, so ist diese unmöglich durch das kurzfristige Ultimatum, daß die Straßenbahner an die Direktion gerichtet haben.

Vizevorsteher Pollender (Mehrh.-Soz.) wendet sich zunächst gegen die Vorwürfe, die Vollerhof gegen die Verstadtlichung erhoben hat. Er verkenne die Bedeutung des Straßenbahnwesens keineswegs, doch müsse er die von den Straßenbahnern angewandte Methode aufs schärfste verurteilen. Der Betriebsrat hat selbst die Auswahl der zur Entlassung kommenden Personen getroffen. Wenn die Personalversammlung damit nicht zufrieden war, so ist das verständlich. In seinen weiteren Ausführungen betont er die besonders hohen Kosten, die eine Bewilligung der Forderung der Straßenbahner der Stadt auferlege. Die Handlungsweise der Straßenbahner sehe einer Erpressung verzweifelt ähnlich. (Pfuirufe von der Tribüne.) Er behauptet, daß ein Tarifbruch vorliege. Der Rat hat sein Einverständnis dazu gegeben, sofort mit dem Betriebsrat zu verhandeln. Er ist der Ansicht, daß es eigentlich heißen müßte: Erst arbeiten, dann verhandeln. Er geht hierauf auf die Frage des 50-Pfennig-Tarifs ein und betont daß sie sich dort, wo sie eingeführt worden sind, nicht bewährt haben. Für Leipzig sei ein 50-Pfennig-Tarif unmöglich. Durch die Straßenbahn allein habe die Stadt einen Fehlbetrag von 15 Millionen Mark. Er kommt zur Ablehnung des Antrages Teichgräber.

Stadtv. Liebmann (USP.): Wir hören hier viele Klagen daß es bei dem Streik nicht korrekt zugegangen wäre. Ob Tarifbruch oder nicht, ob alles korrekt war oder Formfehler begangen worden sind, so stelle ich mich doch auf die Seite der Arbeiter, die aus bitterster Not in den Streik getreten sind. Herr Pollender tut das Gegenteil, er hat hier Ansichten vertreten, die früher bei Staatsanwälten zu finden waren. Herr Pollender hetzt den Rat auf, er sagt, erst müßten die Streikenden die Arbeit wieder aufnehmen, ehe mit ihnen verhandelt werden soll. Die Arbeiter sollen also bedingungslos zu Kreuze kriechen. So verkehrt jetzt nicht einmal ein Syndikus der Scharfmacher mit den Arbeitern Wir haben als Stadtverordnete die Pflicht, das Allgemeininteresse wahrzunehmen und darauf zu dringen, daß der Straßenbahnverkehr sofort wieder aufgenommen wird, deshalb unser Antrag. Die Kosten dieses Antrages würden für die Stadt höchstens 300 000 Mk. betragen. Der Schaden, der durch einen längeren Streik der Stadt und der Bevölkerung erwächst, ist viel größer Wenn hier die Auffassung vertreten wird, daß die Straßenbahner bedingungslos unterkriegen sollen, so kann der Streik noch recht lange dauern, daher bitte ich, unseren Antrag anzunehmen.

Bürgermeister Rothe: Wir würden einen sehr bedenklichen Weg beschreiten, wenn wir den Ausführungen des Herrn Liebmann folgen wollten. Wenn wir den Straßenbahnern nachgeben, so haben die anderen Arbeiter der Stadt das gleiche Recht, in gleicher Weise gegen die Stadt ihren Forderungen Geltung zu verschaffen. Es ist der dritte Streik, der während der Messe passiert ist. Es zeuge nicht von Interesse der Straßenbahner gegenüber den allgemeinen Interessen der gesamten Einwohnerschaft, wenn in dieser Weise vorgegangen wird. Daß die Lohnverhältnisse der Straßenbahner keine günstigen sind, ist auch ihm bekannt, aber trotzdem lag kein Grund vor, innerhalb von 24 Stunden in den Streik zu treten. Ein sehr gewagtes Experiment wäre der 50-Pfennig-Tarif. Es wäre mit Bestimmtheit anzunehmen, daß die Stadt dabei große Verluste erleiden würde Daß der Rat bereit sei, den Frieden zu schaffen, ist daraus zu ersehen, daß am Sonnabend, dem 11. September, eine Sitzung des Schlichtungsausschusses in der Frage des Straßenbahnerstreiks stattfindet. Er hoffe aber, daß sich die Arbeiter auch dem Schiedsspruch unterwerfen werden. Der Rat wird alles tun, was in dieser Frage zu tun möglich ist, unter Wahrung der wirtschaftlichen und allgemeinen städtischen Interessen.

Stadtv. Sauer (Hirsch-Duncker): Es ist notwendig eine Lösung zu finden, die dem unerträglichen Zustand ein Ende macht. Der Antrag Teichgräber müßte anders lauten. Die Arbeiter müßten erst die Arbeit wieder aufnehmen. Den Antrag Teichgräber lehnen wir ab.

Stadtv. Teichgräber (USP.) bestreitet, daß Tarifbruch vorliege. Wenn von den Herren Pollender und Sauer behauptet worden ist, daß wir die gewerkschaftlichen Grundsätze nicht gewahrt haben, so sei zu sagen, daß die Forderungen der Straßenbahner schon seit Juni gestellt worden sind. Die Direktion ist mehrmals auf das Bevorstehende aufmerksam gemacht worden Die Arbeiter haben alles getan, um einen Streik zu vermeiden. Der Betriebsrat hat von vornherein die Leute vorgeschlagen, die einen Nebenverdienst hatten, oder über 65 Jahre alt waren, zu entlassen. Es hatte sich aber gezeigt, daß sich diese Maßnahme auf die Dauer nicht aufrechterhalten läßt. Er ruft dem Herrn Heinze zu, haben Sie dasselbe Bedenken gehabt, als Sie an die Beamtenbesoldungsfrage herantraten, wie jetzt bei den Straßenbahnern? Er empfiehlt nochmals die Annahme des Antrags und beantragt angesichts der Wichtigkeit dieser Frage namentliche Abstimmung

Stadtv. Enke (Privatang.) erklärt, daß er ebenfalls den Antrag der USP. ablehne.

Bürgermeister Roth versichert, daß der Rat alles tun werde den Streik zu einem gütlichen Ende zu bringen, dabei aber auch die Interessen der Bevölkerung wahrzunehmen.

Grethlein tritt dafür ein, daß die Arbeiter die Arbeit sofort wieder aufnehmen sollen, nachher könnten Verhandlungen stattfinden. Den Antrag Teichgräber lehne er ab, denn der Streik sei frivol.

Stadtv Liebmann: Damit auch den Herren, die gegen den Antrag Teichgräber noch Bedenken haben, Rechnung getragen wird, stelle ich folgenden abgeänderten Antrag:

„Das Kollegium wolle beschließen: den Rat zu ersuchen, die Forderung nach sofortiger Vollbeschäftigung aller Arbeiter vorläufig unter der Bedingung zu erfüllen, daß die Arbeit sofort wieder aufgenommen wird, und daß über die Forderungen der Arbeiter weitere Verhandlungen stattfinden, die bis spätestens 30. September 1920 abgeschlossen sein müssen."

Wenn die Stadtverordneten nicht geradezu aussprechen wollen, daß die Streikenden unbedingt auf die Knie gezwungen werden sollen, dann müssen Sie diesen Antrag annehmen. Zum mindesten kann man wohl erwarten, daß Arbeitervertreter, Gewerkschafter usw. dafür stimmen.

Stadtv. Pollender weist darauf hin, daß der neue Antrag Liebmanns eigentlich nichts andres enthalte als der Antrag Teichgräbers, deshalb sei er abzulehnen.

Nach weiterer Debatte folgte die namentliche Abstimmung, bei der der Antrag Liebmann mit 33 gegen 30 Stimmen abgelehnt wurde.

Ein Dringlichkeitsantrag, der von der Demokratin Mendelssohn-Bartholdy begründet wurde, ersucht den Rat, mit größter Beschleunigung dafür zu sorgen, daß aus der Dresdner Porzellansammlung dem Leipziger Kunstgewerbemuseum hochwertige Doubletten zugeführt werden. Dem Antrag wurde zugestimmt.

Aus der übrigen Tagesordnung.

Zugestimmt wurde der Uebernahme des Ritterguts Cunnersdorf vom 1. April 1921 an in eigne Bewirtschaftung der Stadt. — Die Entschädigung an die Beisitzer des Mieteinigungsamts wurde auf täglich 20 Mk. erhöht. — Bewilligt wurden je 450 Mk. Beschaffungsbeihilfe an die in Ruhestand versetzten Hebammen. — Den im Ruhestand befindlichen Solomitgliedern sowie Mitgliedern des Chors und Balletts wurde eine Teuerungszulage gewährt. — Zugestimmt wurde der Einrichtung von Unterrichtskursen für Kanzlei- und Kassenbeamte. — Ferner wurde zugestimmt der Zuführung aller Beamten und Angestellten als Pflichtmitglieder zur Beamten-Krankenkasse, soweit sie nur bis zu 15 000 Mark jährlich verdienen. — Es wurden auch Neuwahlen von Waisenräten und Ersatzmännern vorgenommen.

Sächsische Angelegenheiten.

Ein Aufruf des sächsischen Gesamtministeriums zur Arbeitslosenfrage.

Der sächsische Ministerpräsident Buck erläßt im Namen des Gesamtministeriums folgenden Aufruf:

„Die Demonstrationen der Erwerbslosen in den letzten Wochen haben in einzelnen Fällen zu Gewalttätigkeiten und Ungesetzlichkeiten geführt. Die Einwohnerschaft von Dresden erhebt die berechtigte Forderung, daß die öffentliche Ordnung gesichert werde.

Die Erwerbslosen verlangen entweder Arbeit oder ausreichende Unterstützung. Beide Forderungen sind berechtigt. Die Regierung kennt die Notlage der Erwerbslosen. Sie ist unablässig bemüht, diese Notlage zu mildern und für Arbeitsgelegenheit zu sorgen. Es steht fest, daß dadurch in nächster Zeit vermehrte Arbeitsgelegenheit geschaffen werden wird. Die verlangte Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung werden Mitglieder der sächsischen Regierung bei der Reichsregierung persönlich mit allem Nachdruck vertreten. Ist sich die sächsische Regierung hiernach ihrer Verpflichtungen den Erwerbslosen gegenüber bewußt, so muß sie anderseits nachdrücklich davor warnen, daß sich die Erwerbslosen zu Ungesetzlichkeiten hinreißen und aufputschen lassen.

Die Regierung ist nach wie vor bereit, mit jeder von den Erwerbslosen ordnungsgemäß gewählten Kommission zu verhandeln, lehnt es aber ab, unter dem Druck von Demonstrationen unerfüllbare Zusagen zu machen. Sie ersucht, mit Rücksicht auf die Zwecklosigkeit, weitere Demonstrationen wegen der dadurch eintretenden Beunruhigung und Unsicherheit zu unterlassen. Zur Verhinderung von Ungesetzlichkeiten wird die Regierung von allen Machtmitteln Gebrauch machen."

Mit diesem Aufruf wird sich das Ministerium bei den Arbeitslosen sehr wenig Freunde erwerben. Mit glatten Redensarten und Versprechungen, die gewöhnlich noch nicht einmal erfüllt werden, ist dem Elend der Erwerbslosen nicht beizukommen. Die Arbeitslosigkeit ist in der Planlosigkeit der kapitalistischen Produktionsweise begründet. Wer sie ernsthaft bekämpfen will, muß den Kampf wider den Kapitalismus aufnehmen, muß planmäßig und zielklar auf die Sozialisierung unsres Wirtschaftslebens hinarbeiten. In dem Aufruf ist nichts enthalten, was darauf deuten könnte, daß die Regierung in dieser Richtung zu arbeiten gedenkt. Deshalb ist die Versicherung, daß sich die Regierung ihrer Verpflichtungen gegen die Erwerbslosen bewußt ist, keinen Pfifferling wert.

Zu handeln, und zwar sehr energisch zu handeln, verspricht die Regierung nur gegen die Erwerbslosen. Im Stile eines Ludendorff wird gedroht, gegen die hungernden Arbeitslosen, die sich erdreisten, an das öffentliche Gewissen zu appellieren, mit allen Machtmitteln vorzugehen. Die Arbeitslosen selbst haben das größte Interesse daran, daß Ungesetzlichkeiten bei ihren Demonstrationen nicht vorkommen und wir sind die letzten, die etwa Putsche und Gewalttätigkeiten gutheißen. Es sind in der Regel auch gar keine Arbeitslosen, die zu solchem Vorgehen auffordern und auch leider hier und da Erfolg bei ihren Wühlereien haben. Wenn man die Putschgefahr beseitigen will, muß man die sozialen Mißstände beseitigen, die die Menschen zu Gewalttätigkeiten geneigt machen. Mit Sicherheits- und Reichswehr, mit Maschinengewehren und Handgranaten erreicht man das aber nicht.

Den Aufruf hätte ebensogut eine Regierung erlassen können, in der kein Sozialdemokrat sitzt.

Die Lasten der Erwerbslosenfürsorge.

Vor einiger Zeit hatte die sächsische Regierung im Reichsrat beantragt, daß die Kosten für die Unterstützung der Erwerbslosen nicht mehr vom Reich und von den betroffenen Staaten und Gemeinden getragen würden, sondern daß sie gleichmäßig aufs ganze Reich umzulegen seien, damit nicht die Staaten mit besonders hoher Erwerbslosenzahl einseitig belastet würden. Das industrielle Sachsen hat für seine Arbeitslosen im letzten Staatshaushalt 155 Millionen Mark bewilligen müssen, aber die Kosten werden wohl auf weit über 200 Millionen Mark hinaufgehen infolge der Zunahme der Arbeitslosigkeit und der Verteuerung der Lebenshaltung, die zu Erhöhungen der Unterstützungen und zur Bewilligung einmaliger Beihilfen nötigten. Dagegen hat Mecklenburg noch vor kurzem vier Arbeitslose gehabt!

Wie jetzt bekannt wird, ist der sächsische Antrag abgelehnt worden. Das bedeutet eine schwere Belastung der sächsischen Finanzen, um so mehr als die Erwerbslosigkeit sich in Sachsen rapide verstärkt. Am 1. Juni betrug die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in Sachsen 71 355, sie war am 15. Juni auf 75 291, am 15. Juli auf 100 745, am 1. August auf 112 765 und am 15. August auf 120 745 gestiegen. Zuschlagsempfänger gab es in Sachsen am 1. Juni 65 787, am 15. Juni 70 509, am 15. Juli 90 567, am 1. August 98 285 und am 15. August 101 602.

Die Arbeitslosigkeit in Plauen.

Reichstagsabgeordn. Stücklen sprach in einer von den Rechtssozialisten einberufenen Versammlung und kam dabei auch auf die Erwerbslosenfrage zu sprechen. In der Diskussion teilte der Vorstand des städtischen Arbeitsamtes mit, daß Plauen seit 1½ Jahren mit seiner Erwerbslosenzahl in Deutschland an der Spitze gestanden habe und erst neuerdings darin von Pirmasens übertroffen worden sei. Die in Plauen eingeleitete Notstandsaktion sei ein Tropfen auf einen heißen Stein, es müsse das Eingreifen des Reiches und der Allgemeinheit gefordert werden. Die Hilfe-Zeit habe Tausende von Arbeitslosen gebracht, da die Einkäufer der überseeischen Häuser damals vor Plauen umgekehrt seien und ihre Millionenaufträge anderweitig untergebracht hätten.

Beeinträchtigung der Ernte im Vogtland.

Im östlichen Vogtlande ist die Ernte durch das nunmehr seit zehn Tagen anhaltende naßkalte Wetter unliebsam unterbrochen worden. In der dortigen Höhenlage, zum Teil über 700 Meter, braucht die Ernte zu ihrer völligen Reife längere Zeit als im Niederlande, weshalb auch einzelne Getreidefelder, namentlich Hafer und Sommerroggen, noch nicht abgeerntet sind. In Hammerbrücke-Friedrichsgrün und Muldenberg steht zumeist der Winterroggen noch an. Dabei herrscht eine ganz empfindliche Kühle. Am Montagfrüh waren nur 2 Grad über Null.

Gegen die Wahl politischer Arbeiterräte

sprach sich eine Vollversammlung der Betriebsräte in Glauchau mit großer Mehrheit aus.

Die Wahlen zum sächsischen Landtag sollen am 7. oder 14. November stattfinden.

Ein sächsischer Katholikentag wird vom 24. bis 26. September in Leipzig abgehalten.

Der Truppenübungsplatz Königsbrück wird entgegen anders lautenden Meldungen von der Militärverwaltung nicht zur Bebauung freigegeben. Ebenso werden auch die Wohnbaracken und die drei zu Schießzwecken verwendeten Dörfer nicht zu Wohnungszwecken hergegeben. Die Militärverwaltung benötige den Platz für eigene Zwecke.

Die Militärs scheinen demnach noch große Dinge vorzuhaben. Immer wieder entpuppt sich der Militarismus als kulturhemmender Faktor. Das Verhalten des Militärfiskus ist ein Skandal.

• • •

Chemnitz, 8. September. Unter dem Verdacht des Gattenmordes wurde ein hier wohnhafter 27 Jahre alter Elektromonteur festgenommen. Er wird beschuldigt, in der Nacht zum 16. August d. J. seine Ehefrau aus dem Fenster seiner im vierten Stockwerk in der Südvorstadt gelegenen Wohnung hinabgestürzt und dadurch ihren Tod herbeigeführt zu haben.

Rodewisch, 8. September. Eine dreiste Erpressung wurde an dem hiesigen Gutsbesitzer Petzold verübt. Bei ihm erschienen maskierte und bewaffnete Männer und erklärten ihm, der Generalstreik sei ausgebrochen und die Bauerngüter würden alle niedergebrannt, in Auerbach brenne es bereits. Bei sofortiger Uebergabe von 10 000 Mk. Bargeld solle jedoch sein Anwesen von der Brandstiftung verschont bleiben. Lärm zu schlagen habe keinen Zweck, denn das Gut sei umstellt. P. übergab den Erpressern seine gesamte Barschaft in Höhe von etwa 2000 Mk. Die Burschen gaben sich damit zufrieden und machten sich aus dem Staube.

Glauchau. Als Zuckerschieber entlarvt wurde der Inhaber der „Eber"-Nährmittelfabrik, O. H. Eber, in dem Augenblick, als er einen Transport von 50 Zentner Zucker versandfertig gemacht hatte. — Man fragt sich immer wieder: Woher bekommen die Schieber den Zucker, da doch angeblich keiner mehr da ist?

Aus der Umgebung Leipzigs.

Achtung, Landarbeiter!

Vom Land- und Forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverband in der Amtshauptmannschaft Grimma wird versucht, den Tarifvertrag zu umgehen. Dieser Verband fordert seine Mitglieder durch Rundschreiben auf, den in Kost und Logis stehenden Arbeitern und Arbeiterinnen den im Tarif vereinbarten Erntezuschlag von 15 Prozent nicht zu bezahlen.

In der Begründung weisen die Arbeitgeberverbandsleute darauf hin, daß der Erntezuschlag ohne ihr Beisein in den Tarif gebracht worden wäre. Das ist eine lahme und falsche Ausrede. Es sei hiermit festgestellt, daß die Unterhändler des Arbeitgeberverbandes bei der Behandlung dieser Tarifposition im Saale anwesend waren. Wenn sie sich jetzt nicht mehr daran erinnern können, müssen sie geradezu geschlafen haben. Mit dem Vorgehen versuchen die Unternehmer nur, auf Um- und Schleichwegen den Tarif zu umgehen.

Alle Landarbeiter und Landarbeiterinnen werden aufgefordert, die Zahlung des 15prozentigen Erntezuschlags zu verlangen. Wenn sich die Landwirte weigern, dem Verlangen nachzukommen, dann bitten wir, den Deutschen Landarbeiterverband davon in Kenntnis zu setzen.

Deutscher Landarbeiterverband.

Bezirksverband Grimma.

Freitag und Sonnabend, den 10. und 11. September 1920, kommen 150 Gramm Frischfleisch — für Kinder 75 Gramm — und 50 Gramm hiesiges Schweinefleisch — für Kinder 25 Gramm — zur Verteilung. Der Preis für 50 Gramm Schweinefleisch beträgt 91 Pfg. und für 25 Gramm 45 Pfg.

Briefkasten der Redaktion.

Sch., Taucha. Die Frau, von der Sie den Gegenstand gekauft haben, muß auch einen Teil der Reinigungskosten bezahlen.

W. H., Markranstädt. Sie haben keinen Anspruch auf das höhere Krankengeld.

A. B. Z. Versuchen Sie doch, mit der Eisenbahnverwaltung in Verbindung zu treten. 2 Mk. für die Parteikasse.

A. D., Wiesen. 80 Mk. wöchentlich. 1 Mk. für die Parteikasse.

Fr. Schl. 100. Die Amnestie sichert Straffreiheit für hochverräterische Unternehmen zu, ausgenommen für Führer und Urheber. Das Gesetz gewährt dem Ermessen der Regierung und den Justizbehörden sehr weiten Spielraum. Sie bestimmen, auf welche Personen und zum Teil auch Straftaten die Amnestie angewendet werden soll.

W. W. Das Gesetz ermächtigt die Gemeindebehörden zu diesen Eingriffen. Nach der Ordnung für Zivileinquartierung zwei Wohnräume. Versuchen Sie vorher eine gütliche Einigung. — 2 Mk. für die Parteikasse.

K. 100. 1. Ja. 2. Nein. Nachteile entstehen Ihnen nicht. Wenden Sie sich an den Demobilmachungskommissar bei der Kreishauptmannschaft.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200909/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Fernandra!

Fern Andra in ihrer einzig dastehenden Glanzrolle

Das **alleinige Erstaufführungs**-Recht für **Leipzig** der neuesten und **gesamten**

Fern-Andra-Serie 1920/21

aus der „Decla-Bioscop A.-G." hat **nur**

Königs-Pavillon Promenadenstr. 8 (Thomasring) u. **Kasino-Lichtspiele** Neumarkt

erworben, alle gegenteiligen Behauptungen beruhen auf Täuschung.

Der I. Film dieser Serie erscheint bereits **morgen Freitag, den 10. September,**

„Fern Andra" als Genuine in: „Die Tragödie eines seltsamen Hauses" 8 Akte

Auf **8 volle** Wochen im vornehmsten Lichtspielhause Berlins, „Marmor-Haus", im **Spielplan angesetzt!**

Fernandra!

Amtliche Bekanntmachungen.

Aus Anlaß der Garnbörse bleiben die Bibliothek und der Lesesaal der Handelskammer am Freitag, dem 10. September, geschlossen.

Leipzig, am 4. September 1920.

Die Handelskammer.

Schmidt, Vorsitzender. Dr. jur. Wendtland, Syndikus.

Butterverteilung.

1. Marke G 60 g Butter (2.25 Mk.).
2. Marke 18 für Kriegsgefangene 50 g Butter (1.90 Mk.).

Verbraucher: Markenabgabe bis 11. September. Abholung bis 20. September.

Kleinhändler: Bezugskarten-Entnahme 13. 9. (gelber Lieferschein). Abgabe der Bezugskarten B 195 13. 9.

Buttergroßhändler: Bezugsk.-Ablieferung 14. 9.

Ernährungsamt Leipzig, am 9. September 1920.

Ermäßigung des Strom- und Wasserpreises.

Entsprechend der vom 1. August an eingetretenen Ermäßigung des Preises für Rohbraunkohlen und Briketts wird der Strom- und Wasserpreis wie folgt festgesetzt:

1. Stromprreis:

Satz I Kraftstrom . . . . . 1.15 Mk. je kwh.
„ IIa Lichtstrom für gewerbliche Unternehmungen:
Niederer Preis . . . . 1.15 Mk. je kwh.
Sperrzeitpreis . . . . . 2.35 Mk. je kwh.
„ IIb Lichtstrom f. Wohnungen 1.45 Mk. je kwh.

2. Wasserpreis: 0.58 Mk. je cbm.

Die neuen Preise treten in Kraft mit Wirkung erstmalig für den Verbrauch, der auf den am 1. Oktober 1920 beginnenden Zählerablesungen beruht (Rechnung IV).

Leipzig, am 8. September 1920. B.-A. 301 A.

Der Rat der Stadt Leipzig.

Taucha. Gutscheine über je 19.— Mark werden einem Teil der Erwerbslosen ausgehändigt. Diese können in Taucha beim Kauf von Lebensmitteln, Wäsche, Kleidungsstücken sowie Feuerungsmaterial mit in Zahlung gegeben werden. Die hiesigen Geschäftsleute werden gebeten, die Gutscheine anzunehmen. Einlösung erfolgt innerhalb 3 Wochen an der Stadtkasse Taucha.

Der Rat der Stadt Taucha.

Sparkasse Wahren.

Geschäftszeit von 8 bis ½2 Uhr.

Kleiner Anzeiger

Arbeitsmarkt

Nebenverdienst sehr lohnend durch Empfehlung uni. bill. u. vorzüglichen Herren- und Damenstoffe in Bek.-Kreise Off. u. L.A. 1213 an Rudolf Mosse, Leipzig.

Hausierer, Straßenhändler, die lohn. Verdienst suchen, woll. sich meld. Leipzig, Vorstr. 15, Hof l.*

Geübte **Kleberinnen** für Bodenbeutel sofort gel. Harkortstr. 15, Hof rechts.*

Arbeiterin gesucht, aber nur solche, d. schon b. mir gearb. h. Paul Seliert, Spielwarenf. L.-Lind., MerseburgerStr. 82.

Aufwartung für Mittwoch u. Sonnabend früh und zum Waschen gesucht. Gohlis, Menckestraße 5, I. l.

Verkäufe

Zigarren aus überseeischen Tabaken Mk. 60.— pro 100 Stück Lieferung per Nachnahme. Artur Mühlpfordt, Merseburg.*

Rauchtabak ähnlich c. 100 gr nur 1.⅏; Zig.-Abfall c. 100 gr „ 3.⅏; Grobschnitt c. 100 gr „ 4.⅏; Mittelschnitt c. 100 gr „ 5.⅏; Rollen-Tabak c. 250 gr „ 18.⅏. Elsterstr. 3 und Gerberstr. 40.

Achtung! Händler! **Glühstrümpfe** kauft man billigst bei **Feist,** Rödelstraße 12. Der Weg lohnt [*

Schuhwaren solid u. elegant kauf. Sie bei **Christian Eichel,** Kleinzschocher, Dieskauerstraße 11. Eigen. Reparaturwerkstatt.*

Gelegenheitskauf! **Damenschuhe** schwarz braun 85 Mk. Nur solange Vorrat, 69 Dresdner Straße 69.*

Militär-Mäntel Hosen Stiefel billig zu verkf. **Wadewitz,** Windmühlenstr. 33, I. [*

Billig. Gelegenheitskäufe aller Art; neue u. getragene Herrengarderobe, Militär-Sachen, Schuhe u. Stiefel, Wäsche verkauft [* **Walter Fritzsche** L.-Rd., Frommannstr. 12, Lad.

Bill. neue Sportanzüge Jackettanzug v. 200 Mk. an zu verkaufen. **Wadewitz,** Windmühlenstr. 33, I. [*

2 eleg. Frauenanzüge Ia. Stoff sehr bill. z. vk. Lange Str. 10, I.*

Gehrock, Cutaw., Smok., hll. u. dnkl., Jackenanz., S.- u. W.-Val., Ulst., Rubanz., 3-6j. Jüngl.-Anz., gestr. Hose, kräft. Arb.-Hos., Deck. Schuhe u. verich.* Windmühlstr. 32, Sab. A. IV. r.

Ulster, fast neu, zu verkauf. Kohlgartenstraße 42, 3. ptr.

KAUF HAUS

BRÜHL

Lebensmittel

Bohnen, weiße Rangoon	Pfd.	1.35
Erbsen, grüne	„	2.00
Erbsen, halbe gesch.	„	2.60
Zucker-Erbsen	„	2.40
Linsen, Thüringer	„	4.40
Speisesalz	10 Pfd.	2.50
Bruch-Reis	Pfd.	4.50 - 4.20
Voll-Reis – Rangoon	Pfd.	4.80
Kaffee-Ersatz	„	1.80
Kathreiners Malzkaffee	Paket	4.50
Kindernähr-Zwieback	Paket 10 Stück	1.70
Speise-Schokolade	Tafel 50 g	2.95
Vanille-Schokolade	Tafel 100 g	4.60
Nuß-Schokolade mit ganzen Nüssen	Tafel 100 g	5.75
K. A.-Seife Doppelstück,	circa 100 g	40 ₰
Feine Rasier-Seife	circa 50 g	1.90
Reine Fein-Seife	circa 100 g	3.50
Reine Kern-Seife	Doppelstück, circa 300 g	6.50
Seifenpulver rote Beutel	1 Pfd.	3.80
Hochwertiges Seifenpulver	1 Pfd.	4.20
Bleichsoda	circa 1 Pfd.	1.60

In Arbeitshosen Manchester-Hosen, Winter-Paletots, Ueberziehpelze vk. N., Frommannstr. 12, Lad.*

Neu. u. getrg. Sachen, 2 Plattböcke, 2 Tafeln, 1 Gasplatte u. 1 Treppenleiter bill. zu verk. A. Zschernitz, Bayerische Str. 83

Verkaufe sofort: 3 Jackett-, 2 Gehrock- u. Cutawayanzüge, mehr. Herbst- u. Winterüberz., Mil.-Rock u. -Hose, alles guter Stoff, billig. Lange Str. 10, I.*

2 Knabenanz., 10-12j., à 15.⅏, eleg. Sommer- u. Winterhut f. 1. M. 20.⅏, Sommerblui. usw. verk. billig Südstr. 59, III. r.

Neue Mil.-Bluse u. -Schuhe, 28. Ang. Spichernstr. 1d, II. M.

Mäntel, Kostüme, Jacketts, Kleider vrk. bill., neu u. gebr., W. Lorn, Bayerische Str. 13, I.*

Bettwäsche 1 Bezug und 2 Kissen [* ⅏ 164.—, 210.—, 224.—, 253.— **Kühn, Leutzsch, Hauptstr. 20.**

1 Unterbett vk. Kochstr. 5, II. r.

Damenmantel, dunkelblau, mittl. Fig. Ludwigstr. 20 I. M.

Kleiderschrank billig zu verkaufen Zeitzer Str. 38, II. lks.

Kleiderschrk., 2 Polsterstühle zu vk. Kolonnadenstr. 19 I. l.

Kleiderschrk., guterh., Bert., à 380 ⅏ Plag., Schmiedestr. 7 p.

Kldrschrk., Küche, Bttst. m. M., Tisch b. Bo., Natalienst. 19, p. l.

Küche, Ausziehtisch, Schrank vk. Li., Gutsmuthsst. 10, II. l.*

Kücheneinr., Sofa, Chais. 150, z. vk. Reud., Kapellenstr. 9a, p.

Bert. u. Schrk., echt nußb., 725, hell. Kldrschrk. 380, Bert. 300, Spieg. m. Schr. 250, Sofatl. 65, 4 Rhrst., Auszieht., sch. Wanduhr 120, Wascht. m. Marm. 230, Küchenschrk 200, Federb. 100, tl. Ledersofa f. Küche 95, versch. Sophienst 2 l. r., a. Volkshaus

Sofa, Chais., 2 Ref.-Betten vk. Reud., Unt. Münsterstr. 8, p. r.

Chaiselongue, Sofa, Bettstelle m. M. Grimmer, Konradstr. 33b, pt.

Waschtisch m. Marmorpl. gbr., b. z. vk. Lothringer Str. 87, p. l.

Wäsche, Herren- u. Damen-Garderobe, Schuhe, Gardinen und alles andere kauft **Brecher, Gerberstr. 43, Tel. 2856.***

Felle-Einkauf. Trotz rückgängiger Konjunktur bin ich nach wie vor Käufer sämtlicher Sorten roher Häute und Felle zu Tagespreisen. **Albin Wagner,** Querstraße 27. [*

2 Komm., Bettst. m. M., Tisch, Stühle Zeitzer Straße 38, II. l.

2 Bettstellen m. Matr. f. 400.⅏ z. verk. Schenkendorfstr. 39, p.

Bettstelle m. Matratze bill. z. vk. Möckernsche Str. 10, H. I. r.

Bttst. m. M. 210, sch. 2t. Kldschr. 300, Spieg. (gr.) m. Schrk. 160, Sofa 300, vk. Ewaldstr. 17, p.

Kind.-Gitterbett m. M., nuth., 160 ⅏, Waschst. m. Spieg. 180 ⅏, Plgw., MerseburgerSt. 2, II. r.

Sing.-Nähmasch., guterh., sch. Grammoph. m. Pl. vk. b. Brettschneider, MerseburgerStr. 2.

Nähmaschine, guterh., vk. bill. Anger, Spichernstr. 1d, II. M.

Gebr. Fahrräder Gr. Fleischergasse 22, Lad.

Fahrräder 1. Mark. neu u. wie neu vorgerücht., für Herren, Dam. u. Kinder **Decken u. Schläuche** Riesenausw., allerbill. Pr. **Beyer** Rauchfänger Steinweg 33.

Fahrrad m. neu. Gummi verk. Trübl., Markt 2, IV.*

Herren-Rad mit Freilauf zu verkaufen Sidonienstr. 31, II.

Herren-Rad, eleg., 10 Kisten, 1 m × 1 m, vk. Ewaldstr. 17, p.

Herren- und Damen-Rad zu verkaufen Webergasse 8, I. r.

Fahrrad, Straßenr., Schlauchrett., wg. Krankh. prsw. z. vk. Michel, Tauchaer St. 24, Rest.

Decken u. Schläuche Riesenauswahl, Decke 80 ⅏, Schlauch 28 ⅏, Gebirgsreifen und Ia Fabrikate billigst.* Gr. Fleischergasse 22, Lad.

Kinderwagen mit Gu., mod., Fahrrad m. Gummi verkauft Wolf, Sternwartenstr. 30, L.*

Korb-Kinderwagen billig zu verkaufen Delmann, Neuschönef., Marthastr. 17, Hth. I.

Korb-Kinderwagen, gebr., b. z. vk. Li., Demmeringst. 93, II. r.

Tal.-Kinderwg., eleg., 250 ⅏, Klappsportwg. 50, Kdrkloppst. 60 Plgw., MerseburgerSt. 2, II. r.

Klappwagen m. Verdeck, fast neu, Li., Nietschelstr. 37, I. l.

Hobelbank, gebr., klein, billig vkfl. Li., Calvisiusstr. 22a, I. r.

Sofagestelle u. 1 Wint.-Jack. bill. z. vk. Li., Hebelstr. 26, II. r.

Billiger Gelegenheitskauf! 200 Qm Kiefern-Bretter, 2 u. 3 m lang à m 20 u. 22 Mk. zu verkaufen. Kleinzschocher, Albersdorfer Str. 18, II. M. l.

Zaunlatten Riegel, Säulen in Holz l. bill. **G. Georg Poppe,** Wurzner St. 136, Tel. 60758.

Melkziege u. Kaninchen z. vk. Leutzsch, Barnecker Str. 34, I. r.

Schäferhund, schön gez., ½ J., Kanarienhahn m. Ständer u. Bauer, Merseburg. Str. 2, II. r.

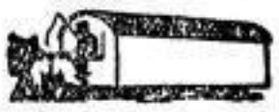
Verschiedene Anzeigen

Uhrmacher Urban Spezialist für Reparaturen Leipzig, Wächterstraße 26.*

Rat und Beistand Ehe- u. Familien Gnadengesuche! Grat. Grimm, Steinweg 14.*

Sämtl. Waschefäße, die bis Sonnab., d. 11., nicht abgeholt sind, werd. verkauft Schlegel, Böttcher, Reitzenhainer St. 41

Tausche Ulster geg. Anzug od. Schuhe, Eisenbahnst. 84, IV. M.



Möbeltransporte Hans Eittner Gegr. 1866.* Leipzig, Kaiserstr. 1113. **Stadt- und Fern-Transporte.** Nur gute Ausführung. Aufbewahrung. Fernruf 13500 u. 20310.

Wohnungen

Leeres Zimmer a. ält. unabh. Frau, m. d. Wirtsch. m. bel., z. v. 3. m. abds. 6 Eutbraer St. 30, p.

Suche möbl. Zimmer, westl. Zentr. bevorz. Off. m. Pr. u. V. 28 a. d. Fil. Zeitzer Str. 32.

Unst. Frl. sucht leeres Zimmer mit Kochgelegenh. Connew., Döltzer Str. 2, p. r. Täsner.

1 geräh. od. 2 II. Zim., leer od. teilw. möbl., m. Kochgel. gel. Off. V. 29 Fil. Zeitzer Str. 32.

Junge Leute suchen sofort od. spät. Stube u. Kammer. Off. u. O. T. a. d. Fil. Obermannstr. 1.

Tausche 2 Stuben, Ka., Kü. u. Zubeh. in Miltitz geg. ähnl. i. Lind., Plagw. od. Zschoch, Groß-Miltitz b. Leipz. 37, I.

Tausche Wohn., 2 Stub., Ka., Kü. m. Hausmannspost. geg. St. 2 Ka. u. Kü. ohne Hausm. Sellerh., Torgauer Str. 4, III.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200909/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Unsere Partei und die 3. Internationale.

Von Walter Stoecker.

I.

Nach der Rückkehr unserer Delegation aus Rußland hat die Debatte über die Internationale gleich mit aller Schärfe eingesetzt. Das ist gut so, trägt sie doch wesentlich zur Klärung bei. Vorausschicken möchte ich gleich, daß unsre Genossen an die Behandlung und Erörterung der Fragen der Internationale nicht nur mit **dem sonst bei uns üblichen deutschen Gesichtskreis und deutschen Horizont** herangehen dürfen, sondern mit dem ehrlichen Bestreben, diese Fragen in ihrem ganzen internationalen Zusammenhang und in ihrer internationalen Bedeutung zu erkennen und zu verstehen.

Der Moskauer Kongreß der dritten kommunistischen Internationale wird durch seine Beschlüsse zu fast allen wichtigen politischen Fragen auf die Entwicklung der gesamten proletarisch-internationalen Bewegung ohne Zweifel einen gewaltigen Einfluß ausüben. Nachdem der Gründungskongreß im vergangenen Jahre die tragenden Leitgedanken grundsätzlicher Art festgestellt und die klare revolutionäre Losung des Sturzes der Weltbourgeoisie durch die proletarische Diktatur den Arbeitern aller Länder zugerufen hatte, nahm der zweite Kongreß zu fast allen aktuellen taktischen Fragen Stellung (Rolle der Partei, Parlamentarismus, Gewerkschaftsfrage, Agrarfrage, National- und Kolonialfrage), und zwar in einer Weise, die völlig den **Grundsätzen des revolutionären Marxismus entspricht.** Der Einwand, der mir noch auf dem Leipziger Parteitag entgegengehalten wurde, daß die dritte Internationale stark syndikalistisch orientiert sei, den ich schon damals zerpflückte, hat jetzt auch jeden Schein von Berechtigung verloren.

Auf den vom Genossen Crispien angekündigten Nachweis, daß „manches der beschlossenen Leitsätze von einem revolutionären Sozialisten teils als unmarxistisch, teils als opportunistisch abgelehnt werden muß", bin ich wirklich gespannt. Ich erkläre ausdrücklich, daß auch nicht ein Satz der gesamten Leitsätze theoretischer und taktischer Natur von einem revolutionären Marxisten abgelehnt werden muß. (Auf die beschlossenen Aufnahmebedingungen werde ich besonders eingehen.) Im Gegenteil, es ist das große Verdienst des zweiten Kongresses der kommunistischen Internationale, daß er eine klare Absage richtet nicht nur an alle reformistisch-opportunistisch-kleinbürgerlichen Ideen, sondern ebenso scharf und entschieden auch an alle syndikalistisch-anarchistischen Gedankengänge, daß er in allen Fragen die klare Linie des revolutionären Marxismus fest einhielt und auch in seinen gesamten Beratungen durchaus von diesem Geiste beherrscht war.

Besonders erfreulich ist es, daß der Kongreß klar und unzweideutig zur Kolonialfrage Stellung genommen und die angeschlossenen Parteien verpflichtet hat, die revolutionären Selbständigkeitsbestrebungen der Kolonialvölker mit allen Kräften zu unterstützen; eine Frage, um die sich die zweite Internationale und die ihr angeschlossenen Parteien wegen ihrer teilweisen imperialistischen Orientierung stets herumgedrückt haben. Haben doch damals die Holländer, Engländer und Franzosen in der Kolonialfrage, insbesondere natürlich in der Politik gegenüber ihren „eigenen" Kolonien, meist eine schwankende Stellung eingenommen, Vorzeichen des dann im Jahre 1914 eingetretenen katastrophalen Zusammenbruches der zweiten Internationale. Gerade in dieser Frage zeigt sich der große Gegensatz zwischen der reformistisch-opportunistischen zweiten Internationale, die in dieser Hinsicht sich auf einige nichtssagende Resolutionen beschränkte, im übrigen aber in den einzelnen Sektionen alles gehen und geschehen ließ und kein Auge hatte für den imperialistischen und nationalistischen Geist ihrer Parteien; auf der andern Seite die revolutionäre dritte kommunistische Internationale, die alle angeschlossenen Sektionen verpflichtet, in der Kolonialfrage nicht nur die vom Kongreß beschlossenen Thesen anzuerkennen, sondern auch selbst klar Stellung zu nehmen und vor allem auch praktisch daraus die erforderlichen Konsequenzen zu ziehen und dementsprechend zu handeln und tätig zu sein.

In den Leitsätzen zur Nationalfrage beschloß der Moskauer Kongreß ferner eine erfreuliche Kampfansage an jeden **kleinbürgerlichen Sonn- und Feiertags-Internationalismus und Pazifismus** mit all seinen schönen Phrasen, der heute bei den Scheidemännern und Nationalsozialisten aller Länder wieder in heller Blüte steht. Die Moskauer Thesen zerreißen rücksichtslos den Schleier dieser schönen Friedensbüste mit ihren Oelpalmen, zerstören erbarmungslos alle schönen pazifistischen Illusionen und rufen dem internationalen Proletariat zu, daß es nur durch den unerbittlichsten und opferreichsten Kampf mit allen Mitteln, auch mit den Waffen in der Hand, die in ihrer Profitgier herzlose und brutale Weltbourgeoisie niederringen wird. Die kommunistische Internationale stellt an die Spitze ihrer Thesen die Feststellung, daß wir in die Phase des internationalen Bürgerkrieges und des unmittelbaren Machtkampfes um die revolutionäre proletarische Diktatur zur Niederwerfung der Bourgeoisie eingetreten sind. Daher will denn auch die dritte Internationale nicht mehr eine nur propagandistisch tätige, lose Vereinigung sein, sondern „eine geschlossene und straff zentralisierte internationale Kampforganisation des revolutionären Weltproletariats. Allen internationalistischen Schönrednern sagt die beschlossene These zur Nationalfrage: „Gegenüber dem kleinbürgerlichen Nationalismus fordert der proletarische Internationalismus die Unterordnung der Interessen des proletarischen Kampfes des einen Landes unter die Interessen dieses Kampfes im Weltmaßstabe."

So will die dritte Internationale das werden, was uns revolutionären Marxisten seit langem, insbesondere aber während des Weltkrieges (Persönliche Bemerkung: Ich lehne es ab, auf die Dreckspritzer unanständiger Vorwärtsjournalisten einzugehen.) als Ziel vorgeschwebt hat: Die machtvolle Weltorganisation der revolutionären Proletarier aller Länder, die wirklich auch zum Kampf gegen das Weltkapital und gegen die Weltbourgeoisie entschlossen sind, der internationale Generalstab aller nationalen proletarischen Armeen, der alle bisher so sehr zersplitterten Kräfte des Weltproletariats einheitlich zusammenfaßt und eine Kampforganisation im wahrsten Sinne des Wortes ist: die Internationale der Tat, die auch das deutsche Proletariat in seinem Befreiungskampf so dringend bedarf.

Und daß die dritte Internationale das wird, daran zweifle ich nicht einen Augenblick, nachdem wir nicht nur durch die Beteiligung an dem Moskauer Kongreß einen tiefen Einblick in das Wesen dieser Internationale tun konnten, sondern auch sonst in den vier Wochen unsres Aufenthalts in Rußland sehr viel gelernt haben. Da die kommunistische Internationale sich eine so klare marxistische Plattform geschaffen hat und ein großer Teil der revolutionären Vorhut des internationalen Proletariats ihr bereits angeschlossen ist, wie die Russen, Italiener, Norweger, Bulgaren, Jugoslaven, Griechen, als große Parteien ihrer Länder, ferner auch die kommunistischen Parteien Englands, Finnlands, Polens, Oesterreichs, Amerikas, Javans usw., weiter die Linkssozialisten Schwedens, unterliegt es für mich keinem Zweifel, daß sich der dritten Internationale weiter in Kürze anschließen werden, die sozialistische Partei Frankreichs (nach den Erklärungen, die uns die Genossen Cachin und Frossard in Moskau gemacht haben und nach ihrer Haltung nach ihrer Rückkehr in Frankreich ist daran gar nicht zu zweifeln), die allerdings erst einen Abklärungsprozeß durchmachen wird, da sie noch ausgesprochene National- und Reformsozialisten wie Thomas, Renaudel usw. in ihren **Reihen hat; ferner der revolutionäre Teil des Schweizer Proletariats,** das heißt die große Mehrheit der bisherigen sozialdemokratischen Partei der Schweiz. Angesichts all dieser Tatsachen bin ich der Ansicht, daß sich unsre Partei sobald als möglich der dritten Internationale anschließen muß. Es ist nun nur zu verständlich, daß nach den heurigen Erfahrungen, die wir mit der elend zusammengeborstenen zweiten Internationale gemacht haben, daß bei der internationalen Lage, die uns jeden Tag vor neue imperialistisch-kriegerische Konflikte, vor neue Situationen des internationalen Bürgerkrieges stellen kann, die kommunistische Internationale bei der Aufnahme neuer Parteien sehr vorsichtig geworden ist und eine Reihe von Aufnahmebedingungen gestellt hat. Will doch die dritte Internationale die Proletarier aller Länder vor einer zweiten so schmerzvollen Enttäuschung bewahren, wie wir alle sie in dem Augustmonat des Jahres 1914 erlebt haben, will sie doch als wahre Kampforganisation dessen gewiß sein, daß sie sich in neuen für die Weltrevolution entscheidenden Tagen auf alle ihre Glieder fest verlassen kann.

Die Aufnahmebedingungen seien in einem zweiten Artikel behandelt. Um jedoch keinem Genossen schon heute darüber irgendeinen Zweifel zu lassen, erkläre ich, daß Genosse Däumig und ich fest entschlossen sind, mit aller Energie und aller Entschiedenheit für den Anschluß unsrer Partei an die dritte Internationale unter den festgesetzten Bedingungen zu kämpfen. Wenn wir bei den kommenden notwendigen Auseinandersetzungen einen Wunsch haben, so ist es der, daß sie in durchaus sachlichem Geist gehalten werden, damit die in unsrer Partei stehenden Proletariermassen auch nach sachlichen Gesichtspunkten ihre Entscheidung treffen können.

Richtlinien für die Waffenablieferung

Die Regierung gibt bekannt:

1. Wer muß abliefern?

Zur Ablieferung ist jedermann verpflichtet, der Militärwaffen in seinem Besitz hat. Von der Ablieferungspflicht ausgenommen sind lediglich die Angehörigen der Reichswehr, der Sicherheitspolizei und diejenigen Beamten, die die Waffen zur Ausübung ihres Berufes führen. Der **Besitz eines Waffenscheins oder Jagdscheins entbindet nicht von der Ablieferungspflicht.**

2. Wo müssen die Waffen abgeliefert werden?

Die Waffen müssen bei den von den Gemeindebehörden jeden Ortes eingerichteten Ablieferungsstellen abgeliefert werden, deren Unterbringung in ortsüblicher Weise bekanntgegeben wird.

3. Wann muß abgeliefert werden?

Die Zeit der freiwilligen und straffreien Ablieferung erstreckt sich vom 15. September bis 1. November 1920.

4. Wer erhält eine Prämie?

Eine Prämie erhält derjenige, der in der Zeit vom 15. September bis zum 20. Oktober Militärwaffen oder Munition abliefert. Die Prämie wird pro Stück der abgelieferten Waffen- oder Munitionsart bei der Ablieferung sofort bar bezahlt nach einem Tarif, der noch allgemein bekanntgegeben wird.

Um eine beschleunigte Ablieferung herbeizuführen, werden die ausgesetzten Stückprämien vom 15. September bis 10. Oktober einschließlich in voller Höhe, vom 11. Oktober bis 20. Oktober einschließlich nur zur Hälfte gewährt werden. Vom 21. Oktober bis 1. November werden die Waffen lediglich angenommen, eine Prämie kommt jedoch nicht mehr zur Auszahlung.

5. Wie wird abgeliefert?

Es ist nicht erforderlich, daß der Besitzer seine Waffe selbst abliefert. Die Person des Abgebenden wird nicht festgestellt, eine Legitimation wird nicht verlangt. Es ist deshalb auch ohne Belang, ob die Ablieferung in der Heimatgemeinde oder an einem andern Orte geschieht.

6. Für wen gilt die Straffreiheit?

Das Gesetz sichert jedermann, der in der Zeit vom 15. September bis 1. November Militärwaffen abliefert, oder der vorgeschriebenen Anmeldepflicht nachkommt, Straffreiheit zu wegen unbefugter Aneignung sowie Zuwiderhandlung gegen bisher erlassene Vorschriften über die Waffenabgabe.

7. Was geschieht mit den abgelieferten Waffen?

Die abgelieferten Waffen werden bei der Ablieferung sofort im Beisein des Ueberbringers von einem Beauftragten der Ablieferungsstelle unbrauchbar gemacht. Sie werden sodann unter ständiger Aufsicht abtransportiert und der Vernichtung in den Verschrotungsanstalten zugeführt.

8. Wer unterliegt der Anmeldepflicht?

Der Anmeldepflicht unterliegen Vereinigungen, die selbst oder deren Mitglieder in dieser Eigenschaft Militärwaffen oder Munition im Besitz oder Gewahrsam haben. Die Vorstände oder Leitungen solcher Vereinigungen sind verpflichtet, bis zum 1. Oktober 1920 bei den zuständigen Landes- bezw. Bezirkskommissaren Meldung zu erstatten unter Angabe des Ortes und der Art der Unterbringung, sowie ihrer Zahl und Art. Ort und Zeitpunkt der Ablieferung bestimmt in diesem Falle der Reichskommissar.

Der gleichen Anmeldepflicht unterliegen Lager von Militärwaffen, die sich im Besitz oder Gewahrsam von Privatpersonen oder Firmen befinden. Als Waffenlager gelten nach dem Gesetz: a) bei Geschützen, Minenwerfern, Flammenwerfern, Maschinengewehren oder Maschinenpistolen insgesamt 1 Stück, b) bei Gewehren oder Karabinern, bei Handgranaten oder Gewehrgranaten insgesamt 10 Stück. — Als Munitionslager gelten: a) bei Geschütz- und Minenwerfermunition 20 Schuß, b) bei Handwaffenmunition 500 Patronen. Auch in diesem Falle hat die Anmeldung unter Angabe von Art und Zahl, sowie des Ortes und der Art der Unterbringung der Waffen bis zum 1. Oktober 1920 bei den zuständigen Landes- bezw. Bezirkskommissaren zu erfolgen. Für diese Waffenlager von Privatpersonen und Firmen besteht neben der Anmeldepflicht die allgemein vorgeschriebene Ablieferungspflicht bis zum 1. November 1920.

9. Auf wen erstreckt sich die Anzeigepflicht?

Jedermann, der von Waffen- und Munitionslagern (vergleiche vorausgehenden Absatz) Kenntnis hat oder erhält, ist verpflichtet, unverzüglich dem zuständigen Landes- bezw. Bezirkskommissar mit Angabe des Ortes und der ungefähren Größe des Lagers sowie des Besitzers oder Gewahrsamsinhabers Anzeige zu erstatten.

10. Was geschieht mit widerrechtlich nicht abgelieferten Militärwaffen?

Militärwaffen, welche nicht innerhalb der festgesetzten Fristen angemeldet oder abgeliefert werden, sind vom Reichskommissar oder den von ihm bestimmten Stellen ohne Entschädigung als dem Reich verfallen zu erklären.

11. Wen treffen die Strafbestimmungen des Gesetzes?

Mit Gefängnis nicht unter drei Monaten, mit Geldstrafe bis zu 300 000 Mk., in besonders schweren Fällen mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren wird bestraft:

1. wer nach dem 1. November Militärwaffen unbefugt in Gewahrsam hat oder der ihm obliegenden Anmeldepflicht bis zum 1. Oktober nicht nachgekommen ist. (Als Inhaber des Gewahrsams gilt auch der, in dessen Wohnung, Gebäude, auf dessen Grund und Boden oder Schiff sich Militärwaffen mit seinem Wissen befinden.)
2. wer den vom Reichskommissar oder den Landes- bezw. Bezirkskommissaren auf Grund des Entwaffnungsgesetzes erlassenen Anordnungen zuwiderhandelt,
3. wer seiner Anzeigepflicht nicht nachkommt,
4. wer nach Inkrafttreten des Entwaffnungsgesetzes ohne Genehmigung des Reichskommissars Militärwaffen herstellt, anbietet, feilhält, veräußert, erwirbt oder ihre Veräußerung und ihren Erwerb vermittelt,
5. wer öffentlich vor einer Menschenmenge oder wer durch Verbreitung oder öffentlichen Anschlag oder öffentliche Schaustellung von Schriften oder andern Darstellungen zum Ungehorsam gegen das Entwaffnungsgesetz oder die auf Grund des Entwaffnungsgesetzes erlassenen Anordnungen des Reichskommissars auffordert.

Nationalbolschewismus.

Man schreibt uns aus Ostpreußen:

Es klingt unglaublich und man stellt es immer wieder kopfschüttelnd fest: die ostpreußischen Weißgardisten schwärmen für die Bolschewiki. Die treuesten Anhänger des Heimatdienstes und der antibolschewistischen Liga, die Baltikumer, die Kappisten — sind heute für die russischen Proletarier, deren deutsche Brüder sie hundertmal niedergeschmettert haben. Sie sind es nicht etwa vereinzelt, sie sind es alle: die Reichswehr, die Sicherheitswehr, die armen, unaufgeklärten ostpreußischen Landjungens, die verhetzt durch ihre Offiziere, von Dummheit zu Dummheit, von Verbrechen zu Verbrechen taumeln.

Die Bourgeoisie in den Städten ist in einer perversen Kriecherei immer für die gerade Erfolgreichen. Sie war für die Bolschewisten, solange die Russen vorrückten, und sie ist mit bewunderungswürdiger Ordnung wieder in die antibolschewistische Front eingeschwenkt, da die Polen Erfolge haben. Die ostpreußischen Blättchen, die ich hier allein zu Gesicht bekomme und von denen ich mit Sicherheit annehmen kann, daß sie immer noch abschreiben, malen nach kurzer Unterbrechung mit den kaum eingetrockneten Farben die berühmten Gefahren des Bolschewismus, und die rote Armee ist nach zwei Wochen Bewunderung wieder das zerlumpte Gespenst mit der propagandistischen Ansteckungsgefahr. Man schreit stärker als je nach Soldaten, Einwohnerwehr, Selbstschutz — wer kennt die Namen.

Aber man schimpft nicht nur auf die Bolschewiki, man schimpft womöglich noch lauter auf die Polen. Denn trotz der erneuten ängstlichen Wut gegen Sowjet-Rußland ist die Bourgeoisie nicht polenfreundlich, sondern die polnischen Erfolge sind lediglich die Ursache der Abwendung von den Russen. Es herrscht sogar eine förmlich tollhäuslerische Erbitterung gegen Polen, die mit allen Mitteln entfesselter nationalistischer Instinkte gespeist wird.

Diese Erbitterung ist der Grund, warum die Weißgardisten und andere geistig Minderwertige bolschewikifreundlich geworden sind. Diese Leute, die vom Kriege leben, wittern Gelegenheit zur Betätigung, die eine angenehme Abwechselung in dem ständigen Vergnügen, auf Arbeiter zu schießen, bieten könnte. Sicher haben die Polen im Abstimmungsgebiet sich eine Anzahl unverschämter Uebergriffe zuschulden kommen lassen, und in dem nach dem Abzug der Russen wieder besetzten, ehemals deutschen Land sollen, ich kann es nicht prüfen, alle Greuel des losgelassenen Militarismus hausen; sicher ist der Versailler Friede ein brennendes Unrecht und durch die Schaffung des Korridors besonders für Ostpreußen fühlbar. Aber der Antrieb unserer frischgebackenen Nationalbolschewisten ist im Grunde doch nichts als eine jämmerliche Freude am Blutgeschäft.

Die Naivität, mit der diese Männer Politik treiben, ist dabei wahrhaft erschütternd. Ich habe mit einer ganzen Anzahl Offiziere und Soldaten gesprochen, und immer fand ich jene unklare Verirrtheit, die die Metzeleien unter dem Proletariat in eine fürchterliche Beleuchtung rückt. Ihre ganze politische Auffassung ist eine Rangfrage, bei der gehorcht wird, ohne zu fragen. Irgend ein höherer Offizier, der sich veranlaßt fühlt, eine gelesene Dummheit in die Tat umzusetzen, kommandiert — und es entsteht ein Kapp-Putsch oder ein anderes Attentat auf das deutsche Proletariat.

Genau so ist es mit dem Nationalbolschewismus. Keine der Personen, mit denen ich mich unterhielt, war in der Lage, mir eine Ansicht über die Folgen einer neuen kriegerischen Aktion zu sagen. Die Offiziere versuchten ein bißchen Intelligenz vorzutäuschen, indem sie den jetzigen Zeitpunkt noch verfrüht hielten. Im übrigen schimpft man auf Polen und glaubt auf den gleichen Haß auch in den Kreisen der Arbeiterschaft spekulieren zu können. Beispielsweise erklärte mir ein Reichswehrsoldat im selben Atemzuge, man müsse Wilhelm zurückholen und mit den Bolschewiki zusammengehen; der Mann steht nicht so vereinzelt da, wie man vernünftigerweise annehmen sollte, und da die gestrigen Phrasen von „Ruhe und Ordnung" noch nicht vergessen sind, kann man die tollsten Auffassungen über die Zukunft Deutschlands hören.

Die Arbeiterschaft ist sich über die Ungeheuerlichkeit eines Zusammengehens mit ihren geschworenen Feinden völlig im klaren. So oft ich Gelegenheit hatte, mit Genossen zu sprechen, lehnen sie einmütig diese neueste Form des Wahnsinns ab, und es ist vorläufig so gut wie ausgeschlossen, daß es zu einem Bündnis zwischen Wolf und Lamm kommt. Aber es gibt doch auch unter den Proletarieren ein paar Wirrköpfe, die der Haß gegen Polen zu Verirrungen treibt. So fand ich unter einem Trupp übergetretener Rotgardisten einen deutschen Arbeiter, der hinübergegangen war, um gegen Polen zu kämpfen — nur darum, wie er mir erklärte, alles übrige sei im Augenblick Nebensache — und dessen kriegerische Laufbahn, noch bevor sie begonnen hatte, nun zu Ende war. Das sind, wie gesagt, Ausnahmefälle, aber es ist notwendig, den Kopf nicht in den Sand des Opportunismus zu stecken und rechtzeitig die Arbeiterschaft vor Dummheiten zu warnen, die ihr Verderben sein würden.

Kapitalistische Korruption und Presse.

In Köln schwebt ein Ermittlungsverfahren gegen die Firma Wilhelm Schmidding, die gewaltige Betrügereien zum Schaden des Fiskus begangen hat. Diesem Schmidding ist es fatal, daß unsre Parteipresse ihn an den Pranger stellt, und deshalb machte er den naiven Versuch, sie zu kaufen. Unser Kölner Parteiblatt schreibt darüber:

Vor einigen Tagen kam im Auftrage des Rechtsvertreters der Firma Schmidding, des Herrn Rechtsanwalts Dr. Legers, ein Herr auf die Geschäftsstelle der „Soz. Republik", Köln. Er brachte das Manuskript zu der bekannten Anzeige, die vor einigen Tagen in der gesamten bürgerlichen Presse Kölns veröffentlicht worden ist. Er **warf 1000 Mk. auf den Tisch** und ließ sie auch liegen. Zufällig war noch eine Reihe der Plakate Großer Bestechungsskandal Schmidding, in dem Zimmer. Er erkundigte sich nach dem **Preis** derselben, „damit die **Plakate nicht weiter verwendet würden**". Desgleichen wollte er die noch **vorrätigen Nummern unsrer Zeitungsausgabe,** in der wir die Schmidding-Affäre veröffentlicht hatten, **aufkaufen.** Erst nachträglich fiel es der Expedition auf, daß tags zuvor ein Laufmädchen der Firma Schmidding „für die dortigen Arbeiter" einen Pack Zeitungen abgeholt hatte. Dem Herrn wurde bedeutet, daß er zurückkommen solle, wenn der verantwortliche Redakteur da sei. Da das Geschäft also scheinbar abgewickelt war, erkundigte sich der betreffende Herr so nebenbei über die **finanzielle Lage unsrer Zeitung,** wobei er bemerkte, er könne **da vielleicht mit ein paar tausend Mark helfen,** was jedoch als rein persönliches Entgegenkommen aufgefaßt werden müsse und nicht in Verbindung mit der Schmidding-Affäre gebracht werden solle. Leider kam Reichstagsabgeordneter Fries dazwischen, der in solchen Fragen etwas zu offen ist. Das hatte nämlich zur Folge, daß der betreffende Herr nicht wiederkam und wir die Leistungsfähigkeit der Firma Schmidding nicht auf die Probe stellen konnten. Die 1000 Mk. wurden also zurückgeschickt, denn für uns bedeutete ihre Annahme eine moralische Bestechung. **Alle großen bürgerlichen Zeitungen Kölns brachten die Anzeige „Zum Fall Schmidding". Ob es ihnen erging wie uns, wissen wir**

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200909/9 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

nicht. Auf jeden Fall haben sie ein gutes Geschäft dabei gemacht. Den Zeilen nach gerechnet, hat es der Kölnischen Zeitung 1650 Mk., der Kölnischen Volkszeitung 1296 Mk. Annoncengebühren eingebracht. Vielleicht bestreben sich jetzt diese Firmen, ebenso wie Stadtanzeiger und Rheinische Volkswacht, ihren Lesern mitzuteilen, um was es sich bei dem Falle Schmidding eigentlich handelt, denn bis heute haben sie es noch nicht getan. Der Oeffentlichkeit aber überlassen wir es, sich ihre eigenen Gedanken über die bürgerliche Presse zu machen, wie wir es auch tun.

Internationale Stockung der Textilproduktion bei allgemeinem Webwarenmangel.

Trotz des gewaltigen Bedarfs an Textilien insbesondere Zentraleuropas und im minderen Grade auch der am Kriege beteiligt gewesenen Ententestaaten erzwingt die schleichende Weltwirtschaftskrise in der Textilindustrie aller Länder stets sich verschärfende Betriebseinschränkungen und -stillegungen. Besonders sinnenfällig wirkt sie in Nord-Amerika, dessen hoher Valutastand, als Folge seiner einzigartig günstigen Position während des Krieges, den meisten europäischen Ländern starke Bezugseinschränkungen auferlegt. Bereits im Frühjahr dieses Jahres war deshalb die bis dahin flott florierende Textilindustrie der Vereinigten Staaten zu Einschränkungen ihrer Produktion gezwungen, welcher Vorgang sich seitdem von Monat zu Monat schärfer ausprägt. Von 72,7 Millionen englischen Pfund verarbeiteter Wolle im Januar des Jahres sank die amerikanische Produktion bis auf eine Verarbeitungsziffer von 46 Millionen englischen Pfund Wolle im Juni. Anlaß zu dieser Entwicklung gab nicht nur der Mangel an neuen Aufträgen, sondern auch die umfangreiche Annullierung bereits erteilter. Die Arbeitszeit ist allgemein verkürzt worden, um Entlassungen größeren Umfanges zu vermeiden. Doch haben bereits eine Reihe von Fabriken ihre Betriebe völlig stillgelegt. Eine Besserung der Lage ist einstweilen noch nicht abzusehen.

Immer klarer erweist es sich auch an der Gestaltung der weltwirtschaftlichen Situation, daß ein Ausweg aus dem Sumpf der kapitalistisch-imperialistischen Entwicklung, in dem die Welt steckt, auf der bisherigen Produktionsgrundlage nicht mehr möglich ist.

Zur Ermordung des deutschen Konsuls in Persien.

Wie erinnerlich, hat die Ermordung des deutschen Konsuls Wustrow in Täbris in der Oeffentlichkeit seinerzeit großes Aufsehen und berechtigten Unwillen hervorgerufen. Die Verhandlungen mit der persischen Regierung zogen sich in die Länge, und eine Zeit lang schien es, als seien sie auf einem toten Punkt angelangt. Dieser Eindruck wurde verstärkt, als in Täbris ein neuerlicher Ueberfall auf das Deutsche Konsulat erfolgte.

Nunmehr scheinen beide Angelegenheiten einer Lösung in freundschaftlichem Geiste entgegenzugehen. Nach einer Meldung des deutschen Geschäftsträgers in Teheran hat der persische Minister des Aeußeren Moschar el Saltane einen offiziellen Besuch in der Deutschen Gesandtschaft abgestattet, um das aufrichtige und lebhafte Bedauern der Kaiserlich Persischen Regierung über die Vorfälle in Täbris zum Ausdruck zu bringen. Der Außenminister teilte dem Geschäftsträger mit, daß der bisherige Generalgouverneur von Täbris Ain el Daule abberufen und der neuernannte Generalgouverneur Möchbir el Saltane angewiesen sei, die Angelegenheit peinlichst zu untersuchen und die Schuldigen ausfindig zu machen.

Ferner hat der Berliner persische Geschäftsträger Abbas Khan, der den in der Schweiz weilenden persischen Gesandten vertritt, den Leiter des Auswärtigen Amtes Gesandten von Rosenberg im Auftrage seiner Regierung besucht. Er hat die gleiche Erklärung abgegeben wie der persische Außenminister in Teheran.

Die Sperrung der ungarischen Universitäten für Sozialisten und Juden.

Aus Budapest wird berichtet: Die Einschreibungen für das erste Semester des Schuljahrs 1920/21 beginnen an der Budapester Universität in den nächsten Tagen. Das Rektorat teilt nun in einer Kundmachung mit, daß jeder Student sich in Zukunft in einem schriftlichen **Gesuch um die Aufnahme bewerben** muß, und daß nur derjenige eingeschrieben werden kann, dessen Aufnahme gestattet worden ist. Den Gesuchen müssen folgende Dokumente beigelegt werden: 1. Taufschein oder Geburtszeugnis. 2. Reifezeugnis. 3. Ein behördliches Zeugnis über das Vorleben des Gesuchstellers, insbesondere über sein **Verhalten während der Diktatur des Proletariats.** Dieses Zeugnis wird in den Städten durch die Polizei, in den Gemeinden durch die Gemeindevorstehung ausgestellt. 4. Ein behördliches Zeugnis über die Beschäftigung und die Vermögenslage der Eltern, sowie darüber, seit welcher Zeit die Eltern in ihrem gegenwärtigen Wohnort wohnen, wo sie früher gewohnt und womit sie sich früher beschäftigt haben. 5. Derjenige, der Soldat war, muß den Nachweis erbringen, wieviel Zeit er im Militärdienst verbracht, bei welcher Formation und in welchem Range er war. Ferner ob er an der Front war und wie lange, in der Feuerlinie oder in einer anderen Einteilung. Es ist wünschenswert, daß die Gesuchsteller überdies auch ein **Zeugnis des Direktors jener Mittelschule** beilegen, in der sie die Reifeprüfung abgelegt haben, in welchem Zeugnis der Direktor über das **sittliche Verhalten des Gesuchstellers** sich eingehend äußert. Inzwischen dürfte auch der Gesetzentwurf der Regierung über den numerus clausus (Beschränkung der Zahl) durch die Gesetzgebung erledigt werden. Die Regierungspartei beschäftigte sich vor einigen Tagen mit diesem Gesetzentwurf und ein Mitglied der Partei, der frühere Rektor der Debreczener Universität, Ferdinand Bernolák beantragte wenigstens den Prozentsatz festzustellen, der bei der **Aufnahme der jüdischen Hörer** maßgebend sein soll, da sonst kein einziger Jude sich einschreiben lassen wird. Der Unterrichtsminister Stefan Haller erklärte, er könne auch diese Konzession nicht machen, denn er wolle auch für das nächste Jahr, so wie es heuer der Fall war, die Erledigung der Frage, wer als Hörer aufgenommen werden soll, dem Professorenkörper und der christlichnationalen Universitätsjugend anvertrauen. Diese Stellung des Ministers wirkte selbst auf zahlreiche angesehene Mitglieder der Regierungspartei peinlich, sodaß die Konferenz den Beschluß faßte, die Abstimmung über das Amendement Bernoláks freizugeben.

Die Teuerung im Auslande.

Das englische Arbeitsministerium hat festgestellt, daß die Steigerung der Preise für Nahrungsmittel in England von Juli 1914 bis Juli 1920 158 Prozent betragen hat. Die Kleinhandelspreise insgesamt (enthaltend auch die Preise für Licht, Heizung, Wohnung) haben sich um 152 Prozent erhöht. Die Indexzahl des „Economist", die den Durchschnitt von 1901/05 mit 100 einsetzt, ist für Juli 1920 358. — In Holland sind die Kosten für den Lebensunterhalt einer Arbeiterfamilie seit 1913 bisher um 111,5 Prozent für Ernährung, und um 103,8 Prozent für Kleidung, Wohnung usw. gestiegen. — In Italien ist eine durchschnittliche Verteuerung aller Waren von Juli 1914 bis Juni 1920 um 570 Prozent eingetreten. Getreide und Fleisch verteuerten sich um 366 Prozent, andere Lebensmittel um 480 Prozent und Textilwaren um 666 Prozent. — In den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist von Juli 1914 bis März 1920 eine Verteuerung der Lebenshaltung um 95 Prozent eingetreten. — In Japan (Tokio) waren die Lebensmittelpreise im Mai dieses Jahres um 166,4 Prozent höher als im selben Monat 1914.

Also Teuerung allenthalben. Wie schwer sie jeweils die Arbeiterschaft trifft, das hängt von den erreichten Lohnsteigerungen ab. Darüber liegen keine genauen Angaben vor, doch ist es wahrscheinlich, daß am schlechtesten die deutsche Arbeiterschaft abgeschnitten hat, da ihr Reallohn ganz erheblich gesunken ist.

Zur Trennung von Staat und Kirche.

Die vom Zentralkomitee eingesetzte Programmkommission für das Schul- und Bildungswesen hat den Parteigenossen einen Entwurf zur Auseinandersetzung des Staates mit der Kirche zur Diskussion unterbreitet, den die Leipziger Volkszeitung in Nr. 123 vom 2. Juli veröffentlichte. Der Entwurf baut sich auf die Forderung auf, die die Partei im Erfurter Programm 1891 niedergelegt hatte und macht Vorschläge, wie diese Forderungen in dem Uebergangsstadium zum sozialistischen Staat durchgeführt werden sollen. Mit dem Entwurf kann man sich im allgemeinen einverstanden erklären. Sehr wesentlich ist der Schluß des siebenten Absatzes, der allen Bewohnern der deutschen Republik gestattet, sich zu Religionsgesellschaften zusammenzuschließen und diese Religionsgesellschaften nicht mehr dem öffentlichen Recht, sondern dem allgemeinen Vereinsrecht unterstellt.

Der letzte Satz im Absatz 7 des Entwurfs lautet: „**Als Mitglieder gelten nur solche Personen beiderlei Geschlechtes, die sich nach Inkraftsetzung dieser Regelung zum Beitritt neu melden.**" Die Erfahrung in der neuen deutschen Republik zeigt, daß das Volk bei weitem noch nicht reif ist, um politisch zu handeln und die Vorteile, die ihm die Gesetze bieten, für sich anzuwenden. In Sachsen müßte nach dem Paragraph 2, Absatz 2 des Uebergangsgesetzes für das Volksschulwesen vom 22. Juli 1919 der Religionsunterricht aus der Volksschule verschwunden sein. Das sächsische Kultusministerium hat es aber unter dem demokratischen Minister Dr. Seyfert, einem Schulmann, fertiggebracht, vorzuschreiben, daß die Eltern eine schriftliche Erklärung abgeben müssen, wenn ihre Kinder vom Religionsunterricht befreit sein sollen. Was vorauszusehen war, ist eingetreten: aus Bequemlichkeit haben nur wenige Eltern diese Erklärung abgegeben und so wird noch heute eine große Zahl proletarischer Kinder in der Schule mit Religionsunterricht gefoltert, trotzdem oder gerade weil der größte Teil der Bevölkerung religiösen Fragen sehr gleichgültig gegenübersteht. Der größte Teil der Lehrer ist gegen den Religionsunterricht in der Schule, aber die Eltern versagen, weil sie zu bequem oder zu feig sind, die erforderliche Erklärung abzugeben. Unter diesen Bequemen befindet sich leider noch ein guter Teil politisch und gewerkschaftlich organisierter Arbeiter, der dadurch der fortschrittlich gerichteten Lehrerschaft in den Rücken fällt. Auf diesem Gebiet könnten unsre Genossen in den Elternräten sehr fruchtbringende Aufklärungsarbeit leisten.

Hätte das sächsische Kultusministerium vorgeschrieben, daß jeder Erzieher ausdrücklich erklären müßte, wenn das Kind am Religionsunterricht teilnehmen soll, dann wären diese Erklärungen ebenso dünn gesäet wie die jetzt vorgeschriebenen. Daher ist die Forderung des Entwurfs der Programmkommission, daß sich jeder zu seinem Religionsbedürfnis selbst anzumelden hat, und daß er auch dafür die Kosten zahlen muß, zu begrüßen.

Der Absatz 4 des Entwurfes lautet: „Keine Behörde darf eine Statistik oder sonstige Erhebungen über die konfessionelle Zugehörigkeit der Landesbewohner anstellen oder einen einzelnen nach seinem Glauben fragen." Den letzten Satz, daß keine Behörde einen einzelnen nach seinem Glauben fragen darf, wird jeder Sozialist unterschreiben. Aber der Forderung, daß keine Behörde über religiöse Sekten Statistiken und Erhebungen anstellen darf, kann man sehr skeptisch gegenüberstehen. Jede Behörde, gleichviel ob es Reich, Staat oder Gemeinde, muß wissen, was in ihrem Gemeinwesen vorgeht. Durch Statistiken wird doch nur für jedermann festgehalten, wie stark diese oder jene Gruppe ist, wieviel von dieser oder jenen Ware vorhanden ist. Zu jeder Aufklärung und zu jeder Belehrung wird heute die Arbeit des Statistikers mit herangezogen. Um allen Dogmatismus durch Aufklärung in Wort und Schrift zu bekämpfen, wird auch eine künftige Gesellschaft ohne Erhebungen über die Stärke konfessioneller Sekten nicht auskommen.

Der 5. Absatz lautet: „Kirchliche Feiertage werden nicht als gesetzliche anerkannt. Die Sonntage bleiben Ruhetage; Weihnachten, Ostern und Pfingsten bleiben mit je zwei Ruhetagen erhalten. Die Oster- und Pfingstfeiertage sind im Kalender festzulegen." Die Fassung dieses Absatzes kann verschieden ausgelegt werden. Man kann danach annehmen, daß es überhaupt keine anderen Ruhetage geben soll; die Unternehmer werden den Absatz so auslegen. Wir als Sozialisten haben keine Veranlassung, religiöse Feste zu erhalten, und kein Sozialist wird bisher die Festtage im religiösen Sinne gefeiert haben. Aber wir benutzen die Festtage als Ruhetage, an denen wir unseren Körper in der freien Natur usw. kräftigen können, wo wir das innere Familienleben heben und pflegen können. Aus diesem Grunde können wir es nicht zulassen, daß die Ruhetage etwa noch mehr beschnitten werden sollen. Wenn die Feste so bestimmt werden sollen, daß nur die sogenannten drei hohen Feste mit zwei Feiertagen bestehen bleiben, so büßt das Proletariat im Jahr sieben Ruhetage, vielleicht sogar zehn Ruhetage ein, denn es gibt noch eine ganze Anzahl Betriebe, die bei den sogenannten hohen Festen drei Tage feiern. Es wäre überhaupt richtig, an den drei Feiertagen festzuhalten, denn es war doch nur das Treiben der Kapitalisten, die Feiertage zugunsten der Profitmacherei möglichst einzuschränken. Jetzt haben wir mit zwei Feiertagen bei den sogenannten hohen Festen 300 Arbeitstage im Jahre.

Der Artikel 139 der Verfassung will die Feste in ihrem jetzigen Umfang erhalten, er lautet: „Die Sonntage und die staatlich anerkannten Feiertage bleiben als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung gesetzlich geschützt."

Die Verfassung erkennt also ausdrücklich die Tage als Tage der Arbeitsruhe an, sie geht damit weiter als der Vorschlag der Programmberatungskommission. Es wird sich nötig machen, den Absatz 5 zu ändern. Bei dem gegenwärtigen schlechten Gesundheitszustand des Volkes ist es nicht am Platze, die Ruhetage eventuell einzuschränken. Blicken wir in der Geschichte zurück, so finden wir, das die alten Handwerksgesellen schwere Kämpfe um ihre Ruhetage, den blauen Montag, den Badetag usw., führten. Ruhetage, die heute kein Arbeiter mehr kennt. Diese Kämpfe fanden zu einer Zeit statt, wo man nicht mit rund 300 Arbeitstagen im Jahr rechnete, sondern mit 240.

Aus all den Gründen schlage ich vor, dem Absatz 5 folgende Fassung zu geben: „Kirchliche Feiertage werden nicht als gesetzliche anerkannt. Die Sonntage und die staatlich anerkannten Festtage bleiben Ruhetage, Weihnachten, Ostern und Pfingsten bleiben mit je drei Ruhetagen erhalten. Die Oster- und Pfingstfeiertage sind im Kalender festzulegen." Es würden sich somit 297 Arbeitstage im Jahre ergeben, für unseren gesundheitlichen Zustand sind das noch viel zu viel. Rechnet man den 1. Mai und den 8. November noch mit, so verbleiben immer noch 295 Arbeitstage. Es gibt leider noch Proletarier, die jeden Ruhetag als einen Tag der Arbeitseinbuße ansehen. Wenn aber die Arbeiter, die nie genug arbeiten können, am Jahresende ihre wirtschaftlichen Verhältnisse vergleichen mit denen ihrer Arbeitsbrüder, die nicht so rücksichtslosen Raubbau an ihrer Arbeitskraft getrieben haben, dann zeigt sich, daß sie wirtschaftlich ebenfalls nicht besser stehen, als jene; zumeist aber haben sie gesundheitlichen Schaden gelitten.

Alwin Herre.

Polnische Greuel an den Juden.

Unser nach dem Osten gesandter Berliner Korrespondent schreibt uns aus Königsberg vom 28. August:

Ich habe lange gezögert, ausführlich von den Dingen zu sprechen, die in Polen und Litauen im ganzen Operationsgebiet die jüdische Bevölkerung im Innersten bewegen. Ich habe an die Dinge nicht glauben wollen, die von Juden und Russen erzählt wurden und habe auf die Dokumente gewartet, die mir versprochen worden waren. Nun aber, da durch den polnischen Vormarsch eine riesengroße Gefahr für Hunderttausende der jüdischen Bevölkerung erwachsen ist, wäre Schweigen ein Verbrechen. Wenn nur der zehnte Teil von dem wahr ist, was die jüdische Bevölkerung wie die russischen Truppen über die Greueltaten der Polen an den Juden beim Rückzuge erzählen, so muß ein gewaltiger Schrei der Empörung und Entrüstung durch die ganze zivilisierte Welt gehen, dann hat die moderne Geschichte nur noch das Beispiel der Armeniergreuel, das zum Vergleich herangezogen werden könnte. Ich bin weder Jude noch Bolschewist, also vor dem Vorwurf der Voreingenommenheit gefeit. Ich habe trotzdem alle Erzählungen als die üblichen Kriegsgreuelmärchen zunächst abgelehnt. Erst als ich Zeugen traf, die nach menschlichem Ermessen als einwandfrei gelten müssen, als Augenzeugen zögernd und halb widerwillig, weil in Furcht, mir Wort für Wort bestätigten, was die Fama erzählte oder auch die Uebertreibungen abstrichen, erst als ich die neue Auswanderung einer ganzen Volksschicht sah, als alle Straßen in Polen und Litauen mit flüchtenden Juden überschwemmt waren, als über die deutsche Grenze Hunderte und Tausende flüchteten, als Männer, Frauen und Kinder Hab und Gut im Stich ließen und in das Elend gingen, nur um das Leben zu retten, erst da habe ich mein Zweifeln aufgegeben und halte es nun für meine Pflicht, alle Kulturnationen aufzurufen zu einem flammenden Protest. Es gilt das Leben Hunderttausender jüdischer Männer, Frauen und Kinder. Ich habe nichts zu beschönigen. Es ist richtig, daß die gesamte kommunistische Miliz in den von den Russen besetzten Gebieten fast ausschließlich aus Juden bestanden hat, abgesehen von wenigen in rein ländlicher Gegend gelegenen Grenzorten. Es ist richtig, daß die Revolutionären Komitees aus mitgebrachten jüdischen Agitatoren bestanden, nicht nur russische, sondern auch österreichische und ungarische Juden. Es ist richtig, daß ein Teil der jüdischen Bevölkerung sich in der Hoffnung, vom Polenjoch befreit zu sein, nur allzu willig den kommunistischen Agitatoren zur Verfügung gestellt hat. Nirgends aber sind mir Erschießungen oder irgendwelche Greueltaten oder Racheakte bekanntgeworden, die die Bolschewisten oder die jüdische Bevölkerung an den Polen verübt haben. Das alles ist kein ausreichender Grund, daß jetzt ein ungeheures Judenpogrom von den rückkehrenden Polen veranstaltet werden dürfte, das alles ist vor allem keine Entschuldigung für die Greueltaten, die vorher von den Polen begangen worden sind.

Ich gebe als Chronist wieder, was mir mit möglichst genauen Angaben berichtet wurde. Obwohl ich jede Erzählung auf das sorgfältigste nachgeprüft und durch von einander unabhängige Gewährsmänner habe berichtigen oder bestätigen lassen, muß die Verantwortung dafür doch bei denen bleiben, die mir das Material übergeben haben. Sie haben es mir nicht entgegen getragen. Ich habe es mir in mühseliger Arbeit erfragen müssen. Die Furcht ist groß, daß man nicht einmal frei und offen zu klagen wagt. Ich beginne mit den weniger grausigen Fällen, die der Gerechtigkeit wegen wiedergegeben werden müssen und die auf eine einsichtige obere polnische Instanz zurückzuführen sind.

In Suwalki wurde der jüdische Schneidermeister Bärenstein beschuldigt, ein Paar Militärhosen, die ein polnischer Leutnant Parader ihm zum Aufbügeln gegeben hatte, nicht abgeliefert, sondern für die anrückenden Bolschewisten behalten zu haben. Er wurde verhaftet und fortgeschleppt. Seinen Brüdern gelang es, gegen ein Lösegeld von 10 000 Mk. den bereits Abtransportierten zu befreien. — Ein kleiner jüdischer Junge findet auf der Straße ein kommunistisches Plakat, das nach Ansicht der Gewährsmänner von den Polen absichtlich hingeworfen wurde, um Material gegen irgendeinen Juden zu liefern. Er wird von polnischen Gendarmen verhaftet, mit dem Säbel über den Kopf geschlagen und zum Tode verurteilt. Erst durch Fürsprache einflußreicher Personen wird er auf Befehl einer einsichtigen oberen polnischen Dienststelle freigelassen.

Zu dem Inhaber einer Bierstube in der Marktstraße in Suwalki, mit Namen Bonjiskowski, schmuggelt ein polnischer Junge zwei Tage vor dem Abzug einen Revolver in das Gastzimmer, kommt dann selbst mit polnischer Gendarmerie zurück und der jüdische Gastwirt wird unter dem Verdacht, Waffen für die anrückenden Bolschewisten verborgen zu haben, verhaftet. Zufälligerweise erkennt der polnische Leutnant Parader an der Nummer den Revolver wieder, den er am Morgn dem polnischen Jungen als einem Spitzel seiner Abteilung übergeben hat. Er läßt den jüdischen Gastwirt frei.

In Raschki wird ein aus Amerika zurückkehrender Jude mit Namen Nußbaum unter der Beschuldigung verhaftet, kommunistische Agitationsgelder mitgebracht zu haben. Gegen Zahlung von 36 000 Mk. Lösegeld wird er schließlich freigelassen. Zwei Tage vor dem Abmarsch der Polen wird er von neuem verhaftet, an eine Telegraphenstange gebunden und mit Erschießen bedroht. Der Vater stirbt angesichts dieser Gefahr am Herzschlage, die Mutter wird schwer nervenkrank. Gegen neues Lösegeld läßt man ihn schließlich wieder frei.

Das waren die Maßnahmen an Orten, in denen wenigstens die verantwortlichen polnischen Behörden noch einiges Einsehen hatten. Ungeheuerlich aber ist das, was aus Grodno mir von Augenzeugen — jüdischen und russischen — berichtet worden ist.

Beim Abtransport der Polen haben diese Hunderte von jüdischen Männern und Frauen verhaftet und fortgeführt. Niemand weiß etwas von ihnem Schicksal. — Der Bäcker Schwarz in der Grodnoer Vorstadt soll den abziehenden Polen mehrere Oefen liefern, als er sich außerstande erklärte, nimmt man seine Tochter fest und droht, sie zu vergewaltigen. Erst gegen ein Lösegeld von 80 000 Mk. wird sie freigelassen. Dem Bäcker selbst reißen die polnischen Soldaten den Bart mit ganzen Haut- und Fleischfetzen ab. — Ueber das Abreißen von Bärten wird mehrfach auch aus Lomsha berichtet. Vor allem haben mir russische Soldaten bestätigt, daß sie mit eigenen Augen die Mißhandelten gesehen haben.

Ein amerikanischer Jude kehrt mit großen in Amerika für die Juden gesammelten Geldmitteln nach Grodno zurück. Die Polen dringen in seine Wohnung ein. Da er nicht anwesend ist, drohen sie seiner Schwester mit Vergewaltigung. Als sie um Hilfe schreit, wird sie erschossen. Der zu Hilfe eilende jüngste Bruder wird durch zwei Schüsse so schwer verletzt, daß er wenige Stunden darauf stirbt. Der Bruder aus Amerika wohnte selbst dem Begräbnis seiner Schwester bei.

Ein jüdisches Mädchen wurde erschossen aufgefunden, sie war vergewaltigt worden. Auf ihrer Brust trug sie noch Papiere, die vom Schuß durchlöchert und von der Wunde durchblutet waren. Diese Papiere sollen mit anderem Anklagematerial nach Amerika gebracht worden sein.

Einen Tag vor dem Abzug verschwanden einundzwanzig zur Zwangsarbeit herangezogene jüdische Bürger. Nach mehreren Tagen fand man fünfzehn davon ermordet im Kartoffelacker, angeblich war einem Teil davon Hände und Füße abgeschnitten, Nägel in den Kopf geschlagen, Augen und Zunge ausgerissen. Da die Bolschewisten gerade eine große Versammlung auf dem Paradeplatz veranstalteten, wurden die fünfzehn verstümmelten Leichen dorthin gebracht. Acht waren überhaupt nicht zu erkennen, die übrigen sieben erkannte man an einzelnen Kleidungsstücken. Die Bolschewisten haben angeblich alle fünfzehn Leichen photographiert.

In der Vorstadt Grodnos sollen allein 800 jüdische Häuser niedergebrannt sein. Ueber das Schicksal der meisten Bewohner ist nichts bekannt.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200909/10 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Neues Theater.

Augustusplatz (Fernruf 4151.)

Donnerstag, den 9. September 1920

20. Anrechts-Vorstellung (6. Folge, gelb)

Die lustigen Weiber von Windsor.

Komisch-phantastische Oper mit Tanz in 3 Akten, nach Shakespeares gleichnamigem Lustspiel von S. H. Mosenthal.

Musik von Otto Nicolai.

Musikalische Leitung: Professor Otto Lohse.

Bühnenleitung: Georg Marion.

Personen: Sir John Falstaff (Hans Wässler); Herr Fluth (Walter Soomer); Herr Reich (Emil Herveling); Fenton (Hans Lihmann); Junker Spärlich (Walter Elschner); Dr. Cajus (Oskar Lasmes); Frau Fluth (Clare Hansen-Schultheß); Frau Reich (Frieda Schreiber); Anna Reich (Rosa Lind); Der Wirt (Willy Schumann); Der Kellner (Heinrich Scholz); Bürger von Windsor (K. Leisner, F. Buckisch, G. Bärwinkel).

Bürger und Frauen von Windsor, Masken.

Im 3. Akt: Mummenschanz, angeordnet von Emma Grondona.

Pause nach dem 1. und 2. Akt.

Besetzungsänderungen vorbehalten

Opernpreise (zuzüglich 10% erhöhte städtische Kartensteuer).

Einlaß 6½ Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende nach 10½ Uhr.

Bücher an der Kasse und bei den Schließern.

Studenten- und Schülerkarten ungültig.

Freitag, den 10. September: 26. Anrechts-Vorstellung (1. Folge, grün): Die Revolutionshochzeit; Das hölzerne Gold. Anfang 7 Uhr.

Sonnabend, den 11. Septbr.: 28. Anrechts-Vorstellung (2. Folge, rot): Fidelio. Anfang 7 Uhr.

Theater in der Elsterstraße, Kammerspiele. Fernr. 12300.

Donnerstag, den 9. September, abends 7½ Uhr

Persönliches Auftreten

von

Bruno Kastner

in

„Untreu"

Komödie in 3 Akten von Roberto Bracco.

Freitag, Sonnabend, Sonntag, Montag abends 7½ Uhr

Bruno Kastner

in

„Untreu."

Sonntag, den 12. September, nachm. 4 Uhr

Evchen Humbrecht.

Battenberg

Varieté. Täglich abends ½8 Uhr: Das **neue Mess-Varieté-Programm**

Theater. Abends ½8 Uhr: **„Das Spiel mit dem Tode"** Schauspiel von Schmidt und Hilmar. Morgen: **„Das Spiel mit dem Tode"**

Vorverk.: Tagesk. Ztg.-G. K. Hirsch, Katharinenstr. 6.

Weinpalast Eden

Kurprinzstr. 2. Tel. 15902.

Täglich Moderne Tanzaufführungen

Sarrasani

Mazeppa Mazeppa Mazeppa Mazeppa Mazeppa Mazeppa Mazeppa

Die letzten **10 Tage!**

Mazeppa Mazeppa Mazeppa Mazeppa Mazeppa Mazeppa Mazeppa

Täglich 7½ Uhr, Sonntag auch 3 Uhr. Fernsprecher 1065. Vorverkauf: Ury, Gebr.

KL

Kammer-Lichtspiele

Windmühlenstrasse 7 :: :: Am Königsplatz

Morgen Freitag:

Der erste grosse italienische Prunk- und Sensations-Film

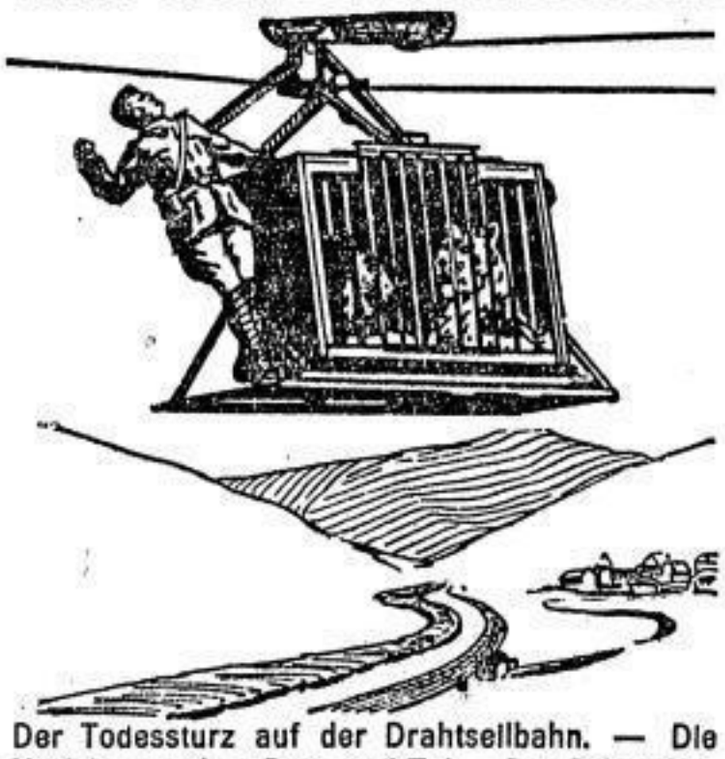
Mirval

Der Löwenpeiniger

Aus dem Inhalt:

Die Verschwörung im Schlangenklub. — Das tragische Hochzeitsfest. — Der Bombenanschlag auf die Eisenbahnbrücke. — Von Bestien bedroht.

Aufregende Kämpfe mit den Raubtieren



Der Todessturz auf der Drahtseilbahn. — Die Verfolgung über Berg und Tal. — Die Schrecken der Dschungeln

8 Akte

Hierzu:

Der Lebendig-Tote

Ein Abenteuer des berühmten **Joe Deebs**

Max Landa

8 Akte

Die Programme der KL sind nicht zu übertreffen!

Heute Donnerstag zum letztenmal: Schiffe und Menschen

Altes Theater.

Richard-Wagner-Platz (Fernruf 14161)

Donnerstag, den 9. September 1920

Alt-Heidelberg.

Schauspiel in 5 Akten von Wilhelm Meyer-Förster.

In Szene gesetzt von Herbert Hübner.

Personen: Karl Heinrich, Erbprinz von Sachsen-Karlsburg (Luise Altschuh); Staatsminister von Haugk, Exzellenz (Wilhelm Walter); Hofmarschall Freiherr von Passarge, Exzellenz (Alfred Schlageter); Kammerherr Baron von Metzing (Hans Becker); Kammerherr Baron von Frettenberg (Oskar Berger); Dr. phil. Jüttner (Karl Ebert); Lutz, Kammerdiener (Fritz Reiff); Detlev Graf von Ritterberg, Karl Pilz, Kurt Engelbrecht, Danielli, Reinicke, vom Corps „Saxonia" (H. Hübner, Adolf Winds, Wilhelm Engst, Werner Hartmann, Günter Parth); von Werdell, Saxo-Borussie (Jugen Aberer); Ritter, Wachtwirt (Gustav Colmar); Frau Ritter (Marie Tallhorst); Frau Tärffel, deren Tante (Marie Schippang); Kellermann (Karl Huth); Käthie (Marianne Kupfer); Schülermann, Glanz, Reuter, herzogliche Bediente (Arthur Niklas, Rudolf Pläß, Johannes Förster); ein Musikant (Friedrich Liebmann).

Kammerherren, Offiziere, Studenten, Musikanten, Diener.

Der 1. Akt und 4. Akt spielt im Schloß Karlsburg, der 2., 3. und 5. in Heidelberg. Zwischen dem 2. und 3. Akte liegt ein Zeitraum von einigen Monaten, zwischen dem 3. und 4. Akte ungefähr 2 Jahre.

Gewöhnl. Preise. Einlaß 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende gegen 10½ Uhr.

Studenten- und Schülerkarten ungültig.

Freitag, den 10. September: Der Liebestrank. Anfang 7½ Uhr.

Sonnabend, den 11. September: Zum ersten Male: Pygmalion. Anfang 7½ Uhr.

Krystall-Palast

Täglich abends ½8 Uhr

Der hervorragende September-Varieté-Spielplan

Drei Linden

Täglich abends ½8 Uhr:

Der glänzende Varieté-Spielplan.

10 Attraktionen.

U. a.:

6 Original-Grunathos

M. Kara — La Paquita

Vorverkauf: Tageskasse (Tel. 33405 und 33543), Th. Althoff, Petersstr., Konsumverein, K.-Heine-Str.

Nachtfalter

Gainstraße 18

Allabendlich 7½ Uhr

Erstklassige Kabarett-Darbietungen

Colosseum

Roßplatz 12/13 Fernr. 18195/96

Morgen Erstaufführung!

Das Gift der Grossstadt

oder: Betrogene Liebe.

Drama aus dem Leben in 5 Akten.

EVA MAY

im Filmspiel in 4 Akten:

Das törichte Herz.

Heute letzter Tag:

Schwarze Perlen.

SATAN DIKTATOR

unter Mitwirkung bekannter Leipziger Künstler

Uraufführung für die ganze Welt Freitag, den 10. September 1920 im Astoria Windmühlenstraße 31. Der zweite Monumentalfilm, welcher in Leipzig und Umgebung aufgenommen wurde, z. B. Park in Oetzsch (Konsul Herfurth). Hergestellt vom Orient-Film Leipzig.

Hauptdarsteller: Lothar Körner, Clare Harten, Willi Engst, Anne Perre, Herbert Hübner u. a.

Heute letzter Tag: „Föhn" und Hilde Werner in „Die Berliner Range".

DER ABENTEURER VON PARIS

Ein Erlebnis in 6 Akten mit **Friedrich Zelnik**

Uraufführung am 10. September im Universum Roßplatz 6. Spielt in **Paris** und **Kalifornien.**

In der Hauptrolle: **Friedrich Zelnik — Hermann Vallentin — Ilka Grüning — Heinrich Peer — Hans Walden** u. a.

Heute letzter Tag: Die Erlebnisse der berühmten Tänzerin „Fanny Elssler".

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200909/11 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Neues Operetten-Theater.

Potsdamer Straße (Fernruf 20 24)

Donnerstag, den 9. September 1920

Wegen andauernder Krankheit von Ernst Saunder auftritt „Noch sind wir da"

Fräulein Puck.

Schwank-Operette in 3 Akten von Franz Arnold und Ernst Bach.
Musik von Walter Kollo.

In Szene gesetzt von Direktor Musikalische Leitung Otto Andersen.

Personen: Adelar, Graf Alaps von Klapperstein (Rudolf Anders); Heinz, sein Neffe (Ernst Radelow); Arnoldi, Graf Alaps von Klapperstein (Willy Burg); Adelgunde, seine Gemahlin (Hanny Navarra); Clodomir, Graf Alaps von Klapperstein (Werner von Engelmann); Sybille, seine Gemahlin (Anna Daniel); Baron Waldi, Heinz's Freund (Andi Glaser); Paul Preuß, Schauspielerin (Frieda Reisig); Frau Konsul Theo Rieth (Charlotte Bolland); Pieper, Direktor einer Kaffeefabrik (Joseph Trautmann); Ein Oberkellner (Karl Eichler); Ein Pikkolo (Sl. Illing); Ein Stubenmädchen (Charl. Schädrich); Ein Diener (Alex. Robwold). Jagdgesellschaft, Film-Schauspieler und Film-Schauspielerinnen usw.

Der 1. Akt spielt auf dem Schloß des Barons Waldi, der 2. und 3. Akt in einem holländischen Seebad.

Pause nach dem 1. und 2. Akt.

Gewöhnliche Preise (ausschließlich 10% erhöhte städtische Kartensteuer). Anfang 7 Uhr. Ende gegen 10½ Uhr.

Studenten- und Schülerkarten ungültig.

Freitag, den 10. September: Noch sind wir da. Anfang 7½ Uhr.
Sonnabend, den 11. September: Eine Nacht in Venedig. Anfang 7½ Uhr.

Westend-Hallen, Plagw.

Morgen Freitag 7 Uhr **Grosser Damen-Ball**
Verstärktes Ballorchester. — Tanzen frei!
9 Uhr: Konter. Flotter Betrieb.

Albertgarten

Straßenb. Nr. 20 u. 21, ab Augustusplatz 10 Min. Fahrt
Morgen Freitag sowie jeden Sonntag **Gr. Elite-Ball.**
Erstklassiges Ballorchester. — 9 Uhr Konter.

Pantheon

Dresdner Str. 20 Fernspr. 15957
Sonntag u. Freitag **Grosse Ball-Feste.**

Gasthof Stünz

Morgen Freitag ab 7 Uhr:
Wiener Walzer- und Operetten-Ball.
Abwechs. Damen- u. Herrenw. 9 Uhr Konter.
Erstkl. Wiener Musik. Eintr. 2.50. Tanz frei.
Der große Saal ist noch mehrere Sonnabende frei.

Ball-Haus **Goldner Helm** Leipzig-Eutr.
Morgen Freitag, ab ½7 Uhr
Wiener Walzer- u. Operetten-Abend.

FILMPALAST

L.-Lindenau, Gundorfer Straße 31
Heute letzter Tag:
Es fiel ein Reif in der Frühlingsnacht
der schönste
Fern-Andra-Film
der je geschaffen ist.

Neuer Gasthof Gohlis

Heute Donnerstag ab 6 Uhr: **Groß. Eliteball.**

Achtung! **Gasthof Neustadt** Achtung!

Morgen Freitag von ½7 Uhr an **Großer Eliteball.**
Abwechselnd Herren- u. Damenwahl. **Tanz frei.**

Gasthof zum Reiter

Leipzig-Dölitz. Inh. Kurt Arnötzer.*
Morgen Freitag von ½7 Uhr an: **Großer Eliteball.** Vorzügl. Orchester. Neueste Tänze.
Voranzeige! Nächsten Sonntag: **Großes Erntefest.**

Zur Aufklärung!

Auf vielseitigen Wunsch sieht sich der Impresario der zur Zeit auf dem Nekplatz ausgestellten
zusammengewachsenen Schwestern Rosa und Josefa Blazek
veranlaßt, die mit so großem Beifall aufgenommenen sogenannten
Aufklärungs-Vorstellungen
zu wiederholen. Es finden daher am **Freitag, dem 10. September, ab 2½ Uhr,** halbstündlich nochmals die
Sonder-Vorstellungen
statt, verbunden mit **wissenschaftlichen Vorträgen.** Zu diesen Vorstellungen haben aber
nur Damen Zutritt.

Weingroßhandlung Volkshaus

Wir **kaufen** jedes Quantum
leere Weinflaschen.
Die Geschäftsleitung.

Industrie-Werke G. m. b. H.

Fernspr. 55140505 Leipzig-Plagwitz
Zschochersche Strasse 78
liefern sofort ab Lager:
Neue und gebrauchte Drehbänke

Achtung!

Willst du **Kakao** und **Schokolade** kaufen
Mußt du zum **Kakaohaus Norden** laufen,
Jeder Kauf ist dort ein Schlager
Darum besichtige das Lager!
Eutritzscher Str. 6, Ecke Berliner Str.
Schokolade, 100 Gramm 5 Mk., ½ Pfund Kakao 4.75 Mk.

Arbeiter u. Parteigenossen!

Lest Euer illustriertes Blatt
die Wochenschrift der U.S.P.D.

Freie Welt

Preis 60 Pfennig

Zu beziehen durch die
Leipziger Buchdruckerei Akt.-Ges.
Abteilung Buchhandlung, Tauchaer Straße 19/21

Freitag, den 10. September
Preis-Skaten
Vater Jahn
Lauchstädter Straße 9.

Nuss-Schokolade 100 Gr. 8.00 M
Kakaohaus Norden
Eutritzsch. Str. 6, Ecke Berl. Str.

Tapeten

à Rolle von **1.50** Mk. an *
Elisenstraße 54, Ecke Körnerstraße.

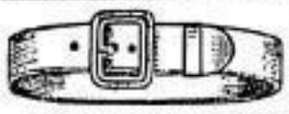
Umgepreßt

werden **Herren- und Damen-Hüte** bei
Richard Schulze
Lt., Merseburg. Str., Ecke Aureliensstraße.

Ia Fußbodenöl
bes. hell und fett, kg 12.—
Ia Firniß, gar. rein
gut trocknend, kg 26.—
Kühnert & Co. Emilienstr. 42 Tel. 5719.

Inserate sind nicht an die Redaktion sondern a. d. **Expedition** d. Leipz. Volkszeitg. zu richten.

Neu und gebraucht!
Herren-Hemden, Damen-Hemden, Unterhosen, Beinkleider, Untertaillen,
Bettwäsche,
Gardinen, Stores, Uebergardinen, Steppdecken, Schlafdecken, Hand- u. Wischtücher, Tischdecken, Chaiselonguedecken, Inlette, Federbetten billig
Lessingstraße 20, part. *



Gürtel für Damen u. Herren

— aus bestem Rind- und Lackleder, von **8 Mk.** an. —
— Einfache Ausführung von **1 Mk.** an, — empfiehlt in **grösster Auswahl**
Karl Blaich, Windmühlenstr. 32, Tauchaer Straße 16.
Fabrik für Koffer, Taschen, Reiseartikel und diverse ff. Lederwaren.*

Leipziger Schauspielhaus.

Sophienstr. 17/21 Direktion Fritz Wiehmann Fernruf 1060

Donnerstag, den 9. September 1920
Musik.
Sittengemälde in 4 Bildern von Frank Wedekind.
In Szene gesetzt von Fritz Wiehmann.
Die Logentüren bleiben nach Beginn geschlossen.
Der Vorhang wird vor Schluß des Stückes nicht geöffnet!
Pause nach dem 2. Bild.
Gewöhnl. Preise. Einlaß 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende nach 10 Uhr.

Freitag, den 10. September: Und Pippa tanzt. Anfang 7½ Uhr.
Sonnabend, den 11. September: Wieselchen. Anfang 7½ Uhr.
Sonntag, den 12. September: Wieselchen. Anfang 7½ Uhr.
Montag, den 13. und Dienstag, den 14. September: Geschlossen.

Beginn des Winterspielplans und der Vorstellungen für die Theatergemeinde.

Mittwoch, den 15. September: Mutter Erde. Donnerstag, den 16. September: Mutter Erde. Freitag, den 17. September: Mutter Erde. Sonnabend, den 18. September: Mutter Erde. Sonntag, den 19. September, nachm.: Und Pippa tanzt; abends: Mutter Erde. Montag, den 20. September: Mutter Erde. Dienstag, den 21. September: Musik. Mittwoch, den 22. September: Mutter Erde. Donnerstag, den 23. September: Und Pippa tanzt. Freitag, den 24. September: Mutter Erde. Sonnabend, den 25. September: Vater Lampe. Sonntag, den 26. September nachm.: Musik; abends: Mutter Erde.

Die noch ausstehenden Dutzend- und Jahreskarten gelten bis einschließlich 12. Septbr. Eine Verlängerung findet unter keinen Umständen statt.

Lauersche Straße 7/9 **Leipziger Volksbühne.** Fernruf 11 111.

Leitung Robert Overweg

Freitag, den 10. September, abends 7½ Uhr Serie 4.
Moderner Abend.
Vier Einakter: **Der Anfang; Die Mumienhand; Die Anklagen der Seele; Der aufbezahlte Neumann.**

Bergidyll.

Donnerstag ½8 Uhr
Ein feines Tänzchen.

Du bist selber schuld

wenn du **teure oder schlechte**
ZIGARREN
rauchst. Bei mir erhält jeder für
70 oder **75** Pfg. eine **tadellose Zigarre!**
Gustav Schmidt, Leutzsch, Hauptstr. 87.

Meß-Muster-Verkauf!

Nur diese Woche!
Blusen und **Röcke.**
P. Schmitz, Nikolaistrasse 5
in Specks Hof, im Durchgang, Laden 29.

Krystall-Palast
Ab Freitag, 10. September
3 Schlager! 3 Schlager!
Asta Nielsen
in dem nicht zu übertreffenden Monumental-Kunstfilm
Nach dem Gesetz
5 fabelhafte Akte — sowie
Durch ein Luftschiff gerettet
Original Wild-West-Film in 3 spannenden Akten
Eine spannende, atemberaubende Handlung schildert uns die Erlebnisse einer Jagdgesellschaft, die von wilden Tieren abgeschnitten und dann von einem Negerstamm gefangen gehalten wird.
Ausserdem:
Die Dienerschaft läßt bitten
Tolles Lustspiel in 2 Akten

Rechtsbureau Leipzig-West
Prozeßvertret., Uebern. von Straf-, Ehe-, usw., Gnadengesuche, Testamente. *
O. Dimmroth, L.-Lind., Kuhturmstr. 4 — Tel. 33487.

Haut-, Geschlechts-
u. Darmleid., nerv. Schwäche behand. **Dr. med. Derl,** nicht approbiert, Mitgl. naturwiss. Gesellsch. Leipzig, Kurprinzstr. 5, Sprechst. von 9-2 u. 4-8 Uhr. *

Wanzen

sicheres Mittel *
König Salomo-Apoth.

Licht-U.T.-Spiele

Hainstr. 19. Tel. 0187

Uraufführung Morgen Freitag Uraufführung
des größten Films der Gegenwart:
Fern Andra
Bernd Aldor
in dem **Monumental-Prunkfilm**
Madame Récamier
Des großen Talma letzte Liebe
Der Film von dem ganz Deutschland spricht.

Verstärktes Orchester! **6 gewaltige Riesenakte 6** **Verstärktes Orchester!**

Der Film schildert **in grandiosester Aufmachung** unter Verwendung von original-getreuen-imposanten Bauten und historisch echten Kostümen **ein gewaltiges Drama, das uns fesselt, erschüttert, in atemberaubender Spannung erhält** und wegen seiner großzügigen und einzig dastehenden Inszenierung **zur Bewunderung hinreißt.** Ein Ensemble nur **allererster Künstler** wurde für die **Darstellung der einzelnen Rollen gewonnen.**

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200909/12 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG